

WISSEN



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#26 67. Jahrgang 26. Juni 2020



5 453000 174663

2026

4,00€

Ex cathedra

Obwohl mehrere Schüler jüngst positiv auf Covid-19 getestet wurden, hält Schulminister Claude Meisch an der Aufhebung des Klassen-Splitting fest

« Ne pas reconstruire le monde d'avant »

Le commissaire européen en charge des Droits sociaux, Nicolas Schmit (LSAP), distribue l'argent en échange d'engagements pour une Europe plus verte et plus sociale

Die Armee für alle Fälle

Soldaten kochten in der Corona-Krise Mahlzeiten, verteilten Masken, sangen in Altersheimen, bewachten die Villa Louvigny – und hätten nie das Cargozentrum oder die Sidor übernehmen wollen

Foto: Sven Becker

Soldaten kochten in der Corona-Krise Mahlzeiten, verteilten Masken, sangen in Altersheimen, bewachten die Villa Louvigny – und hätten nie das Cargozentrum oder die Sidor übernehmen wollen

Die Armee für alle Fälle

Peter Feist

Die Geschichte der Corona-Krise ist auch eine über den Einsatz der Armee. Gewöhnlich helfen Soldaten bei Naturkatastrophen. Als vor vier Jahren im Erz-tal ein Platzregen die Weiße Ernz innerhalb von nur 20 Minuten meterhoch aus ihrem Bett steigen ließ, eine Schlammlawine Häuser überflutete, Autos fort-riss und Brücken zum Einsturz brachte, schickte die Armee Räum- und Bautrupps los. Nach dem Torna-do im Sommer vergangenen Jahres halfen Soldaten in Petingen und Käerjeng beim Aufräumen. Noch nie aber war die Armee an einer Krisenbewältigung derart beteiligt wie nach dem Ausbruch des Sars-2-Virus. „Ich kann gar nicht genau sagen, wie viele Soldaten mobilisiert wurden, aber es waren hunder-te“, sagt Gilles Feith. Feith ist seit Mai Generaldirek-tor der Luxair, zuvor leitete er die Verteidigungsdi-rektion und war Kabinettschef von Minister François Bausch (Grüne). Nach Ausrufung des Notstands saß er der Krisenzelle „Logistik“ vor.

Kritisch In Luxemburg fiel am 29. Februar der erste Corona-Test positiv aus. Krisensitzungen aber gab es vorher schon. „Da wurde festgestellt, dass wir mit logistischen Problemen rechnen müssten“, erinnert sich Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP). „Ich rief den Generalstabschef an und fragte, inwiefern die Armee einspringen könne.“ Innerhalb von ein paar Stunden nur habe General Alain Duschêne Oberstleutnant Christian Simon zur Verfügung ge-stellt, „seinen besten Mann in Sachen Logistik“. Ge-meinsam seien die Bestände an Schutzbekleidung, Masken, Medikamenten und Beatmungsgeräten durchforstet, über die Beanspruchung von Kran-kenhausbetten und Intensivplätzen nachgedacht

Soldaten waren auch nach 21 Uhr zur Stelle, um die Centres des soins avancés zu erweitern. So viel Einsatzbereitschaft, sagt CSA-Koordinator Pierre Hertz, finde man im Privatsektor „natürlich nicht“

worden, um festzulegen, welches Material und wie-viel davon „kritisch“ sei. Die Gesundheitsministerin ist überzeugt: „Ohne die Armee hätten wir die Krise nicht so meistern können, wie wir sie gemeistert ha-ben. Schließlich ist sie geschult darin, in Krisensitua-tionen rasch zu reagieren.“

Die Öffentlichkeit bekam davon vermutlich zuerst am 13. März mit. Da berichteten Premier Xavier Bettel (DP) und die Gesundheitsministerin nach einem Regierungsrat, dass in der Zentrale für die Telefon-Hotline, die wenig später ihren Betrieb aufnehmen sollte, auch die Militärmusiker einge-setzt würden. Das war einen Tag zuvor entschie-den worden. „Da haben wir das Confinement für die Armee beschlossen“, so Gilles Feith. Einerseits sollte sie sich bereithalten, andererseits musste sie ihre Soldaten und zivilen Mitarbeiter vor Infektio-nen schützen. „Es gab dazu mehrere Sitzungen mit dem Generalstabschef. Nicht-essenzielle Bereiche legten wir still und schickten die Leute heim. Die Kantine wurde geschlossen, Telearbeit organisiert, Hygienemaßnahmen festgelegt. Konzerte der Mi-litärmusik wurden bis in den Juli abgesagt.“ Alles in allem seien das ziemlich gängige Maßnahmen gewesen: Die Armee sollte so lange wie möglich operationell bleiben. „Das ist uns auch gelun-gen“, stellt Feith fest. „Es gab nur wenige Covid-19-Fälle in der Armee und keinen außergewöhnli-chen.“ Am 14. März schließlich fand im Senninger Schloss eine Krisensitzung mit dem Premier, der Gesundheitsministerin und Luc Feller, dem Hoch-kommissar für nationale Sicherheit, statt. Am Tag zuvor waren 45 Personen positiv auf das Corona-

virus getestet worden, mehr als doppelt so viele wie zwei Tage vorher. Die Krisenrunde hielt unter an-derem fest, dass die Armee sich von nun an ständig in Bereitschaft halte.

Zeltbau Soldaten waren nun öfter an Krankenhäu-sern zu sehen. Am 13. März hatten sie schon ein erstes Zelt für den „Patienten-Tri“ am Ettelbrücker Krankenhaus errichtet. „Nach dem Wochenende vom 14. und 15. März organisierten wir weitere Zel-te, denn es sah so aus, als könnten die Spitäler nicht genug Kapazitäten haben“, sagt Gilles Feith.

Das waren die Tage, als die Krankenhausdirektoren unter dem Eindruck der Bilder aus Norditalien und dem Elsass das Schlimmste befürchteten und CHL-Generaldirektor Romain Nati twitterte: „Mir sinn am Krich!“ Nati weiß noch, wie schnell sein Krankenhaus mit Hilfe der Armee an ein Behelfs-pital mit hundert Betten gelangte: „Am 17. März gab es einen *Conference Call* der vier Krankenhaus-direktoren mit Xavier Bettel und Paulette Lenert. Da fragte der Premier: Braucht ihr noch was?, und stellte von der Nato eine Art Militärlazarett in Aus-sicht. Ich sagte, dass uns das interessieren könnte, denn das CHL war schon im Februar ziemlich stark belegt.“ Noch am Abend desselben Tages sei Gilles Feith mit einer Übersicht zu dem Angebot ins CHL gekommen. Am Tag danach wurden Details disku-tiert, der Bau entschieden und schon bald rückten Bautrupps an, um das Gelände zu planieren und Schotter auszubreiten. Ebenfalls noch an diesem 18. März hob die erste Cargolux-Maschine Richtung Bari ab. Insgesamt flog sie sechs Mal und brachte in

23 Containern jene „Zeltstruktur“ herbei, die noch heute beim CHL steht. Benutzt wurde sie bisher nie. „Zum Glück bekamen wir kein derartiges Kapazi-tätsproblem. Wir schafften alles durch die Senkung der Klinikaktivitäten auf das Nötigste“, sagt Nati. Die Armee habe „tipptopp“ gearbeitet. Dass Solda-ten Wache an der Zeltklinik zu schieben begannen, sei nicht weiter aufgefallen. „Das war eine diskrete Präsenz, sie hat nie den Klinikbetrieb gestört.“

So schnell so viel Ähnlich lobend äußert sich Pierre Hertz. Der Arzt und Spezialist für Öffentliche Gesundheit bei der CNS koordinierte während der Krise für die Gesundheitsministerin das Funktio-nieren der vier Centres des soins avancés (CSA). Sie einzurichten, wurde am 19. März entschieden. Die CSA sollten große Patientenzahlen versorgen kön-nen. Hertz sagt, ihn habe „beeindruckt, wie schnell die Armee so viel Personal und Material bereitge-stellt hat“. Gilles Feith und Armee-Logistiker Chris-tian Simon hätten gesagt: „Wir haben zwei Tage.“ Stattdessen seien schon einen Tag später die ersten Bautrupps an der Luxexpo zur Stelle gewesen, wo sie gemeinsam mit dem CGDIS das erste CSA mit sechs Zelten zu installieren begannen. Am 22. März war es fertig. Gleichzeitig hatte auch in der Escher Rockhal der CSA-Aufbau begonnen, dort wurden neun Zelte aufgestellt und am 23. März übergeben. Einen Tag später gingen sieben in der Ettelbrücker Däichhal in Betrieb und wiederum einen Tag später sieben im Grevenmacher Kulturzentrum.

Aber damit nicht genug: „Jedes CSA hatte zwei Mo-dule, eines für Covid und eines für Non-Covid, und



Im Mai verteilten Soldaten an zwölf über Land verteilten Orten Atemschutzmasken an Grenzpendler. Hier auf einem Parkplatz in der Nähe des Flughafens



Das Zelt vor dem Eingang zum Ettelbrücker Krankenhaus war das erste, das die Armee in der Corona-Krise errichtete

in jedem Modul gab es vier Konsultationslinien für die Patienten“, erklärt Pierre Hertz. Zwischen dem 29. März und dem 2. April aber nahm die Zahl der Covid-positiv Getesteten stark zu. Von einem Tag zum anderen wurden mitunter an die 200 neue Fälle registriert. Dabei fanden damals aus Mangel an Kapazität nur an die 1 300 Tests am Tag statt, war man weit entfernt von dem landesweiten „Large-scale testing“, in dem heute täglich viele tausend Tests vorgenommen werden. „Angesichts der wachsenden Fallzahlen sagten wir, die CSA müssten zusätzliche Module erhalten, um auf mehr Patienten vorbereitet zu sein“, so Hertz. Woraufhin die Armee in Rockhal und Luxexpo je drei weitere Zelte aufbaute. „Das machten die Soldaten nach 21 Uhr, als der normale Betrieb zu Ende war.“ So eine Einsatzbereitschaft finde man im Privatsektor „natürlich nicht“. Für Pierre Hertz hat die Armee „in einer öffentlichen Krise eine Rolle gespielt, wie das in einem zivilisierten westlichen Land sein sollte: kompetent, strukturiert, organisiert und Tag und Nacht einsatzbereit“.

Wozu ist die Armee da? Genau so wollte Gilles Feith ihren Einsatz von Anfang an verstanden wissen und wird einen Moment prinzipiell. „Ich bin ja Pazifist“, sagt er. Und fährt fort: „Natürlich muss eine Armee eine *Deterrence*-Kapazität besitzen.“ Das Wort „Abschreckung“ kommt ihm nicht über die Lippen. Vor allem aber werde die Aufgabe einer Armee „heute oft darin gesehen, in einer komplexen Situation Präsenz zu zeigen und für Stabilität zu sorgen“. Sehr häufig sei das „eine defensive Haltung, wenngleich nicht nur“. Folglich müsse eine Armee sich mit vielen logistischen Mitteln eindecken, mit mehr, als sie selber braucht. Dies habe in der Corona-Krise funktioniert: „Sämtliches Material, das die Armee für einen solchen Krisenfall hat, kam integral zum Einsatz.“

Soldaten bauten nicht nur Zelte vor Krankenhäusern und in Behandlungszentren auf. Sie kochten auch bis zu 700 Mahlzeiten, versorgten damit Soldaten im Außeneinsatz, aber auch das Krisenzentrum in der Villa Louvigny und bewachten diese. Die Schneiderei auf dem Herrenberg nähte Atemschutzmasken für Altenheime. Die Militärmusiker saßen nicht nur im *Call Center* der Telefon-Hotline, sondern gaben auch Konzerte in Altenheimen, insgesamt 37 Mal.

Masken für alle Und dann entschied die Regierung Mitte April, dass jeder Betrieb für seine Mitarbeiter je fünf Masken erhalte, später jeder ansässige Einwohner auch. „Die Masken mussten zu je fünf Stück eingetütet werden. Wer hat das gemacht?“, fragt Gilles Feith rhetorisch. „Die Armee natürlich, mit 130 Leuten über ein Wochenende.“ 606 000 Masken seien das allein für die Betriebe gewesen. Sie wurden anschließend zwischen dem 16. und dem 21. April auf dem Parkplatz E am Flughafen

verteilt. „Da waren 27 Soldaten kontinuierlich beschäftigt.“ Später, als Luxemburg zusätzliche Masken-Lieferungen erhalten hatte und an Ansässige und Pendler je 50 ausgegeben wurden, übernahm die Armee die Verteilung an die Pendler an zwölf Standorten über Land. „Dafür stellte sie täglich bis zu 200 Soldaten bereit.“

Feith findet, dass der Corona-Einsatz der Armee zu einem Image-Gewinn verhalf. „In der Öffentlichkeit kommt ja immer wieder die Frage auf, wozu die Armee da ist. Das war nun zu sehen.“ Was vielleicht auch dazu beitrug, dass dieses Jahr sämtliche jungen Leute, die sich für den Freiwilligendienst interessiert hatten und bei der Musterung für tauglich befunden worden waren, sich zum Antritt ihrer Grundausbildung einfanden. „In anderen Jahren fielen oft welche weg, diesmal nicht. Das hat mich überrascht.“ Einen Image-Effekt nach innen gab es womöglich auch, aber das sei schwieriger zu ermitteln. „Wir banden jedenfalls alle ein, gestandene Kader-Soldaten ebenso wie ganz junge.“ Der Image-Gewinn nach außen sei nicht zuletzt nach dem monatelangen öffentlich ausgetragenen Konflikt um die Versetzung des Armeegewerkschaftlers Christian Schleck und die Kampagne der Gewerkschaft der bewaffneten Organe für den Rücktritt des Generalstabschefs wichtig gewesen: „Das hat dem Ansehen der Armee geschadet. In der Corona-Krise konnte es korrigiert werden.“

Helfen und beruhigen Dass die Präsenz Uniformierter in der Öffentlichkeit auch anders, nämlich als Zumutung aufgefasst werden konnte, glaubt Feith nicht. „Die Armee war da, um zu helfen. Die Präsenz Uniformierter wirkt in Krisensituationen beruhigend.“ Dass in einem Spital ein alkoholisierter Patient, der randalierte, von Soldaten „beruhigt“ wurde, passe dazu. Und es sei ein Einzelfall gewesen. Was

die Armee in Friedenszeiten im Inland tun darf, sei streng reglementiert. „Man hört manchmal, die Armee könnte aber hier und dort dies und das tun ... Nein, kann sie nicht.“ Zum Beispiel dürfe sie nicht den Verkehr regeln, ohne dass die Polizei dabei ist.

Allerdings schoben bewaffnete Soldaten Wache vor der Villa Louvigny, in der sich das Krisenzentrum befand. Und es gab Medienberichte, die unterstellten, die Armee habe Betriebe „übernehmen“ wollen, zum Beispiel das Cargozentrum am Flughafen, wie die *Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek* schrieb. Gilles Feith weist das als „Unsinn“ zurück. Am 25. März sei „eine Mannschaft“ ins Cargozentrum gegangen, aber nur um bei der Bewältigung der Warenflüsse zu helfen und „beruhigend“ zu wirken. Das Cargozentrum habe damals unter akutem Personalmangel gelitten: Mitarbeiter hätten den Sonder-Familienurlaub genommen, andere, vor allem französische Grenzpendler, seien im Krankenschein gewesen. „In Lothringen reichte es damals schon, seinem Arzt zu sagen, man habe Husten; da schickte der einen vorsichtshalber 14 Tage in Heimquarantäne. Es gab in Frankreich ja nicht genug Tests.“ Von dem im Cargozentrum anwesenden Personal wiederum hätten viele Angst gehabt, sich anzustecken: „Da herrschte die Vorstellung, das Virus sei überall. Und dann kam Ware aus China an. Konnte man die anfassen? Lauerte das Virus vielleicht auf den Verpackungen? Oder auf den Frachtpapieren?“ In der Situation habe medizinisches Personal der Armee die Mitarbeiter des Cargozentrums aufgeklärt. Und beispielsweise auch LKW-Fahrer beruhigt, die Lieferungen übernehmen sollten und ebenfalls Angst gehabt hätten.

Sidor Nicht ganz so leicht aus der Welt zu schaffen ist die gleichfalls von der kommunistischen

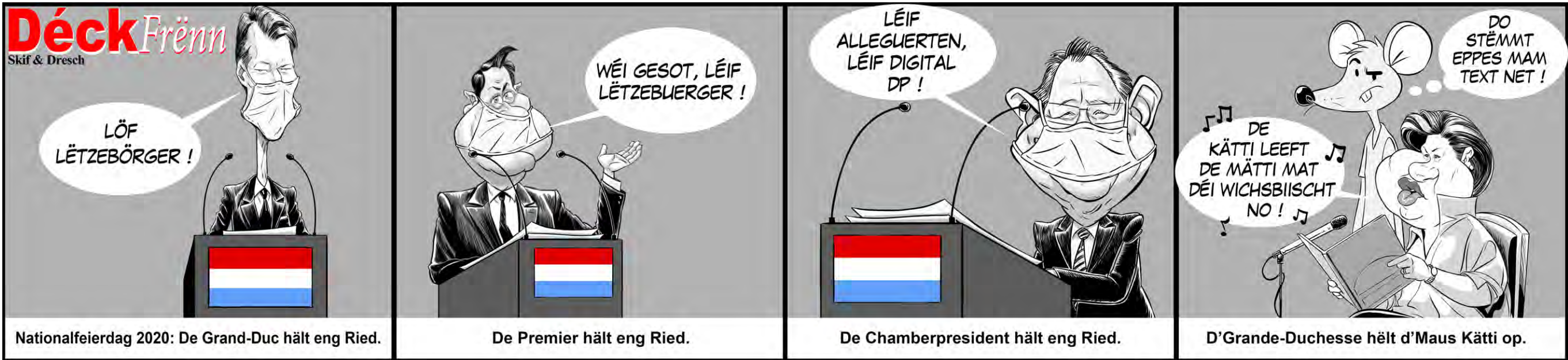
Zeitung erhobene Behauptung, die Armee habe „gedroht“, die Leudelinger Müllverbrennungsanlage zu „übernehmen“, falls die keine Abfälle aus Krankenhäusern verbrenne. In Leudelingen verbrannt werden normalerweise Abfälle aus Spitälern, die unter „Haushaltsmüll“ fallen. Hochinfektiöser Abfall dagegen wird zur Entsorgung nach Belgien exportiert.

„Rein theoretisch, aber nur rein theoretisch“, unterstreicht Luc Feller, der Hochkommissar für nationale Sicherheit, hätte er die Möglichkeit gehabt, die Müllverbrennungsanlage zu beschlagnahmen. Wegen der Corona-Krise sei von den Spitälern geschätzt worden, dass pro Tag mehr als 500 Fässer voller gebrauchter Atemschutzmasken, Handschuhen und Tyvek-Kitteln anfallen würden. „Das wäre nicht machbar gewesen, da hätten die Spitäler ein logistisches Problem bekommen.“ Die Frage sei dann gewesen, unter welche Art Abfall dieser krisenbedingte Klinikmüll fiel und ob für seine Verbrennung in Leudelingen die entsprechenden Genehmigungen vorlägen. „Hochinfektiöse Abfälle zu verbrennen, die von Patienten kamen, war nie angedacht, es ging immer nur um gebrauchte Schutzausrüstung“, betont Feller. Der interkommunale Abfall-Zweckverband Sidor selbst habe damit „kein Problem gesehen, sofern die Genehmigungen vorlägen“. Es sei der Betreiber der Anlage gewesen, die deutsche Gruppe Energy From Waste, die meinte, es gehe um hochinfektiöses Material. Das sei ein Missverständnis gewesen, das sich schnell habe ausräumen lassen. Weshalb, so Luc Feller, die Beschlagnahme der Anlage allenfalls eine theoretische Option gewesen sei. „Mein Ansatz war das nicht. Die Krisenzelle der Regierung setzte stets auf Kooperation.“

Allerdings deutete der Verwaltungsratspräsident des Sidor-Zweckverbands, der *Stater* Schöffe Patrick Goldschmidt (DP), im *Radio 100,7* an, dass gegenüber dem Anlagenbetreiber eine Drohkulisse aufgebaut wurde. Er selber sei an den Diskussionen nicht beteiligt gewesen, so Goldschmidt am 15. Juni dem Radio gegenüber, doch ihm sei „zugetragen“ worden, dass die Krisenzelle mit der Armee argumentierte: „Um es nett auszudrücken: Manchmal hätte man anders miteinander umgehen können.“ Obwohl eine Krise herrschte und eine Lösung hermusste.

Hobelspäne Am Ende gab es um die Rolle der Armee und wofür sie vielleicht hätte eingesetzt werden können, also auch Grautöne. Was in einer Krise nicht verwundert, und die Gesundheitsministerin beschrieb die Entwicklungen wahrscheinlich treffend, als sie am Montag im Parlament vor der Abstimmung der Covid-Gesetze bemerkte, „wo gehobelt wird, fallen Späne“. Dem *Land* sagt Paulette Lenert, „wir mobilisierten alles, Mann und Maus, sonst hätten wir das nicht geschafft. Und vor allem zu Beginn haben wir viel improvisiert“. Heute dagegen würde ein Einsatz der Armee so wie in der Krise in der Öffentlichkeit „Wellen schlagen, da bin ich mir sicher“.

Auszuschließen ist es aber nicht, dass er erneut nötig wird. In Deutschland bewacht mittlerweile die Armee jene westfälische Fleischverarbeitungsfabrik, in der es zu einem spektakulären Ausbruch kam, und hilft beim Testen und beim *Contact Tracing* Infizierter. Da in Luxemburg Personal ein kritischerer Faktor ist als die Logistik von Masken und Klinikbetten, könnte die Armee für alle Fälle wieder gefragt werden: „Könnt ihr helfen?“



Leitartikel

Die Mär vom Verzicht

Pol Schock

Erinnern Sie sich noch? Vor einiger Zeit warf eine engagierte schwedische Schülerin Politikern und Wirtschaftsleuten vor, den Ernst der Lage zu verkennen: Die Klimakrise bedrohe die gesamte Menschheit, wir sollten alle in Panik geraten. Hunderttausende Jugendliche folgten ihrem Appell, bevölkerten die Straßen und forderten eine radikale Reduktion der Treibhausgase. Damit keine Missverständnisse entstehen: Die globale Erwärmung ist nach allem, was wir wissen, tatsächlich eine ernstzunehmende Gefahr für das Überleben der Spezies Homo Sapiens.

Aber das alles scheint gerade sehr weit weg. Die Pandemie hat die Politik fest im Griff, die Coronakrise überlagert die Klimakrise. Menschenleben, Konjunktur und irgendwann später das Klima – so verteilen sich aktuell die Prioritäten der Politik. Dabei kann absurderweise gerade das beobachtet werden, was sich, zugespitzt formuliert, als Feldversuch der Vorstellungen mancher Klimaaktivisten bezeichnen lässt. Notgedrungen haben die Regierungen den Menschen das auferlegt, was Aktivisten seit Jahren fordern: den radikalen Verzicht auf Konsum. Keine Städtrips mehr nach Berlin oder Barcelona, keine Shoppingtouren und auch keine *Päischt-Croisière*. Ergebnis: Klimawissenschaftler prognostizieren für dieses Jahr den stärksten Rückgang

der CO2-Emissionen, den es auf der Welt je gegeben hat. Länder im *Lockdown* verbrauchen rund 25 Prozent weniger Energie. Die Welt spart 2020 rund 2,6 Milliarden Tonnen CO2 ein, der Großteil der Staaten wird für dieses Jahr die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen – auch Luxemburg. Ein gutes Jahr für das Klima also.

Doch das Ganze hat einen Preis. Die Wirtschaft schrumpft: In der Europäischen Union bricht das Bruttoinlandsprodukt um rund acht Prozent ein, in Luxemburg laut Statec um mindestens sechs Prozent. Die kurze Abkehr von der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik setzt die Staatsfinanzen bereits massiv unter Druck, führt zu Insolvenzen, zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit und zu Existenzängsten bei Selbständigen. Die Corona-Rezession offenbart, dass die Postwachstumsökonomie keine nachhaltige Lösung ist, Wachstumsverzicht keine Rettung prophezeit.

Deshalb freut sich derzeit niemand ernsthaft über das unerwartete Erreichen der Klimaziele. Im Gegenteil: Politiker und Wirtschaftsführer setzen alles daran, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Konjunkturpakete werden geschnürt, Steuererhöhungen (auf Treibstoffe) ausgesetzt und ja, der Staat wird, mit Keynes gesprochen,

notfalls Löcher graben und wieder zuschütten lassen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und Konsum wird neuerdings zur ersten Bürgerpflicht, zu einem Akt gesellschaftlicher Solidarität. Gutscheine werden verteilt, die nationalen Unternehmen heroisch inszeniert. Kurz: Wer kauft, hilft.

Der Verzicht ist also keine Lösung, die sich realistisch im Kampf gegen die Klimakrise anbietet. Aber dadurch lassen sich natürlich die Gefahren durch die Kippelemente, die bei einer Erwärmung von über zwei Grad im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit drohen, nicht einfach ausblenden. Ein Weiter-so und eine Rückkehr zum *Status quo ante* wird das Risiko nur verlagern. Was bleibt also? Nur die Flucht nach vorne. Die Politik sollte den Prozess der Dekarbonisierung dadurch befördern, indem sie stärker auf Innovation und Forschung setzt. Sie sollte Staatsinterventionen an Klimaauflagen koppeln und mit Krisenpaketen die Umstellung der Wirtschaft auf erneuerbare Energien unterstützen. Warum nicht Klimaschecks verschicken, um klimaschonende Kühlschränke zu kaufen, warum nicht das Netz von E-Tankstellen massiv ausbauen, wie es eigentlich angedacht war? Und warum nicht eine europaweite Kohlenstoffsteuer einführen, die Öl für Unternehmer und Verbraucher unattraktiv macht?

Quel meilleur moyen pour redorer son blason que de s'approprier la culture populaire – surtout en temps de solidarité nationale face au Covid-19 ? Ce dimanche, 28 juin à 11 heures du matin, après sa longue interview « À cœur ouvert » dans *Paris-Match*, la grande-duchesse Maria Teresa tentera de reconquérir le peuple luxembourgeois, agacé par ses immixtions en politique et la mauvaise gestion à la Cour révélée par le rapport Waringo, en lisant *D'Maus Kätti* d'August Liesch (1936) sur la plateforme *Kuk.lu* de Serge Tonnar, son conseiller sur le projet. Liesch y chante les louanges de la modestie des gens simples, qui savent rester à leur place. L'enregistrement s'est fait dans la bibliothèque dont Gast Mannes fut chassé pour avoir lu les livres. jh

Sophie Margue / Cour grand-ducale



blog

Personalien

Politik

Politik

Justiz

Gesundheit

John Bolton,

72 ans, éphémère conseiller à la sécurité nationale du président américain Donald Trump en 2018-2019, a obtenu gain de cause devant la justice américaine contre l'administration Trump et son livre *The room where it happened* a pu paraître ce lundi. Comme de nombreux conseillers avant lui, Bolton y raconte ce qu'il a vécu à la Maison Blanche, avec un président qu'il ne juge pas apte à exercer ce mandat. Bolton décrit notamment la relation difficile de Trump à l'Europe et au président de la Commission d'alors, Jean-Claude Juncker : « Trump criticized Jean Claude Juncker as a vicious man who hated the United States desperately. » jh

Bernard Gottlieb,

président de l'asbl Rial (Recherche et information sur l'antisémitisme au Luxembourg), s'inquiète, dans son introduction au rapport annuel pour 2019, de la forte augmentation des incidents de nature antisémite au Luxembourg. Ainsi, 47 incidents ont été relevés par le Rial, soit le double de l'année précédente. Cinq plaintes pour actes à connotation antisémite ont été déposées. Dans la très grande majorité des cas, 43, il s'agirait d'incitations à la haine raciale sur les réseaux sociaux. Face à la recrudescence d'actes antisémites, le gouvernement luxembourgeois a décidé en janvier de cette année de lancer un *Plan national de lutte contre l'anti-sémitisme*. jh

Le télétravail à renégocier



Ce serait « une excellente nouvelle pour le pays et (...) fort utile pour nos entreprises et salariés », se réjouit le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) lors de la prorogation, le 22 juin, de l'accord avec la Belgique sur les conditions fiscales du télétravail. Deux jours plus tard, même son de cloche pour la signature de la prorogation de l'accord avec la France, « un outil important et efficace dans la lutte contre la propagation du Covid-19 », selon le ministre. Les deux accords sont désormais en vigueur jusqu'à fin août. L'accord avec l'Allemagne, signé le 23 avril, est tacitement reconduit chaque mois. En principe, les quelque 200 000 frontaliers ne peuvent travailler qu'un nombre limité de jours par an à partir de chez eux – 19, 24 ou 29, selon le pays –, délai au-delà duquel ils seront imposables dans leur pays de résidence. Afin de garantir que les employés de bureau puissent continuer à travailler tout en restant confinés chez eux, les accords suppriment temporairement cette limitation. Mais la dépendance du Luxembourg de ses travailleurs frontaliers a prouvé l'urgence d'une réforme plus large de la solidarité fiscale transfrontalière (photo : sb). jh

Kee Vëlossummer

Während viele europäische Städte die Corona-Zeit nutzten, um die aktive Mobilität zu fördern und sogenannte Pop-Up-Radwege anlegten, verhartete die Stadt Luxemburg stoisch in ihrer Autofestung. Für neue Radwege (wenn auch nur temporär) war einfach kein Platz und ja, selbst die Minieisenbahn an der Péitruss, die einst Kinderherzen höher schlagen ließ, musste vergangene Woche für noch mehr Parkraum weichen. François Bausch (Grüne) erinnerte sich nach Monaten der Pandemie vor kurzem daran, dass er als Superminister auch für Mobilität zuständig ist und verkündete mit Tourismusminister Lex Delles (DP) den *Vëlossummer* 2020. Ganze 16 Straßen fernab der Stadt Luxemburg sollten im Sommerloch-Monat August für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Bausch hatte die Rechnung ohne die Lokalfürsten gemacht: Über die Hälfte der geplanten 16 temporären Fahrradstrecken sind gekippt worden – nur sieben Wege werden im August dem Radverkehr vorbehalten sein. Das Fahrrad als alltägliches Fortbewegungsmittel jenseits von SUV wird durch diese kurzfristige Aktion zwar nicht gefördert. Aber immerhin: Nun können Hobbyradler mit ihren subventionierte E-Bikes im August zwischen Mensdorf und Übersyren in den Genuss des *Vëlossummer* kommen. ps

Sammelklage kommt

Ein altes Anliegen von Konsumentenschützern steht vor dem Durchbruch. Die Unterhändler der zuständigen EU-Institutionen haben am vergangenen Montag eine politische Einigung erzielt zur Einführung einer europäischer Sammelklage. Künftig soll es in allen 27 EU-Staaten möglich sein, dass Geschädigte gemeinsam klagen können. Dieses Instrument erlaubt es, vielen Einzelnen gegen Konzerne vorzugehen wie etwa im Dieselskandal. Luxemburg gehört zu den wenigen Ländern in der EU, die bis dato noch keine Sammelklage ermöglichten. Alerdings arbeitet Verbraucherschutzministerin Paulette Lenert (LSAP) an einem Entwurf. Der Verbraucherschutzverband ULC begrüßt den EU-Entscheid und setzt Lenert nun unter Druck, ihren Entwurf endlich vorzulegen. ps

Freispruch im Srel-Prozess

Die ehemaligen Geheimdienst-Agenten Marco Mille, Frank Schneider und André Kemmer sind freigesprochen worden. Das Trio war angeklagt, weil die Agenten im Januar 2007 den Informanten Loris Mariotto abhörten, dafür jedoch laut Staatsanwaltschaft keine Genehmigung hatten. Mille, Schneider und Kemmer gaben an, die Abhöraktion nach Genehmigung von Staatsminister Jean-Claude Juncker (CSV) durchgeführt zu haben, Juncker sprach von Erinnerungslücken. Die Urteilsbegründung lag bei Redaktionsschluss nicht vor. ps

Wissen ist Macht

Von Anfang hätte sie alle Informationen zugänglich gemacht, behauptete eine sichtlich angesäuerte Gesundheitsministerin Paulette Lenert am Montag im Parlament vor der Abstimmung der Covid-19-Gesetze, die den Notstand beenden sollen. Eine Schutzbehauptung wegen der massiven Schelte, die Lenert von den Oppositionsparteien für ihre Covid-19-Informationspolitik kassierte. Die LSAP-Ministerin verteidigte sich damit, es sei im Krisenmodus nicht immer die richtige Zeit gewesen für eine gute Kommunikation. Dabei ging es längst nicht mehr um kleinere Kommunikationslücken. Wer im Rückblick nachzeichnet, wann die Regierung während des Notstands welche Hintergrundinformationen und Daten zu wichtigen Entscheidungen veröffentlicht hat, stellt fest: Die blau-rot-grüne Koalition hat ihre Karten immer wieder verdeckt gehalten und Schlüsselinformationen nur auf Druck, stückchenweise oder in letzter Minute zugänglich gemacht – und bis zuletzt an dieser Salamiaktik stoisch festgehalten.

Am Montag legte die Gesundheitsministerin dem Parlament aktuelle Hochrechnungen der Taskforce Research vor, die die Unbedenklichkeit neuer Lockerungen bestätigen, obwohl Abgeordnete wenige Minuten später über ein Gesetz abstimmen sollten, das weitere Grundrechtseinschränkungen vorsieht. Lenert rechtfertigte diesen demokratisch bedenklichen Vorgang damit, erst die andere epidemiologische Einschätzung des Staatsrats habe aktualisierte Modellrechnungen nötig gemacht. Am Mittwoch dann andere Töne: Auf einer Pressekonferenz kündigte Lenert an, sie wolle künftig künftig wöchentlich neue detaillierte Ergebnisse zu Covid-19 veröffentlichen und, das ist neu, vor Ort erklären. Der Grund für ihren Sinneswandel dürfte der sein, dass die Ministerin und die Gesundheitsbehörden mehr denn je auf die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen sind, wollen sie eine neue Infektionswelle verhindern. Um die Wichtigkeit zu verstehen, trotz Lockerungsszenario und Sommerlaune weiterhin soziale Distanz zu wahren, in Eigenverantwortung privat wie auf der Arbeit ein Mindestmaß an Vorsicht walten zu lassen, müssen Bürger/innen verstehen, wie Ansteckungen verlaufen und was sie dazu beitragen können, einen zweiten Massenausbruch zu verhindern.

Das Gesundheitsministerium hätte diese Transparenz von Anfang verfolgen sollen; denn die verordneten Grundrechtsbeschnidungen in Folge der Schutzmaßnahmen gingen sehr weit. Dass noch immer keine detaillierten Transmissions- und Cluster-Analysen vorliegen, begründet Lenert mit der dünnen Personaldecke und fehlenden Programmen. Doch ihr Ministerium hielt immer wieder aus vorgeschobenen Gründen (unter anderem dem Datenschutz) anonymisierte (!) Informationen, etwa zur Typologie der Covid-19-Erkrankten und zu Krankheitsverläufen zurück, und es war Lenert, die zunächst versucht hatte, die Medien aus den Krisenzentren fernzuhalten. Journalist/innen sind ein – wichtiges – Puzzleteil in der Aufklärungsarbeit und Prävention neuer Ansteckungen; ein informiertes Parlament ist in einer intakten Demokratie eigentlich selbstverständlich. Vielleicht kehrt jetzt ja doch so etwas wie Normalität ein. ik



Les kiosques firent partie des secteurs essentiels durant le confinement et pouvaient continuer leurs commerces. Quinze pour cent des 340 points de vente ont néanmoins fermé temporairement, faute de passage. Tous devraient rouvrir, selon MPK

Politique médiatique

Individuations

josée hansen

Financer Si l'information indépendante est un bien précieux, sa production a un coût. Essentiellement celui de la réalisation du contenu, accessoirement celui de sa diffusion (impression, distribution...). Et il n'y a que trois moyens pour financer ce coût : le client prêt à payer pour ce produit ; le citoyen-contributeur prêt à lui concéder un soutien sous forme d'une aide à la presse étatique ou l'annonceur voulant surtout acheter l'attention du consommateur du média concerné. Idéalement en équilibre, ces trois sources contribuent chacune à une partie du financement de l'information, afin qu'elle soit la plus indépendante possible. Dans les faits, au Luxembourg, cela est vrai pour les journaux d'information générale – sauf les médias gratuits, comme *PaperJam*, *L'Essentiel* ou *RTL*. Ces derniers sont financés exclusivement par la publicité commerciale. La *Radio 100,7* au contraire, de service public, est financée à part entière par une dotation étatique. À cela s'ajoute *Reporter.lu*, *pure-player* du web financé par ses lecteurs et lectrices payant un abonnement (quelque 2 400 aujourd'hui) et touchant une aide à la presse en-ligne.

À la mi-mars, le confinement et l'état de crise ont stoppé net la vie publique et la consommation – donc aussi les annonces. Les éditeurs ont réagi différemment à cette crise, certains allant jusqu'à mettre une partie de leurs équipes – commerciales ou administratives, parfois aussi des rédacteurs des départements les plus touchés par le confinement, comme la culture ou le sport – au régime du chômage partiel. Ensemble, ils ont adressé en parallèle une demande d'aide extraordinaire au gouvernement (le 20 avril), promettant de sauver au maximum l'emploi dans le secteur. Demande à laquelle le gouvernement a réagi positivement, avec une aide unique de 5 000 euros par journaliste en CDI à temps plein – à l'image d'autres secteurs. Quelque 500 journalistes ont une carte de presse au Luxembourg, et selon Ines Kurschat, la présidente de l'Association luxembourgeoise des journalistes professionnels (ALJP ; Kurschat est également rédactrice au *Land*), cela semble avoir marché : l'association n'a pas connaissance ni de grandes campagnes de licenciements, ni d'appels à l'aide de pigistes en détresse, comme c'est le cas dans d'autres pays. Pour des médias dont le financement commercial s'est effondré et la distribution du papier fut chahutée (*PaperJam*, *Essentiel*), la sortie de crise est plus difficile que pour ceux qui ont une forte base d'abonnés payants. Pour certains, comme le quotidien *Lëtzebuurger Journal*, la crise conjoncturelle ne fait qu'accélérer une situation désespérée dans laquelle les avait déjà précipités la

crise structurelle du secteur de la presse écrite qui s'amplifie depuis l'avènement d'internet. Le *Journal*, qui appartient à l'asbl libérale Centre d'études Eugène Schaus et a, d'après la dernière étude *TNS-Ilres Plurimédia*, une pénétration de 1,7 pour cent de la population, vient d'annoncer qu'il arrêtera sa parution papier d'ici la fin de l'année. Le plus grand journal historique du pays, le *Luxemburger Wort* (55 000 exemplaires par jour ; 27,7 pour cent de taux de pénétration), a annoncé en catimini durant la pandémie, fin avril, que son actionnaire, Lafayette SA, qui appartient à l'archevêché, venait de vendre tout le groupe Saint Paul au groupe de presse belge Mediahuis NV. Pourtant, cette reprise du vaisseau amiral de la presse écrite luxembourgeoise par un groupe étranger s'est passée sans grande émotion – contrairement à l'OPA de Mittal sur Arcelor en 2006 par exemple.

Dépolitiser Depuis vingt ans, le débat public sur la diversité dans les médias et leur financement semble tourner autour de la seule orientation politique. Sous l'influence d'abord de RTL, puis du groupe de presse de Mike Koedinger, Maison Moderne, ce débat dit essentiellement ceci : les grands médias historiques au Luxembourg sont trop politisés via leurs actionnariats – la droite via l'église pour Saint-Paul, la gauche via les syndicats pour Editpress – et cela est sale. La seule vraie indépendance serait celle qu'assurent un actionnariat capitaliste et des annonceurs commerciaux. Que ces annonceurs soient potentiellement plus frireux et interventionnistes sur le contenu qu'un actionnaire stable n'est guère évoqué dans ce débat.

Le *Journal* en a fait les frais : en voulant devenir plus indépendant du DP, il a aliéné ses abonnés libéraux sans en gagner de nouveaux, le grand public n'y voyant visiblement que du feu. Sa disparition papier sous une mandature avec un Premier ministre DP, censé protéger la « presse amie », n'en devient alors que plus ironique. « Ce n'est certainement pas le dernier quotidien imprimé au Luxembourg qui arrêtera sa production *print*... », estime Mike Koedinger dans une interview sur le site *Adada.lu*. Tout en se disant « amoureux du *print* », et fervent défenseur de son impact pour faire passer des messages publicitaires ». Dans cette idéologie, le journalisme ne serait que le cadre pour mettre en valeur les annonces commerciales – c'est, encore une fois, inverser la logique. Et c'est aussi une idéologie, très libérale dans son essence : le lecteur et le citoyen comme clients. « À force de courir après des revenus publicitaires en ligne dont ils sont persuadés

que leur avenir dépend, les journaux ont perdu sur tous les plans : celui de la qualité et donc de la diffusion papier, et celui du numérique, qu'ils n'arrivent pas à faire payer », le décrit l'économiste française Julia Cagé¹.

En quinze ans, les pertes d'audience dans la presse luxembourgeoise ont été vertigineuses : le *Wort* passant de 48 pour cent de taux de pénétration en 2005 à moins de trente en 2020, le *Tageblatt* de 17 à sept pour cent (avec certes des modes de calcul qui ont changé, mais l'érosion est quand même énorme). La *Voix du Luxembourg*, quotidien francophone du Groupe Saint Paul, a disparu en 2011 et le *Jeudi*, hebdomadaire francophone d'Editpress, en 2019. Lancé en 2007, le quotidien gratuit *L'Essentiel* (publié par Edita SA), entièrement financé par la publicité, est, avec un taux assez stable d'un quart de la population qui le consomme, le plus grand succès éditorial de ces dernières années. Les bouleversements idéologiques et la « transformation des valeurs » vers un plus grand consumérisme et une individuation galopante, que la Chaire parlementaire de l'Uni.lu décrit dans son étude *Elect* pour expliquer la perte d'influence aussi bien du CSV que du LSAP, en faveur d'une sorte d'hypercentre libéral, se retrouvent aussi dans les évolutions du paysage médiatique. En dix ans, entre 2010 et 2020, le total de l'aide à la presse étatique (instaurée dans les années 1970 sous Gaston Thorn, DP, pour garantir la diversité des médias) a diminué d'un million d'euros (moins de titres, moins de pages imprimées), de 7,7 millions en 2010 à 6,7 millions en 2020. Ce million se retrouve dans un nouveau poste budgétaire introduit en 2017 : l'aide directe pour la « promotion de la presse en-ligne ». « La question politique que le gouvernement devrait se poser aujourd'hui, dit Jean-Lou Siweck, président du Conseil de presse et directeur d'Editpress, c'est : combien de pluralisme voulons-nous ? ». La radio de service public *100,7* est financée à hauteur de 6,6 millions d'euros cette année, 7,5 millions en 2023 par l'État. À partir de l'année prochaine, le gouvernement financera également le service public de la télévision, qui est assuré par *RTL Tele Lëtzebuerg* ; le budget pluriannuel de l'État prévoit quelque dix millions d'euros annuels à partir de 2022. Mais la somme de toutes ces aides directes pour la presse ne représente toujours qu'un dixième du prix du futur satellite d'observation Luxeosys. C'est une question de choix politiques.

Numériser À cette métamorphose du paysage politique et de l'idéologie éditoriale s'est ajoutée la rupture du numérique. Là où les mirages du tout partout et immédiatement, a d'abord fait opter les éditeurs pour des accès gratuits à leurs sites internet, ils sont, partout dans le monde, en train de se raviser et d'introduire des accès payants. Les grands comme le *New York Times*, le *Washington Post* ou la *Zeit*, y réussissent à merveille : les grandes disruptions comme l'élection de Donald Trump ou la pandémie du Covid-19 font exploser leurs nombres d'abonnés. Au Luxembourg, où la masse critique est un peu faible, surtout face à

des frais de développement incompressibles, les éditeurs constatent pourtant eux aussi des nombres de visiteurs en forte croissance actuellement, comme le confirment aussi bien Paul Peckels, le directeur de Saint-Paul (*Wort.lu* en allemand, 16,3 pour cent de taux de pénétration, *Wort.lu* en français, *Luxtimes.lu* et *Contacto.lu*, non répertoriés par TNS-Ilres), que Christophe Bumb de *Reporter.lu*.

Pourtant, les financements y sont encore très aléatoires : selon le dernier *Ad'Report* de Nielsen pour Espace Pub, 14,4 millions d'euros ou 8,67 pour cent des investissements commerciaux allaient dans les sites internet en 2019, contre 39 pour cent dans les quotidiens et 17 pour cent dans la radio – tendance à la hausse. En 2019, le gouvernement accordait l'aide à la presse numérique (plafonnée actuellement à 100 000 euros par site) à treize plateformes différentes – contre dix journaux imprimés. Cette fragmentation galopante du lectorat reproduit celle de la population luxembourgeoise, où la moitié des résidents sont non-Luxembourgeois, qui parlent portugais, anglais ou français en première langue. Pour répondre à toutes ces évolutions sociétales et structurelles, le gouvernement Bettel-Schneider-Braz I avait promis dès 2013 dans son programme gouvernemental de réformer le régime d'aide à la presse. Le Premier ministre et ministre des Médias Xavier Bettel (DP), fortement inspiré par Mike Koedinger, demandeur de l'aide à la presse pour *PaperJam*, a promis un changement de paradigme : le calcul de cette aide ne se fera plus sur le nombre de pages imprimées par journal, mais par rapport au nombre de journalistes employés (55 000 euros par an et par journaliste, avec un certain plafonnement par maison d'édition), et ce pour n'importe quel support, papier ou numérique. Le texte ne parle d'ailleurs plus de « média », mais de « marque ». Le projet de loi, annoncé depuis sept ans, devait être déposé en mars, mais la crise sanitaire l'a décalé. Une nouvelle échéance pour l'été est actuellement visée.

Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn

Rückkehr zur Normalität

Romain Hilgert

Glaubt man dem Premierminister, der Gesundheitsministerin und ihren Kollegen, gibt es ein Paradies mit dem zum Träumen einladenden Namen „Normalität“. Ein Virus hat die unschuldige Volksfamilie vor vier Monaten aus der Normalität vertrieben. Die Regierung verspricht, sie mit der Beendigung des Ausnahmezustands und der schrittweisen Lockerung der Kontaktsperrungen zurück ins Paradies der Normalität zu führen.

Eine liberale Koalition orientiert sich an einer Bilanz: der täglich gegen 17.30 Uhr veröffentlichten Summe der Erkrankten und Toten. Von ihr macht die Regierung die laut Gesundheitsministerin „flexible“ Öffnung und Schließung gesellschaftlicher Einrichtungen abhängig. Wie viele Kranke und Tote sie in Kauf nehmen will, damit die Restaurants und Baustellen offenbleiben, sagt sie nicht.

Die dominierenden Interessen der Exportwirtschaft benötigen den Sozialstaat. Nur er legitimiert die in ihrem Dienst stehende staatliche Herrschaft. Unter dem Schock der Seuche sah das nach konvergenten Interessen aus: Die Kurzarbeit und der Familienurlaub sorgen auf Staatskosten dafür, dass der Produktionsapparat intakt bleibt, um nach der Krise durchzustarten. Gleichzeitig verhindern sie eine die staatliche Herrschaft gefährdende soziale Krise. Im *Dekonfinement* treten die Interessenwidersprüche wieder zutage.

Im Dekonfinement treten die Interessenwidersprüche wieder zutage

Die Exportwirtschaft – der Finanzsektor und die Industrie – durfte all die Zeit ungehindert weitermachen. Die sozialdemokratischen Arbeits- und Gesundheitsminister verzichteten auf jede Auflage und jede Kontrolle, wie die Gesundheit der Beschäftigten in den Büros und Fabriken geschützt werden soll. Das *Statut unique* erwies sich wieder als Mogelpackung: Angestellte und Beamte durften schonend Heimarbeit erledigen; die Arbeiterinnen und Arbeiter mussten in Fabriken, Kaufhäusern und Privathaushalten, auf dem Weg zur Arbeit ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Der Mittelstand und die Bauindustrie, die im engen Kundenkontakt die Binnennachfrage bedienen, wurden dagegen lahmgelegt. Kurzfristig werden zahlreiche ihrer Einzelkapitalien vernichtet, um langfristig das Gesamtkapital zu retten. Hin und her gerissen, drängt die Mittelstandspartei DP auf eine rasche „Öffnung“ der Gesellschaft. Ihr Erziehungsminister beeilt sich, mit den Schulen als Beispiel voranzugehen. Doch die Bauarbeiter mussten als erste wieder ihre Haut zu Markte tragen. So werden jeden Monat 100 Millionen Euro Kurzarbeitsentschädigung gespart.

Im wiedergewonnenen Paradies der Normalität wird die Austerität blühen, um 2,5 Milliarden Euro Corona-Schulden umzuverteilen. Die Seuche soll ermöglichen, wozu Jeremy Rifkin nicht fähig war: auf breiter Front Kostensenkungen und Entsolidarisierung durch Heimarbeit durchzusetzen. „Rostlos“ fand der Mann in der Eisenbahn den Gedanken, „daß der Krankheit des Normalen nicht etwa die Gesundheit des Kranken ohne weiteres gegenübersteht, sondern daß diese meist nur das Schema des gleichen Unheils auf andere Weise vorstellt.“

RS Or, à côté du simple passage au numérique, qui impliquerait une publication dématérialisée du même contenu, les nouvelles fractures du journalisme s'appellent nouvelles technologies et réseaux sociaux : là où les métiers d'un journaliste-image et d'un auteur de l'écrit ou de la radio furent jadis fondamentalement différents, la démocratisation des moyens de production a fait que n'importe qui peut s'improviser cameraman avec un téléphone portable, que les journalistes doivent à la fois écrire, produire des *podcasts* et se faire *community manager* sur Facebook ou Twitter. Les frontières s'effondrent entre logiques de flux et de stock, entre les approches d'un journalisme chaud de la presse audiovisuelle et froid d'une presse écrite plus analytique. Avec un Premier ministre qui dégaîne son portable plus vite que son ombre pour faire des *selfies* et un ministre des Affaires étrangères qui diffuse sa propre information par *WhatsApp*, les journalistes auraient tort de ne se limiter qu'à suivre et répercuter ce flux constant de nouvelles. Au risque de n'être plus que des « holographes », coincés entre producteurs et destinataires de l'information, comme le décrit la professeure en sciences de l'information Valérie Jeanne-Perrier² : « La force d'imposition des formats des réseaux sociaux, devenus eux aussi des médias massifs en moins de dix années, encadre l'inventivité du discours politique. Elle contraint les journalistes à suivre les mutations de la communication politique qui s'est elle-même adaptée à ce système imbriqué des anciens médias et des réseaux sociaux. ». Là où les lecteurs s'habituent à vivre dans une bulle idéologique, avec des contenus filtrés par un algorithme et mis en avant par des notifications invasives, la presse doit trouver une nouvelle raison d'être. Être pertinente.

¹ Julia Cagé : *Sauver les médias – Capitalisme, financement participatif et démocratie* ; collection La république des idées, Éditions Seuil, 2015.

² Valérie Jeanne-Perrier : *Les journalistes face aux réseaux sociaux ? – Une nouvelle relation entre médias et politiques* ; M&F Éditions, 2018.

Ex cathedra



Die Trennung in A- und B-Gruppen soll ab 29. Juni hinfällig sein; für mehr „Normalität“

Ines Kurschat

„Deshalb wollen wir vor den großen Ferien einen weiteren Schritt in Richtung Normalität gehen“, sagte Erziehungsminister Claude Meisch (DP) am vergangenen Freitag auf seiner Pressekonferenz. Zuvor hatte der Regierungsrat in einer mehrstündigen Sitzung entschieden, Meischs Vorschlag zu folgen und die derzeit gültige Trennung in den Schulen A- und B-Gruppen aufzuheben und alle Schüler/innen ab dem 29. Juni in ihren jeweiligen Klassen wieder zusammenzuführen.

Was Meisch als folgerichtigen Schritt in einem wissenschaftlich untermauerten Lockerungs-Kontinuum beschreibt, wirft gleichwohl eine Vielzahl von Fragen auf – und stößt auf mehr Widerstand, als der Minister öffentlich zugibt. Zum einen häufen sich die positiven Covid-19-Fälle auch in Luxemburg wieder. Die Weltgesundheitsorganisation warnte angesichts steigender Infektionszahlen in den USA, aber auch in Deutschland, Portugal und Israel am 19. Juni vor einer zweiten tödlichen Welle der Pandemie. Ulf Nehrass, Professor am Luxembourg Institute of Health und Leiter des *Large Scale Testing*, war Tags zuvor von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* damit zitiert worden, die zweite Welle werde im Herbst erwartet. „Und da sollten wir bereit sein“. Eine Einschätzung, die Jean-Paul Schmit teilt: Am Rande einer Pressekonferenz am Mittwoch sagte der Leiter der hiesigen Gesundheitsbehörde, er erwarte für die nächsten Wochen

tendenziell steigende Infektionszahlen. Bereits am Montag, während der Chamber-Debatte zu den Covid-19-Gesetzen, hatte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gewarnt: „Die Gefahr ist groß, dass wir uns noch ein Eigentor schießen in der zweiten Halbzeit.“

Pädagogisch wertvoll? Trotzdem hält der Bildungsminister an der Aufhebung der Covid-19-bedingten Klassentrennungen so kurz vor der Sommerpause fest. Ab nächster Woche werden so in der Grund- und in der Sekundarschule Schüler aus einer Klasse wieder zusammen unterrichtet, notfalls mit Maske. Meisch riskiert damit, und wegen seiner undurchsichtigen Informationspolitik, den Graben zwischen Lehrpersonal und Ministerium weiter zu vertiefen. Denn an vielen Schulen liegen nach wochenlangem Corona-Ausnahmestand, *Homeschooling* und Dauerstress die Nerven blank. „Die Schulen haben sich mit viel Aufwand auf das A- und B-System eingestellt und müssen sich jetzt erneut umstellen. Die fühlen sich veräppelt“, sagt Patrick Arendt von der Lehrgewerkschaft SEW. Direktionen und Lehrpersonal haben alles getan, um Klassen zu splitten, die Schüler zum Maskentragen anzuhalten und den vorgeschriebenen Sicherheitsabstand von zwei Metern einzuhalten.

Jetzt müssen sie neue Stundenpläne schreiben. Lehrer, die zur Risikogruppe zählen, waren dank

„Jetzt herrscht schon wieder in den Schulen Chaos“, findet Patrick Arendt vom SEW. Lehrer müssen den Unterricht neu planen: 13 Tage vor den Ferien

großzügiger Sicherheitsabstände zurück in der Schule; das ist mit dem Zusammenlegen wegen der Dichte nicht mehr möglich. Auch Meischs Argument, in den gewonnenen 13 Stunden könnten Schüler noch Lernstoff aufholen, bewerten Pädagogen skeptisch: „Jeder weiß, dass die Schüler vor der Sommerpause durchhängen. Wegen Covid-19 ist ihre Erschöpfung größer als in anderen Jahren“, so Arendt.

Nervöse Eltern rufen in Schulen an, weil sie, in Erwartung, ihr Kind sei in der B-Gruppe, den Urlaub eine Woche früher geplant haben. „Es herrscht schon wieder Chaos“, findet Arendt. Laut großherzoglicher Verordnung gilt die Schulpflicht in der Grundschule nur für den Präsenzunterricht; in der B-Woche können Kinder zuhause lernen. Vor allem aber berichten Lehrer, die Aufteilung in kleinere Gruppen habe geholfen, schwächere Schüler, die im *Homeschooling* riskierten, den Anschluss zu verpassen, gezielter zu unterstützen. „So kann ich mich Schülern einzeln widmen“, erzählt eine Lehrerin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Eine Beobachtung, die die Gewerkschaften teilen. „Pädagogisch betrachtet, sind kleinere Lerngruppen besser“, sagt Patrick Remakel vom SNE. Die Gewerkschaft hat angekündigt, die Diskussion um Kontingente und Klassengrößen voranzutreiben.

Verschweigen statt Transparenz Das ist nicht der einzige Grund, warum Meischs Vorstoß vor allem in den Lyzeen auf breite Ablehnung trifft. Was der Minister der Öffentlichkeit am vergangenen Freitag nicht erzählte: In derselben Woche war an einem Lyzeum in der Hauptstadt ein Schüler positiv auf Covid-19 getestet worden. Kurz darauf wurde ein weiterer Jugendlicher aus derselben Gruppe positiv getestet. Eltern erhielten Anrufe von den Gesundheitsbehörden, sie sollten ihr Kind dringend testen lassen – mit der Folge, dass die Sorge vor weiteren Ansteckungen wieder wächst und in den Fluren und auf den Pausenhöfen Gerüchte neuer Infektionsketten die Runde machen.

Die Direktionen behandeln Infektionen streng vertraulich. Aus Datenschutzgründen, um positiv getestete Schüler nicht zu stigmatisieren. Doch auch in anonymisierter Form gibt es kaum nennenswerten Austausch zwischen Ministerium und Schulen über das Coronavirus. Die Krisenkommunikation erfolgt sporadisch: Außer einem Beitrag zu Covid-19 und Kindern der Research Taskforce vom 9. Mai und dem Webinar am 20. Mai auf *Radio 100,7* mit den Kinderärzt/innen Isabel de la Fuente Garcia und Fernand Pauly vom CHL gibt es keine neuen Informationen darüber, ob und wie sich das Virus bei Kindern und Jugendlichen hierzulande verbreitet. „Außer den Hygiene-Empfehlungen der Santé haben wir nichts Neues bekommen“, bestätigt ein Regionaldirektor, der anonym bleiben will.

Dem Minister müssen die jüngsten Infektionen in der Hauptstadt am Freitag bekannt gewesen sein – seine Dienste standen da bereits mit den Verantwortlichen in Kontakt, um abzuklären, wie

weiter vorzugehen sei. Offenbar wird der Unterricht dort ausnahmsweise weiter im geteilten System erfolgen. Auch zu Tests und zum Tracing von Schülern wurden bislang keine Details mitgeteilt, weder über das Alter, noch über den Infektionsort, weder an die Regionaldirektionen, noch an die Direktionen, noch dem Parlament. Als das Land von Meisch wissen wollte, wie viele Schüler seit der Wiedereröffnung positiv auf das Virus getestet wurden, schätzte er die Zahl der Infizierten auf 15, ließ dabei aber offen, ob es sich dabei nur um Schüler oder Schüler und Lehrpersonal handelte. Die *Land*-Nachfrage, ob ihm Fälle aus jüngerer Zeit bekannt seien, überhörte er.

Covid in der Schule Das Gesundheitsministerium lieferte am Mittwoch Zahlen: 17 Kinder zwischen 13 und 17 Jahren seien seit Aufhebung der Wiederaufnahme des Schulbetriebs positiv auf das Virus getestet worden, sowie zehn Kinder zwischen 5 und 12 Jahren. Tests während des *Lockdown* ergaben für die Stichproben der Grundschule 0,7 Prozent positive Covid-19-Fälle und für die Sekundarstufe 0,6 Prozent. Die aktuellen Daten seien „eher beruhigend“ wegen der geringen Zahl der Fälle und ihrer schnellen Einhegung, so dass man in Richtung „einer anderen Organisationsform“ gehen könne, schreibt das Gesundheitsministerium dem *Land*. Es gebe eine Reihe Studien, wonach sich Kinder „nicht so leicht anstecken“, präzisierte Jean-Claude Schmit am Mittwoch. „Und wenn sie sich anstecken, werden sie nicht so schwer krank.“ Das Virus, das an Rezeptoren andockt, sei in kleinen Kindern bis zehn Jahren in geringerem Umfang nachweisbar, weil sie weniger der Rezeptoren haben. Für Jugendliche gilt das nicht im selben Maße: „Ein Teenager von 14 bis 16 Jahren ist wie ein Erwachsener zu betrachten.“ Dass ihr Ministerium gleichwohl der Aufhebung des Klassensplitting auch in den Lyzeen zustimme, liege daran, dass aktuelle Hochrechnungen, dass es „nicht bedenklich“ sei. „Wir sehen nichts, das dagegen spricht“, so Paulette Lenert.

Die Modellrechnungen der Taskforce Research, mit denen die Ministerin ihre Zustimmung begründet, wurden am 20. Juni berechnet. Claude Meisch wird folglich am Freitag gewusst haben, dass neue Modellrechnungen zu unterschiedlichen Szenarien im Schulwesen unterwegs waren; der Presse sagte er davon nichts. Mit anderen Worten: Der Regierungsrat hat Meischs Plan gutgeheißen, ohne die neuen optimistischen Hochrechnungen zu kennen. In einem Schreiben an die Direktionen, die dem *Land* vorliegt, schreibt der Leiter der Sekundarschulabteilung, die Gesundheitsbehörden hätten das Vorhaben vor der Regierungsratssitzung abgesegnet. Tatsächlich kursierte ein entsprechendes Szenario bereits rund eine Woche zuvor an Schulen, bevor es am Donnerstag via *RTL* aufgegriffen wurde.

Es ist nicht das erste Mal, dass *RTL* wie ein Sprachrohr des Ministers fungiert, zum Ärger der Schulleitungen. *RTL*-Journalisten berichteten als erste über die Schulschließungen im März und sie waren es, die die bevorstehende Wiedereröffnungen meldeten. Zufall? Böse Zungen behaupten, dem Radio würden aus dem Ministerium gezielt Informationen zugespielt. Vertrauensbildung innerhalb einer Schulpartnerschaft geht anders. Paulette Lenert ihrerseits unterstrich erneut, ihr Ansatz sei immer gewesen, zunächst 14 Tage für neue Ergebnisse abzuwarten, bevor man weiteren Lockerungen zustimme. Diese Regel wurde dieses Mal nicht eingehalten.

Die Covid-Fälle in der Hauptstadt sind nicht die ersten und werden nicht die letzten an einer Schule sein; das ist grundsätzlich nicht weiter dramatisch: Als die Primaner Anfang Mai wieder in die Schulen kamen, wurden bei vorgeschalteten Tests einige positiv getestet; sie mussten in Quarantäne und konnten danach wieder in die Schule. Das ist die Prozedur, die die Gesundheitsbehörden vorschreiben. Die positiv getesteten Schüler von vergange-

ner Woche wurden ebenfalls zuhause in Quarantäne geschickt und ihre Familien gleich mit. Weitere Schüler werden nach und nach getestet.

In diesem Szenario müssen Schulleitungen schwierige Entscheidungen treffen. Sie sind verantwortlich für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen. Doch weil das Erziehungsministerium nicht offen kommuniziert, wird das zum Drahtseilakt: Entwarnung geben können sie nicht, schonungslos aufklären aber auch nicht, zumal ihnen wichtige Daten und Einschätzungen gar nicht vorliegen. „Es ist schade. Wir würden uns wünschen, mehr in die Planung einbezogen zu werden“, sagt Claude Hemmer, Präsident der Direktorenkonferenz. Die Direktionen hatten sich mehrheitlich gegen die Zusammenlegung ausgesprochen. Für September bereiten sie sich auf eine normale *Rentrée* vor. „Aber was ist der Plan B, sollten die Infektionszahlen wieder steigen?“, fragt Hemmer.

Raoul Scholtes von der Gewerkschaft Feduse nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir haben Null Informationen.“ Sein ausgesprochener Verdacht (mit dem der Lehrer nicht alleine ist), die Aufhebung des Klassensplitting sei ein Testlauf für die *Rentrée*, habe Meisch in einer Visiokonferenz mit den Gewerkschaften vorvergangene Woche weit von sich gewiesen. Am Mittwoch antwortete Lenert auf dieselbe Frage: „Wenn Sie so wollen: ja.“

Informiert statt konsultiert Claude Meisch hatte am Freitag betont, er habe sich mit den unterschiedlichen Schulakteuren für seinen neuerlichen Vorstoß beraten. Dabei handelte es sich wohl um dieselbe Form „Konsultationen“, für die der Minister immer wieder gescholten wird. „Er schlägt etwas vor. Wir tragen unsere Positionen vor. Und dann macht er, was er will“, beschreibt Patrick Arendt den Ablauf. „Wir wurden lediglich informiert“, sagt Raoul Scholtes von der Feduse.

Mindestens zwei Schulleitungen haben Meisch diese Woche Briefe geschrieben, in denen sie Bedenken äußern und den Minister bitten, von der Klassenzusammenlegung abzusehen. Sie fühlen sich außerstande, „die sanitäre Sicherheit in meinem Gebäude zu gewährleisten“. Hinter vorgehaltener Hand beschreiben Gewerkschaften und Schulleitungen das Vertrauensverhältnis zum Minister als „schwer angeschlagen“ und die Stimmung in den Lehrerzimmern als „frustriert“; eine gefährliche Entwicklung, denn in einer Pandemie muss sich jeder auf den anderen verlassen können. Dabei hätten sie alle möglicherweise gar Verständnis, würde der Minister mit offenen Karten spielen und erklären, wie er sich die Vorgehensweise bis zur Schul-*Rentrée* konkret vorstellt.

Denn in der Grundschule trifft sein Vorschlag auf mehr Zustimmung; dort sind die Bedingungen allerdings andere: Die Klassen sind durchschnittlich kleiner und Gewerkschaften hatten deswegen von vornherein die Aufteilung in A- und B-Gruppen kritisiert. Oft sitzen in einer Klasse kaum mehr als 15 Schüler. Weil die maximal zulässige Schülerzahl während des *Déconfinement* bei zwölf lag, wurde häufiger in Kleinstgruppen unterrichtet – ein enormer Personalaufwand, der nur mit zusätzlichen Lehrkräften zu stemmen war. Bei den Sechstklässlern kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Sie wechseln nächstes Jahr in die Sekundarstufe und haben ihre Klassenkameraden aus der anderen Gruppe zuletzt nur über Video sehen können. „Für sie ist es schön, sich persönlich zu verabschieden. Aber dafür hätten ein bis zwei Tage gereicht“, so Patrick Arendt vom SEW.

Normal wird ihr Schulstart nach den Sommerferien trotzdem kaum sein: „Ein Unterrichten im gesamten Klassenverband“ sei im nächsten Schuljahr „weiterhin mit sozialer Distanzierung zu empfehlen“, schreiben die Forscher der Research Taskforce. Auch die Kontaktverfolgung bleibe für die Virusbekämpfung essenziell. Eine zweite Welle sei ein „durchaus mögliches Szenario“.

Obwohl mindestens zwei Schüler positiv auf Covid-19 getestet wurden und Direktionen Kritik üben, hält Erziehungsminister Claude Meisch an der Aufhebung des Klassensplitting fest



Ralph Waltmans, Kulturkoordinator der Stadt Esch, im ehemaligen Arbed-Direktionsgebäude Bâtiment IV

Alternative zu Esch 2022

Im Schatten des müden Kulturhauptstadtprojekts hat die Stadt Esch ein ambitioniertes Kulturprogramm vorgestellt. Ein Plan, der auf Zustimmung in der Kulturszene trifft

Pol Schock

Alles außer Kunst Seit vergangener Woche geht ein Link in Kulturkreisen um: *es22.lola.lu*. Er führt zu einer scheinbar neuen Internetseite des Projekts der europäischen Kulturhauptstadt Esch 2022. Die Homepage ist in der visuellen Identität der Kulturhauptstadt gestaltet, beinhaltet Fotos und Aussagen von Projektleiterin Nancy Braun sowie ihres Teams und zeigt ein Interview, in dem der Escher Bürgermeister Georges Mischo (CSV) sich im Kulturjahr Bruce Springsteen vor den Hochöfen wünscht. Das Highlight der Seite ist jedoch ein Video, in dem vier Schauspieler/innen den Jahresbericht 2019 von Esch 2022 *performen*. Spätestens jetzt könnte man meinen – es handele sich um eine Parodie. Mitnichten.

Das Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt will immer noch nicht so recht zünden. Und wahrscheinlich ist diese Formulierung noch untertrieben: Das 60 Millionen schwere Projekt hat bis jetzt etliche Schlagzeilen produziert, haufenweise Berichte und Konzepte wurden verfasst, mehr als 600 Künstler haben Projekte eingereicht, um sich mehrheitlich eine Absage einzuholen oder weiter auf eine Antwort zu warten. Es wurden Zeit, Energie und Ressourcen verschwendet, die für hohe Beratergagen (u. a. Binsfeld und Oxygen) und für ein außerordentlich hohes Maß an Frustration bei Künstler/innen sorgten. Eins hat Esch 2022 allerdings bis jetzt noch fast nicht hervorgebracht: Kunst. Vielleicht will die scheinbar satirische Interpretation der Agentur Lola von Laurent Graas darauf hinaus: Esch 2022 soll als Gesamtkunstwerk betrachtet werden, in dem selbst Jahresberichte als kultureller Output gelten.

Die politischen Verantwortlichen wissen insgeheim um das PR-Debakel, auch wenn sie es natürlich nicht offen gestehen können. Georges Mischo versucht es mit einer humorvollen Note und übt sich in *Understatement*: „Also langweilig wird mir mit Esch 2022 nicht.“ Kulturschöffe Pim Knaff (DP) will nicht mehr über die Vergangenheit reden und richtet den Blick nach vorne. Und der Kulturbeauftragte der Stadt Esch, Ralph Waltmans, sieht vor allem böse Absichten bei der Luxemburger Presse: „Ich habe das *Tagblatt* abgestellt.“

Hohe Investitionen Dabei hat die Stadt Esch vor kurzem ein Kulturprogramm vorgestellt, das eigentlich die Frustrationen und negativen Schlagzeilen hinter sich lassen sollte. Die Stadt wird im Rahmen ihres Kulturplans „Connexions“ beeindruckende Anstrengungen zum Infrastrukturausbau unternehmen: Das frühere Direktionsgebäude Bâtiment IV von ArcelorMittal in Esch-Schifflingen soll als sogenannter *Tiers-lieu* den Künstler/innen zur Verfügung gestellt werden; das Bridderhaus soll zu einer permanenten Residenz für über 20 Künstler, das frühere Möbelhaus Espace Lavandier zu einer Kunsthalle mit über 3 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche wer-

Die politischen Verantwortlichen wissen insgeheim um das PR-Debakel, auch wenn sie es natürlich nicht offen gestehen können

den. Das Kino Ariston fungiert in naher Zukunft als pädagogische Theaterstätte. Das Resistenzmuseum wird renoviert. Das Gebäude der Luxcontrol geht in den Besitz der Stadt über und wird zu einer Erweiterung des Escher Konservatoriums umgebaut und soll gleichzeitig ein neues Museum für Industriekultur beherbergen. Und selbst das Prestigeprojekt von Bürgermeister Mischo – ein nationales Sportmuseum in Esch – soll laut *Land-Informationen* in den Startlöchern stehen. Kurz: Die Stadt Esch geht kulturell voran und drückt die Kulturausgaben auf rekordverdächtige 16 Prozent des Stadthaushaltes.

Vor kurzem hat Kulturschöffe Pim Knaff den Großteil dieses kulturellen Pakets bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Allerdings etwas überraschend nicht gemeinsam mit Esch-2022-Leiterin Nancy Braun, sondern im Rahmen des Kulturplans „Connexions“, der noch auf die frühere Bürgermeisterin Vera Spautz (LSAP) zurückgeht. Ein Alleingang der Stadt, bei dem zudem die neue Organisation frEsch Asbl vorgestellt wurde, um den Esch-2022-Abtrünnigen Christian Mosar. Dieser Umstand führte dazu, dass in Kulturkreisen und in Teilen der Presse manche die Pressekonferenz als Versuch der Stadt deuteten, sich von der *Stater Clique* von Esch 2022 ein Stück weit zu lösen und ein Alternativprogramm zu gestalten. Quasi ein *Esch-2022-bis*. Sowohl Waltmans als auch Knaff widersprechen dieser Auslegung vehement. „Von einem *Esch-2022-bis* kann keine Rede sein“, so Waltmans. Allerdings sagt Knaff, dass es sich dennoch um eine „Alternative“ zu den bisherigen Vorstellungen des Kulturprojekts handelt – weniger glamourös, weniger Belval, mehr künstlerorientiert.

Tiers-lieu Das Herzstück des Infrastrukturprogramms bildet dabei das Bâtiment IV. Das ehemalige Arbed-Direktionsgebäude gleich neben den Eisenbahngleisen und der ArcelorMittal University verfügt über drei Stockwerke mit dutzenden Räumen verteilt auf über 3 000 Quadratmeter. In der Vergangenheit diente es einige Zeit als Krankenpflegeschule und steht seit fünf Jahren leer. Kupferdiebe haben sich seither am Gebäude zu schaffen gemacht und Kabel aus den Wänden gerissen, Jugendliche haben zudem die Mauern mit Edding-Stiften bemalt – davon abgesehen ist das Gebäude noch vollkommen intakt.

Die Idee, daraus einen kulturellen Ort zu gestalten, geht noch auf Véra Spautz zurück sowie auf das erste Esch-2022-Bid-Book *Amour* von Kulturchef Waltmans, das von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde. „Wir haben uns damals mit Herrn Wurth getroffen“, so Spautz. Die ersten Gespräche im Jahr 2016 verliefen gut, ein *Accord de principe* zwischen Stadt Esch und ArcelorMittal wurde festgehalten. Im Mai 2018 nutzte die Stadt Esch das Bâtiment IV erstmals für den Abschluss der *Nuit de la culture*.

Nun soll das Gebäude als sogenannter *Tiers-lieu culturel* dienen. Ein Freiraum ohne festes Programm, ohne klar definierte Struktur und ohne Hierarchie. Im Bâtiment IV sollen sich Personen eher zufällig treffen und den kulturellen Austausch suchen. Die Dinge sollen sich von unten entwickeln, wie Kultschöffe Knaff sagt, ohne klare Vorgabe und Zielsetzung. Es ist demnach ein klarer Kontrapunkt zum bisherigen Projekt von Esch 2022, bei dem Künstler/innen ihre Ideen nach den *Remix*-Vorstellungen von Braun und Co. *framen* und anschließend das Rogasche Vierstufensystem bestehen müssen, benannt nach seinem Erfinder Robert Garcia. Alle Projekte werden nach vier unterschiedlichen Kategorien bewertet: 1 (Zusage), 2 (prinzipielle Zusage nach Überarbeitung), 3 (Absage) und 4 (im Wartezustand). Von 606 Vorschlägen haben lediglich 31 grünes Licht erhalten, 342 wurden abgelehnt, der Rest befindet sich im Limbo zwischen Überarbeitung und Prüfung. Auf Nachfrage teilt Esch 2022 mit, dass die definitiven Zahlen erst „im Herbst“ kommuniziert werden. Das will nach gut unterrichteten Quellen heißen: Die Zahl von 31 Zusagen wird wohl kaum steigen.

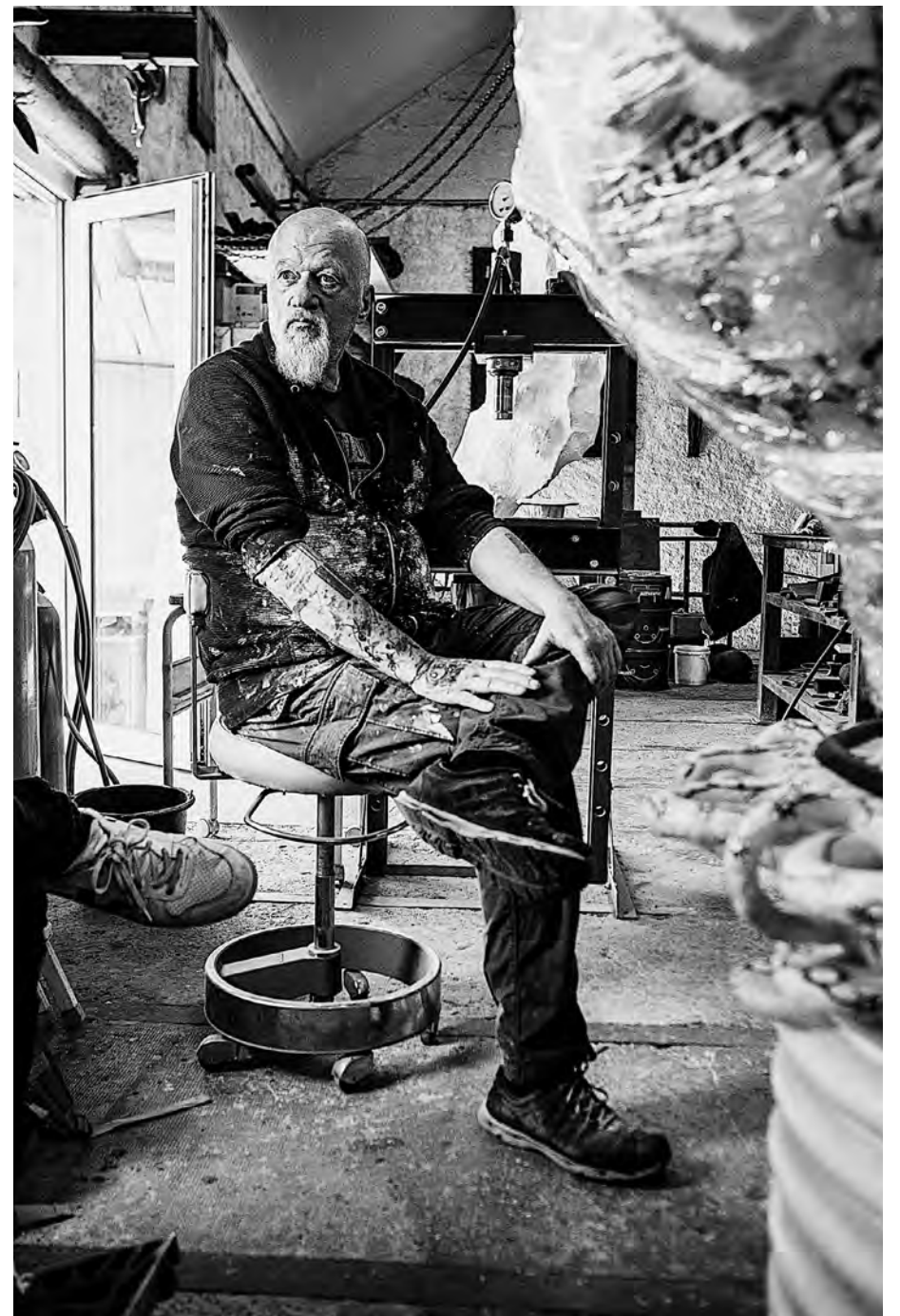
Sheriff Die Stadt Esch hat das Bâtiment IV für drei Jahre von ArcelorMittal (die dafür keine Verwendung mehr haben) gemietet mit Option auf Verlängerung. Sie erhielt eine finanzielle Unterstützung von der Oeuvre grand-duchesse Charlotte, aber auch von Esch 2022 in Höhe von jeweils 200 000 Euro. Laut Waltmans sollen in Zukunft sowohl lokale Töpfervereine sich dort wohlfühlen als auch Kulturgrößen wie das Theaterkollektiv ILL oder die Jugendkulturinitiative Hariko. Platz dazu gibt es im Gebäude genug. Doch Waltmans setzt dem *Laissez-faire*-Ge-

danken des *Tiers-lieu* gleich Grenzen: Er spricht von einem „Sheriff“, den er für das Gebäude einstellen will – „sonst herrscht hier Anarchie!“

Als erste prominente Gäste werden das Kollektiv Cueva um das Escher Original Théid Johanns das Bâtiment IV beziehen. Johanns hat bereits einen Schlüssel erhalten und wird wohl Künstler, Portier und Teilzeitscheriff in Personalunion sein. Er sieht das Bâtiment IV als willkommene Alternative zu Esch 2022. Das Projekt habe bisher nur Geld verbrannt und für „Gestreits“ gesorgt. Das liege daran, dass es den meisten im Organisationsteam weniger

um Kultur als vielmehr um ihre eigene Karriere gehen würde. „Mee dat ass normal, dat leeft dach ëmmer esou hei“, so Johanns.

Cueva wird das Bâtiment IV mit 70 Künstler/innen beziehen und eine Schau für die Monate November und Dezember organisieren. Jeder Künstler erhält einen eigenen Raum und kann laut Johanns machen, was er wolle. Eine schriftliche Kandidatur muss niemand stellen und schon gar kein Dossier einreichen: „Mat esou engem intellektuelle Gewichts brauch iwwerhaupt keen ze kommen“, so Johanns. Er zieht an seiner Zigarette, blickt zu seiner Skulptur und lacht.



Théid Johanns in seinem Künstleratelier in Esch

Deutschland

Menschen in Uniform



Polizeigewalt und Rassismus durch Behörden ist auch in Deutschland Thema

Martin Theobald, Berlin

Es war vor drei Wochen. In Berlin demonstrierten etwa 15 000 Menschen gegen Rassismus und Diskriminierung. Am Rande des Protests kam es zu Auseinandersetzungen zwischen protestierenden Menschen und der Polizei. Die Situation eskalierte. Die Polizei griff hart durch. Videoaufnahmen zeigen das schlagende und prügelnde Vorgehen der Berliner Polizei. Zu hart, wie im Nachgang viele Protestierende angaben, und mehr noch: Es seien gezielt Schwarze und vermutliche Migrantinnen und Migranten festgenommen worden – auf einer Antirassismus-Demonstration.

Der Vorwurf wiegt schwer. Und das ausgerechnet in Berlin, wo wenige Tage zuvor im Abgeordnetenhaus das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) vom rot-rot-grünen Senat verabschiedet worden war. Mit dem Gesetz werde nun, laut

der Senatsverwaltung für Justiz, europäische Vorgaben umgesetzt. „Es gibt in dieser Stadt Menschen, für die gehört es zum Alltag, diskriminiert zu werden“, erklärte dazu Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne). Das passiere in der U-Bahn, auf der Straße oder bei der Arbeit. Es könne aber auch sein, dass sie von staatlichen Stellen anders behandelt würden als andere Berliner. „Wenn beispielsweise drei weiße Männer eine Gaststättenlaubnis beantragen und sie bekommen, ein schwarzer Mann aber nicht, muss man genauer hingucken, woran das liegt“, so Behrendt weiter. Im Falle einer Diskriminierung stünde dem Opfer dann eine Entschädigung des Landes Berlin zu.

Konkret sieht das Gesetz vor, dass niemand im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Her-

kunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, der sexuellen Identität und einer Reihe weiterer Merkmale diskriminiert werden darf. Vorgesehen sind unter anderem gegebenenfalls Schadensersatzpflicht, die Möglichkeit einer Verbandsklage sowie die Einrichtung einer Ombudsstelle. Zum „öffentlich-rechtlichen Handeln“ zählt auch das Beantragen von Sozialleistungen, die Notengebung in der Schule wie das Agieren der Polizei.

Was unter anderem Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer (CSU) auf den Plan rief: „Wir müssen hinter der Polizei stehen und dürfen sie nicht unter Generalverdacht stellen“, sagte er in einem Gespräch mit der Tageszeitung *Der Tagesspiegel*. Seehofer stößt sich daran, dass nachdem LADG-Opfer glaubhaft darlegen müssen, dass sie diskriminiert wurden, es dann an

Das neue Berliner Antidiskriminierungsgesetz sorgt für eine hitzige Diskussion zwischen den deutschen Innenministern auf Länderebene

Das neue Berliner LADG sorgt für eine hitzige Diskussion innerhalb der deutschen Innenminister auf Länderebene. Obwohl das Gesetz regelt, dass etwaige Entschädigungsansprüche sich nie gegen einzelne Mitarbeitende richten, sondern stets gegen das Land Berlin, wollen die übrigen Bundesländer derzeit keine Polizisten zur Unterstützung ihrer Kollegen nach Berlin schicken.

Zu Recht, wie Burkard Dregger, Fraktionschef der Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus, findet. Er hält das LADG schlichtweg für überflüssig: „Jeder, der sich diskriminiert fühlt, kann das vor Gericht geltend machen. Es gibt keine belastbaren Erkenntnisse, dass Landesbedienstete regelmäßig diskriminieren.“ Er wirft den Regierungsparteien im Berliner Senat vor, die Bediensteten des Landes unter Generalverdacht zu stellen. „Ganz Deutschland schüttelt ein weiteres Mal den Kopf. Es ist zum Fremdschämen.“ Der baden-württembergische CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke dazu: „Deutschland ist nicht USA. Wir haben hier kein Rassismus-Problem in der Polizei.“ Die Berliner FDP-Fraktion erwägt sogar rechtliche Schritte gegen das neue Gesetz. Holger Krestel, Sprecher für Recht und Verfassungsschutz, sagte in einem Gespräch mit dem Sender *RBB*, dass das Gesetz eine schallende Ohrfeige für alle Polizistinnen und Polizisten der Hauptstadt sei. „Wir als FDP-Fraktion behalten uns vor, die Verfassungsmäßigkeit im Rahmen einer Normenkontrollklage prüfen zu lassen und somit für die Polizei wieder Rechtssicherheit zu schaffen.“

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) geht hingegen davon aus, dass viele Kritiker des neuen Berliner Antidiskriminierungsgesetzes keine Erfahrung mit dem Thema gemacht haben. „Die Kritiker sind meist ältere weiße Männer, die behaupten, das sei nicht notwendig. Ja, sie werden ja auch nicht diskriminiert“, so Geisel in einem Interview mit dem Magazin *Cicero*. „In unserer Stadt haben 35 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund – das sind immerhin 1,3 Millionen Menschen. Wenn die uns von ihren täglichen Wahrnehmungen und Erleben berichten, die alte weiße Männer allesamt nicht haben, dann müssen wir das ernst nehmen.“

Um den Polizistinnen und Polizisten Rechtssicherheit zu bieten, werden in Berlin jetzt Polizisten, Mitarbeitende der Feuerwehren und Rettungskräfte mit sogenannten Bodycams ausgestattet. Die Kameras sollen auch auf Verlangen – etwa von zu überprüfenden Menschen – eingeschaltet werden können. Die Aufnahmen können später von beiden Seiten in möglichen Gerichtsprozessen genutzt werden.

L'Europe de l'Est

La nouvelle Chine de l'UE

Mirel Bran, Bucarest

C'est un village de la Roumanie profonde où rien ne laisse deviner le ballet de capitaux étrangers qui ont pris d'assaut ces terres. Madaras, bourgade de 3 000 habitants située au nord-ouest de la Roumanie, correspond à tous les clichés de la Roumanie postcommuniste : routes défoncées, paysans qui se déplacent encore en carrioles à chevaux et maisons modestes disséminées dans des espaces désolants. Malgré les apparences de pauvreté et d'abandon, un afflux inattendu de capitaux lui redonne vie. Le 7 février, le producteur d'appareils électroménagers De Longhi a annoncé l'ouverture d'un nouveau centre de production à Madaras.

Plus de 500 nouveaux emplois s'ajouteront au millier que l'entreprise italienne a créé en 2012 en relocalisant sa production de Chine vers le village de Jucu situé à proximité de Madaras. « Cet investissement vise une croissance organique sur nos principaux marchés, lit-on dans le communiqué de l'entreprise. Notre stratégie consiste à réduire le temps de production et de livraison de nos produits tout en maintenant un niveau de qualité élevé. » La main-d'œuvre bon marché et un impôt unique de seize pour cent sur les profits et les salaires ont convaincu l'entreprise italienne de s'implanter en terre roumaine.

La Roumanie et la Bulgarie espèrent se repositionner comme nouvel Eldorado des relocalisations

Même son de cloche dans d'autres pays de l'Europe de l'Est où la crise du coronavirus est en train de changer la donne économique. De plus en plus d'entreprises occidentales souhaitent relocaliser leur production de Chine en Europe de l'Est. Dans les années 1990–2000, le dragon chinois attirait tel un aimant les investissements occidentaux. La main-d'œuvre bon marché et la taille de la Chine étaient un argument suffisant pour mettre les voiles vers l'Extrême-Orient. Mais le Covid-19 est en train de changer la donne. Le nouveau mot d'ordre n'est plus « délocalisation » mais « relocalisation ».

Néanmoins une question se pose : relocaliser où ? En Europe de l'Ouest, la main-d'œuvre coûte très cher, les syndicats sont très actifs, et le niveau des taxes et des impôts laisse à réfléchir. Mais plus on avance vers l'Est, plus la donne change : main-d'œuvre moins chère, syndicats plus coopérants et un niveau des taxes et des impôts très compétitif. La Roumanie et la Bulgarie, pays situés à l'extrémité orientale de l'Union européenne (UE), espèrent profiter de ce changement de paradigme économique et se repositionner comme le nouvel Eldorado des relocalisations. « Ces dix dernières années, l'Europe centrale et orientale a choisi de se réindustrialiser, a déclaré le vice-Premier ministre bulgare Tomislav Donchev. La Bulgarie a un avantage, car, à la différence d'autres États de l'UE, elle a préservé et développé ses sites de production. Les nouveaux membres de l'UE pèseront plus dans l'industrie européenne une fois que le choc de la pandémie sera passé. »

La Roumanie, qui a intégré l'UE aux côtés de la Bulgarie en 2007, espère elle aussi être le futur dragon de l'Europe. Elle bénéficie d'un important tissu industriel qui couvre tous les domaines depuis la production d'automobiles, d'hélicoptères et de bateaux jusqu'à des produits très sophistiqués développés par une armée d'informaticiens. La société UiPath, fondée en Roumanie dans les années 2000 par une poignée de jeunes, est deve-

nue aujourd'hui le leader mondial de l'automatisation et de la robotisation. En 2019 l'industrie roumaine du software a attiré à elle seule plus de six milliards d'euros d'investissements. « Le gouvernement roumain a pris plusieurs mesures pour stimuler l'économie en cette période de crise, affirme l'entrepreneur Marius Bostan. Jusqu'à maintenant la priorité a été de sauver des vies humaines. Maintenant la priorité est de rétablir la confiance dans l'économie. Cette crise va pousser tout le monde à diminuer la dépendance par rapport à la Chine, et la Roumanie est bien positionnée pour en profiter. »

Selon les données de l'Eurostat, la Roumanie compte sur l'industrie comme sa principale source de richesse. Elle assure 31,7 pour cent de son PIB face à une moyenne européenne inférieure à vingt pour cent. En Transylvanie, la région la plus développée située au centre et à l'ouest du pays, l'industrie pèse plus de quarante pour cent dans les activités économiques. La Roumanie dispose également d'un réseau d'internet haut débit très performant qui a permis à des millions d'employés confinés de travailler depuis la maison. Le gouvernement estime que la relocalisation de la production européenne de Chine pourra créer 100 000 nouveaux emplois.

La danse des délocalisations et des relocalisations est loin d'être finie. La commune de Jucu où De Longhi a déjà relocalisé une de ses unités de production de Chine illustre bien ce phénomène. En 2008, le géant finlandais de la téléphonie mobile Nokia a décidé de fermer son usine de Bochum, ville située au nord-ouest de l'Allemagne, pour s'implanter à Jucu. Mais le conte de fée n'a pas duré longtemps. Deux ans plus tard, Nokia a plié bagages pour déménager au Vietnam. A l'instar de Nokia, de nombreuses entreprises occidentales se sont ruées vers l'Extrême-Orient et sa main d'œuvre bon marché. Mais le Covid-19 a changé la donne et renversé ce mouvement, et la production devrait être relocalisée en Europe de l'Est, la nouvelle Chine de l'UE.

125 759 424 132

ticker

Yves Bouvier rassure sur le port franc



« Je n'ai pas réussi à aider le port franc », regrette Robert Goebbels dans un témoignage au *Land*. L'ancien ministre socialiste a quitté la présidence du coffre-fort pour biens de grande valeur début mars, comme l'a relevé *Paperjam* la semaine passée. Robert Goebbels explique qu'il avait accepté en 2015 de rejoindre le conseil d'administration de la structure installée en zone de suspension de TVA à la demande de Jeannot Krecké (ancien sponsor politique, LSAP, du projet sorti de terre à la bordure de l'aéroport en septembre 2014) quand le promoteur du port franc, Yves Bouvier, rencontrait des déboires judiciaires. L'homme d'affaires suisse, vendeur d'art et logisticien, venait de se faire arrêter à Monaco dans un piège tendu par son ancien partenaire d'affaires Dmitry Rybolovlev. L'oligarque propriétaire du club de football de la Principauté accusait (et accuse toujours) Yves Bouvier de l'avoir escroqué dans la vente d'œuvres d'art, pour une valeur totale d'un milliard d'euros. « Cette affaire pesait sur tout. Combien de fois les clients potentiels se sont-ils retirés au dernier moment de peur d'être mêlés au pseudo scandale ? », raconte Robert Goebbels. Selon l'intéressé, le taux de remplissage plafonne à soixante pour cent avec une partie substantielle occupée par la collection du Mudam à des conditions préférentielles. Selon son dernier rapport annuel, celui de 2018 (pas très bon signe...), la société de gestion du port franc cumule cinq millions d'euros

de fonds propres négatifs, six millions d'euros de pertes reportées. Elle perd plus d'un million d'euros par an.

Robert Goebbels explique aujourd'hui que les procédures judiciaires intentées à l'encontre d'Yves Bouvier, à Monaco, en Suisse, au Liechtenstein, à Singapour (où il réside) ou aux États-Unis, aboutissent toutes en sa faveur. « Comme tout marchand, il a juste tenté d'en tirer le plus d'argent possible. Maintenant, Bouvier est blanchi », résume l'ancien ministre de l'Économie. Robert Goebbels a donc informé le Suisse en janvier qu'il lui rendait la présidence du port franc s'il le souhaitait. « Il a refusé dans un premier temps puis il semble qu'il l'a acceptée ». Le registre de commerce prend en effet acte le 3 mars de la démission de l'ancienne figure socialiste, mais n'informe pas sur un éventuel successeur. Dans les médias, l'administrateur délégué Philippe Dauvergne (il n'a pas répondu à nos sollicitations), sous-entend qu'il s'apprête aussi à quitter le navire. « Je veux bien rester encore quelques mois pour assurer la gouvernance », témoigne l'ancien douanier français sur *100,7*. La question de l'injection d'argent frais se pose quand pertes et dettes cumulées (trente millions d'euros fin 2018 auprès de BIL, BCEE, Banque de Luxembourg et Raiffeisen) menacent d'excéder la valeur des actifs, à savoir le port franc lui-même et le droit de superficie.

Fin 2018, le rapport annuel de la société détenant l'infrastructure informe que malgré le non-respect des engagements des co-débiteurs (notamment la société de gestion du Freeport) depuis plusieurs années, les banques n'ont jamais exigé le remboursement anticipé de la dette. « La société garde une bonne relation avec les banques dans la mesure où l'ensemble des échéances bancaires ont toujours été honorées dans les délais », lit-on encore. La société publiait ces mots il y a un an. Ce jeudi, le promoteur Yves Bouvier assure au *Land* que « les actionnaires ont fait les avances adéquates pour l'exercice 2019 ». Il précise en outre que « Monsieur Dauvergne est et reste CEO » (en photo devant les administrateurs Goebbels et Berns ; Sven Becker), selon ses informations à ce jour. Il qualifie au passage son travail « d'excellent ». Le Français a entamé une diversification

des activités. Outre les objets de collection, le Freeport stocke de l'or pour les banques et il s'est lancé dans l'entreposage « de réserves sanitaires stratégiques », selon les termes d'Yves Bouvier. Sur l'évolution des affaires au port franc ces dernières années, le magnat de l'art accuse l'oligarque russe Dmitry Rybolovlev de tous les maux, à commencer d'avoir fait fuir les clients, mais aussi d'avoir aliéné la position du Luxembourg vis-à-vis du Freeport. « Suite au conflit avec M. Rybolovlev, le gouvernement a souhaité protéger la place financière luxembourgeoise du risque réputationnel (...), a considéré que l'axe art-finance était à risque et a imposé aux opérateurs du Freeport des mesures supplémentaires telles que l'identification du bénéficiaire économique final et les preuves d'origine des œuvres d'art, des mesures applicables uniquement au Freeport qui créent une concurrence déloyale avec les milliers d'entrepôts douaniers au Luxembourg et en Europe. » pso

Locataire débouté et loi dévoyée

Le locataire qui avait saisi la justice pour faire baisser son loyer a été débouté par le tribunal de paix en fin de semaine dernière. (Tout comme l'a été le propriétaire qui essayait lui d'augmenter le prix de la location de son appartement dans la même procédure.) Monsieur R. (l'identité est connue de la rédaction), qui paie 1 500 euros de loyer pour un appartement de 90 mètres carrés au Limpertsberg, s'appuyait sur la loi modifiée du 21 septembre 2006 selon laquelle « la location d'un logement (...) ne peut rapporter au bailleur un revenu annuel dépassant un taux de cinq pour cent du capital investi dans le logement ». Un expert mandaté par la cour a, durant la procédure, évalué ledit capital investi. On lit ainsi dans le jugement du 19 juin : « Il convient de confirmer la position de Monsieur R., appuyée par les conclusions de l'expert et les calculs à l'audience, qu'en application des critères légaux du capital investi, le loyer mensuel de l'appartement (non meublé) ne devrait pas dépasser 268 euros ». Le tribunal donne raison à la partie demanderesse sur bien des aspects, mais relève une « incongruence » de la loi qui place sur un pied d'égalité les notions de capital investi par le

propriétaire dans le bien loué et la valeur marchande du bien quand le capital investi ne peut être évalué. En l'espèce, puisque des documents manquent à l'expert dans son évaluation, la valeur de marché prévaut et l'expert propose un loyer à 1 825 euros. Le tribunal tranche en fin de compte pour un loyer adéquat à un « capital investi fictif » à hauteur de 1 650 euros par mois. Mais comme la réglementation spécifique à la crise sanitaire du Covid-19 interdit toute augmentation au moment où le tribunal décide de l'affaire, le juge de paix préconise le statu quo en la matière et déboute les deux parties. pso

Mercato agité dans les médias

L'éditeur de *Paperjam*, Maison moderne, annonce ce jeudi que Geraldine Knudson assumera en septembre la direction générale de l'entreprise basée à Bonnevoie. L'actuelle directrice du bureau du tourisme de Munich est connue localement pour avoir été City Manager de la Ville de Luxembourg de 2006 à 2012. Elle travaillait auparavant au service marketing de l'opérateur de satellites SES (1997-2003). L'actuel CEO Richard Karacian, arrivé en septembre 2017 en provenance de *Libération*, retourne à Paris et est remplacé jusqu'en septembre par Mike Koedinger, le fondateur du groupe média et communication qui a remis un pied dans l'opérationnel depuis le mois d'avril. Retour en France imminent également pour le directeur éditorial Matthieu Croissandeau, selon les informations du *Land*. L'ancien rédacteur en chef du *Parisien* et directeur de la rédaction de *L'Obs* avait rejoint Maison moderne en mai 2018. À Esch-sur-Alzette, *Le Quotidien* perd son rédacteur-en-chef, Chris Mathieu, a informé Woxx en début de semaine. L'ancien responsable de la rédaction de *L'Essentiel* (également partiellement détenu par Editpress) puis expert en communication au CSV aura passé dix mois rue du Canal. Laurent Duraisin, rédacteur en chef adjoint, prend la tête de la rédaction, au moins temporairement. pso

The Copernican Candidate

Le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), annonce ce jeudi sa candidature à la présidence de l'euro-

(soit 125,8 milliards d'euros, pour plus de lisibilité) – tel était, en 2018, le montant total placé par des Allemands sur des comptes en banque au Luxembourg. Le Grand-Duché occupait la troisième place dans le palmarès des destinations financières favorites des Allemands, après Jersey (180,8 milliards d'euros) et la Suisse (133,1 milliards). Ces chiffres, issus de l'échange automatique d'informations opérationnel depuis septembre 2017, ont été rendus publics cette semaine, suite à une « Kleine Anfrage » d'un député Die Linke du Bundestag. Le Bundesfinanzministerium détaille que le rendement cumulé de tous les comptes ouverts au Luxembourg par des citoyens allemands a été de 49,1 milliards d'euros en 2018. En une année, le fisc luxembourgeois avait transmis à ses homologues allemands pas moins de 1,34 million de « Datensätze » (concoctées par les banques, ces données sont centralisées par l'Administration des contributions directes qui les dispatche aux autres États), soit deux fois plus que la Suisse. En moyenne, le solde d'un compte d'un client allemand au Luxembourg se situait en-dessous de 100 000 euros, contre 14,7 millions à Jersey. Ces chiffres restent difficiles à interpréter : S'agit-il d'anciens évadés fiscaux restés fidèles à leur banquier luxembourgeois au-delà de l'abolition du secret bancaire ? De frontaliers travaillant au Grand-Duché ? Et combien de « Datensätze » faut-il compter par client ? En septembre 2019, dans une réponse à une question parlementaire, le ministère des Finances luxembourgeois avait détaillé le nombre de données envoyées en 2017 par l'ACD aux « pays-partenaires » : l'Allemagne venait en tête (1,47 million de fichiers), suivi par la France (540 000), la Belgique (450 000), l'Italie (224 000) et la Grèce (74 000). Sans oublier d'autres centres « offshore » comme la Suisse (46 000), Hong Kong (34 888), Singapour (14 516) ou Monaco (10 651). bt

groupe. C'est la deuxième fois que le Luxembourgeois souhaite prendre la tête de la réunion informelle des ministres des Finances de la zone euro. Il avait été doublé par le Portugais Mario Centeno en 2018. Il pourrait lui succéder à l'issue de son mandat le 12 juillet. Dans son acte de candidature, Pierre Gramegna avance sa volonté de « rassembler » ses pairs pour « retrouver rapidement le chemin de la reprise » et de « revigorer » la compétitivité de l'Europe. Pas de révolution copernicienne cette fois dans son programme (en opposition à la révision de la politique budgétaire nationale promise). L'élection est prévue le 9 juillet. pso

Les dents de l'ITM

Présenté ce jeudi, le rapport 2019 de l'Inspection du travail et des mines (ITM) semble indiquer que cette administration, qui comptait parmi les plus dysfonctionnelles de l'appareil d'État luxembourgeois, reprend du poil de la bête. En 2015, après cinq audits désastreux, le ministre du Travail, Nicolas Schmit (LSAP), avait embauché Marco Boly (photo : sb) comme nouveau directeur en lui donnant comme mandat d'y faire le ménage. Le style bulldozer de Boly, qui revendiquait toujours « une certaine agressivité », a fait fuir les fonctionnaires par dizaines. En 2016, 19 personnes (soit un quart des effectifs) quittaient l'ITM, suivis par cinq puis douze fonctionnaires en 2017 et 2018. La situation semble s'être quelque peu calmée à en juger par le nombre de départs. Il s'est stabilisé à neuf en 2019 (trois changements d'administration et une seule démission). La faiblesse historique de l'ITM reflète celle d'autres autorités publiques censées surveiller le business privé (comme la CSSE, l'Alia, la CNPD ou le Conseil de la concurrence) et qu'un manque de moyens et de volonté avaient dégradé en tigres de papier. Mais, selon les derniers rapports annuels, l'ITM s'émancipe. L'année dernière, elle a procédé à 5 682 contrôles, dressé 4 551 PV et fait fermer 251 chantiers. Depuis 2017, le pouvoir de sanction administratif de l'ITM a été étendu ; même si, avec un plafond fixé à 50 000 euros (contre 500 000 euros en France), les amendes ne peuvent guère être qualifiées de draconiennes. En 2019, l'ITM a prononcé 1 247 amendes

administratives d'un montant total de 5,36 millions d'euros. Un des principaux problèmes structurels de l'ITM était son manque d'inspecteurs sur le terrain. En avril 2020, elle comptait 45 inspecteurs opérationnels et 46 inspecteurs stagiaires, quasiment deux fois plus qu'en 2016. Ce recrutement avait été très long à se mettre en place. La très grande majorité des recrues, provenant de l'Adem et embauchés en CDD, n'ayant pas passé leur examen concours. bt



Le commissaire européen en charge de l'Emploi et des Droits sociaux distribue l'argent en échange d'engagements pour une Europe plus verte et plus sociale

« On ne va pas reconstruire le monde d'avant »



Le Commissaire Nicolas Schmit passe normalement ses week-ends chez lui dans la région d'Echternach. Après notre entretien lundi, il repartait à Bruxelles.

Interview : Pierre Sorlut

Nicolas Schmit remonte à pied la rue du Marché-aux-Herbes au milieu des cafetiers qui, lundi, préparent leur terrasse en cette veille de Fête nationale. Le commissaire pose le pied sur la chaussée en réfection perpétuelle devant la représentation de la Commission européenne, allégorie du chantier qui l'attend en tant que commissaire à l'Emploi et aux Droits sociaux (à la tête d'un millier de fonctionnaires) dans une Europe en plein marasme. En vitrine, l'écran télé diffuse un spot sur lequel défile le terme « Opportunités ». Quelques minutes plus tard dans le « bureau du président » au premier étage (qu'il semble découvrir), le socialiste luxembourgeois, 66 ans, explique que la crise offre l'occasion de transformer le monde du travail sur le Vieux continent, de le rendre plus durable, plus social.

d'Lëtzebuurger Land : Monsieur Schmit, après l'échec de l'UE dans la gestion sanitaire et avec la crise économique qui se profile, les espoirs reposent sur vous pour ne pas sombrer dans un marasme social ?

Nicolas Schmit : Un mot sur le relatif échec. Les États membres ont eu un réflexe national, voire nationaliste. Ils se sont repliés sur eux-mêmes et ont fermé les frontières. On a mis un peu de temps. Maintenant je crois que les choses vont beaucoup mieux, qu'on a pris conscience qu'il faut travailler ensemble, notamment dans le domaine sanitaire avec la recherche d'un vaccin contre le Covid-19.

Maintenant nous faisons face à une crise économique et à un accroissement des inégalités

Cette crise n'a effectivement pas frappé tout le monde de la même manière. C'est vrai d'un point de vue géographique, mais aussi bien sûr parce que certains secteurs économiques ont été plus impactés que d'autres, comme le tourisme ou l'automobile. Ceux qui avaient des situations plus fragiles, plus précaires, ont été les premières victimes. Alors, comment on va éviter une crise économique et sociale majeure ? Ça c'est mon boulot... enfin entre autres.

Comment y parvenir ?

Quand vous avez une recrudescence du chômage, la meilleure manière de limiter la casse c'est de redresser l'économie. Je peux prendre des mesures ponctuelles ou soutenir des initiatives, j'y arriverai, mais l'emploi dépend d'abord de la santé des entreprises. Je travaille très étroitement avec le Commissaire à l'Économie, Monsieur... (il recherche longuement son nom, ndlr.) Paolo Gentiloni. On a réfléchi aux mesures pour protéger l'emploi. On a pris une mesure capitale, qui n'a jamais été utilisée de manière

« Je suis un grand critique de l'idéologie néolibérale. Je crois qu'elle nous a menés dans un mur. » Nicolas Schmit, Commissaire européen

si générale : c'est le chômage partiel. Cela a limité l'explosion du chômage. Cela coûte cher mais on oublie trop vite que le chômage coûte cher aussi.

Mais ces mesures ont été prises au niveau national...

Oui, mais nous avons mis des moyens financiers à disposition des États. On a libéré des fonds européens. D'ailleurs le Luxembourg, qui n'a pas un montant énorme au titre du fonds social, a utilisé cet argent à cette fin-là. Dans des pays comme le Portugal, l'Italie, la Grèce ou l'Espagne, on essaie d'alléger ce fardeau. On a aussi mis en place le système *Sure*, 100 milliards d'euros à disposition pour financer le chômage partiel et d'autres mesures pour l'emploi. Les premiers fonds vont être disponibles début septembre.

Puis il y a les fonds mis à disposition par la Banque européenne d'investissement. Vous participez à ces discussions avec la BEI ?

Oui bien sûr. Mais la prochaine étape c'est la grande étape. C'est le Recovery and Resilience Facility qui est en discussion. Il a pour but d'aider les États membres à investir, particulièrement dans l'adaptation des outils de production, avec une dimension sociale. Parce qu'il faut former les gens alors que les États manquent d'argent. D'où la proposition de la Commission de verser des subsides ou des prêts aux États les plus affectés.

Au niveau social, quelles sont les mesures clés ?

Une des grandes mesures, c'est d'investir dans la formation des travailleurs. Cette crise a bouleversé l'organisation des entreprises. Les entreprises vont maintenant robotiser, digitaliser un certain nombre

de processus pour améliorer la productivité et la compétitivité. Cela nécessite des investissements très importants au niveau de la formation. Le deuxième point, c'est les jeunes. Parce qu'ils risquent d'être les plus affectés par les conséquences économiques et sociales.

Le Luxembourg est d'ailleurs l'un des pays où le chômage des jeunes a le plus progressé...

Quand j'ai vu les chiffres, j'ai été choqué. (24,7 pour cent au Luxembourg contre 15,4 dans l'UE). Dans un tel cas de blocage total, tous les jeunes qui avaient des relations de travail précaires, comme un stage, un CDD ou un intérim... du jour au lendemain, c'est fini. On dit qu'il faut flexibiliser le marché du travail. Oui, il vaut mieux avoir un CDD que rien du tout, je suis d'accord, mais les jeunes sont les premiers à trinquer quand il y a des problèmes.

Que voulez-vous faire ?

On va lancer un programme sur l'emploi des jeunes, y compris via la création de postes provisoires pour ne pas laisser les jeunes sans perspective. On va donner de l'argent aux entreprises pour que des jeunes aient la possibilité d'acquérir une expérience, pour garantir des perspectives pour la jeunesse dans un contexte de crise.

Vous financeriez l'emploi des jeunes ?

Oui, oui oui. J'espère que tout va se régler. On a quand même une partie d'un montant de 55 milliards. On devrait avoir les fonds pour l'année prochaine. Il s'agit du fonds spécial de crise, *React*. Une partie peut être utilisée à des fins sociales. Je vais présenter le programme, baptisé *Youth Employment Support*, le 1^{er} juillet. J'en ai discuté avec la présidente. Comme on est deux anciens ministres du Travail, on s'entend bien là-dessus.

Dans ce contexte, la Commission donne l'air de soutenir l'emploi précaire. Est-ce qu'on ne revient pas en arrière sur les ambitions sociales ?

Oui. La crise nécessite une action rapide. Il ne faut pas que certains pays s'amuse à retarder l'adoption du paquet financier. Nous avons besoin de plans européens. Les plans nationaux ne sont pas égaux. Les capacités des différents États ne sont pas égales. Entre l'Allemagne, qui a mis le paquet, et d'autres qui ont des marges étroites, vous creusez des écarts qui existent déjà et qui menacent la solidité de l'euro. Il faut un peu rééquilibrer les choses. C'est ça le sens du plan européen. Permettre aux pays très frappés et plus fragilisés économiquement, de ne pas être complètement décalés.

Quel est le calendrier ?

Le temps est compté. Il faut réagir en commun rapidement pour limiter les dégâts. Il faut aussi des montants conséquents. La Commission a fait des propositions réalistes. En tout, 750 milliards d'euros plus les 1 100 milliards du MFF (le cadre pluriannuel qui est en fait le budget de l'UE, ndlr), pour des périodes de trois et sept ans. Les États membres vont élaborer des plans et nous les soumettre d'ici octobre. On va discuter de ça individuellement, ce qui fait plus ou moins sens. On établira un lien avec le *Green Deal*.

C'est donc sauve-qui-peut, mais avec quelques objectifs quand même ?

On ne va pas reconstruire le monde d'avant. On essaie de saisir l'opportunité que nous donne la crise pour changer notre modèle de production et de consommation dans le sens du grand projet de cette commission : le *Green Deal*. Changer l'économie européenne dans un sens plus soutenable plus conforme aux menaces du climat, qui n'ont pas disparu. Intégrer cette dimension climatique dans le plan de relance. Cela peut créer beaucoup de jobs.

La Commission devient un peu la BEI bis...

La BEI nous aide. Elle donne des prêts. Nous, on octroie des subsides aux États pour faire ces grands projets d'investissement, dans l'environnement mais aussi la santé. On peut partir de l'idée que ce n'est pas la dernière pandémie qui nous affecte. Ces plans-là doivent être discutés avec la Commission. Il y a aura un volet social, un volet économique, tout cela doit aller de pair. C'est un grand projet qui permet d'accélérer la modernisation de nos économies. Le train de la digitalisation est parti, il roule. Il faut miser sur le durable. Par exemple dans le secteur de l'automobile avec lequel je suis très en contact. Quatorze millions de personnes ici. Est-ce que tous vont garder leur job ? L'électromobilité, c'est une autre activité. Cela a des conséquences jusqu'au garagiste du coin.

N'allons-nous pas vers une ubérisation de l'emploi ?

On ne doit pas se fermer a priori à de nouveaux modèles. Ils doivent juste ne pas remettre en cause nos valeurs sociales fondamentales. La protection sociale en termes de maladie, de chômage ou de retraite. Un de mes grands projets, consiste à protéger les conditions de travail des employés des plateformes web, tous ces gens qualifiés d'auto-entrepreneurs, mais qui n'en sont pas car ils dépendent uniquement du même employeur. Dans d'autres pays, ça n'existe pas, comme en partie ici, car Uber n'y est pas.

Non, mais il y a les livreurs de Wedely...

Bien sûr, il y a tous les livreurs. Tous ces jeunes n'ont aucun statut. Aucune protection sociale. S'ils ont un accident, ils n'ont aucune assurance, contrairement aux autres travailleurs. Il faudra un système d'assurance sociale de protection sociale de tous. On n'est pas a priori contre les statuts nouveaux, mais il ne faut pas que ce soit des statuts au rabais. Voilà notre grand projet de l'année prochaine. J'en ai parlé ce matin avec la ministre portugaise, car le Portugal aura la présidence du l'UE en 2021. On parle aussi beaucoup avec Hubertus Heil, ministre du Travail allemand. On évoque les travailleurs saisonniers. Un énorme scandale européen. On traite les ouvriers dans certains secteurs, dans des champs ou des abattoirs, presque comme des esclaves. Devant le Parlement européen, j'ai pris l'engagement de prendre en main ces précarités qui se sont développées.... Je suis un grand critique de l'idéologie néolibérale. Je crois qu'elle nous a menés dans un mur, d'abord avec la crise financière, et maintenant avec les insuffisances, constatées en marge du nouveau coronavirus, dans notre système de protection sociale. Il faut quitter cette idéologie du moindre coût et de la rentabilité outrancière. D'où tout le débat autour du salaire minimum.

Quand vous évoquez les problèmes sociaux, c'est toujours dans les autres pays. Le Luxembourg n'en connaît pas ? Beaucoup de travailleurs du bâtiment vivent dans des conditions déplorables.

Là je dois dire que pour les travailleurs du bâtiment, dans mes précédentes fonctions, j'ai beaucoup travaillé sur les détachements. Va d'ailleurs entrer en œuvre la nouvelle directive sur les travailleurs détachés. Le problème c'est de la faire

appliquer. La Commission n'a pas d'inspecteurs du travail.

Le Luxembourg n'en a pas beaucoup non plus...

De plus en plus quand même. On a pris beaucoup de temps pour mettre en place un nombre suffisant. Mais pas qu'au Luxembourg. Plein de pays crient au dumping social mais ils coupent en même temps les moyens de l'inspection du travail. On travaille maintenant sur une agence européenne du travail qui va être implantée à Bratislava. Elle va mieux coordonner les actions de contrôle.

Malgré la crise, les chantiers de votre lettre de mission demeurent, notamment le salaire minimum européen. Pouvez-vous expliquer la subtilité de ce cadre juridique ?

D'abord, disons qu'on ne peut pas fixer un salaire minimum européen parce que le traité nous l'interdit. Il nous faut un cadre pour plus de convergence salariale. On prévoit certains leviers d'adaptation du salaire minimum dans les pays membres qui en ont un. Ceux qui n'en ont pas doivent renforcer leur système de convention collective.

Directive ou règlement ?

Ce sera probablement une directive, mais bon... on a une consultation. La Commission propose et les États membres disposent. Il faut voir ce qu'il est possible de faire adopter. Cela suppose qu'il faut peut-être encourager l'émergence de partenaires sociaux plus forts et propager le système de conventions collectives. On va présenter un certain nombre de facteurs clés, l'évolution des salaires par rapport à la croissance du PIB, puis l'indicateur de pauvreté.

Comment on persuade un gouvernement de rigidifier la politique salariale ?

Ce n'est pas le gouvernement qui paie le salaire minimum. Ce sont les entreprises en général. Quand je vais en Europe centrale et orientale, le premier point qu'ils soulèvent, c'est la fuite des cerveaux. Ils perdent leur jeunesse. Nous leurs disons il faut améliorer les conditions de vie et de travail. Il faut un salaire plus juste. Il faut des perspectives. Il faut que le travail paie... on ne va pas se retrouver demain en Bulgarie avec le salaire minimum luxembourgeois.

Et le socle des droits sociaux, porté par Jean-Claude Juncker, est-ce qu'on en parle encore ?

Cela reste d'actualité. J'ai été assez sceptique quand Jean-Claude a sorti cette idée en 2017. Maintenant il y a une vraie dynamique. Il m'appartient de la maintenir. L'idée est de traduire ce socle en plan d'action. Notre objectif est de le présenter pour la présidence portugaise en 2021. Mais en fait, nous sommes déjà en train de le mettre en œuvre. Le cadre juridique pour un salaire minimum, les conditions de travail pour les plateformes digitales ou l'investissement dans la formation, tout ça relève du socle. C'est un peu notre cœur, un outil reconnu par le Conseil européen. C'est ce qui doit souder les États-membres sur le plan social. L'idée d'un modèle social européen renaît grâce au socle. Aujourd'hui nous voyons avec la crise que c'est important d'avoir un système qui investit dans le social.

La Commission Von der Leyen, sortie du chapeau à la dernière minute pour satisfaire les États peut-elle porter une ambition politique ?

Je m'inscris en faux par rapport à ce que vous dites. Je crois que cette Commission est très politique. Beaucoup de responsables ont exercé des fonctions politiques élevées. Ursula Von der Leyen n'a certes pas été chancelière, mais elle a une longue expérience politique. Elle a été élue parce qu'il y avait désaccord du PPE sur la candidature de Franz Timmermans et un désaccord des socialistes sur la candidature de Manfred Weber.

Vous aimeriez laisser une trace dans l'histoire européenne ? Un dossier comme le salaire social minimum, que vous aimeriez porter ?

Ce concept remonte déjà à Jean-Claude Juncker et a été porté par les socialistes européens. Le faire passer c'est mon job, aussi un objectif personnel. Ma famille politique est attachée à la justice sociale à la valeur du travail. Faire avancer la justice sociale en Europe c'est important.

Chômage partiel : avantages et inconvénients

Amortisseur du choc

Georges Canto

Si tout risque de rebond de la pandémie n'est pas écarté, avec des conséquences économiques potentiellement catastrophiques, il semble que la crise sanitaire soit désormais derrière nous. L'heure est donc venue d'établir un bilan des mesures de toute sortes qui ont été prises pour y faire face sur le plan économique. Ainsi, dans son dernier bulletin paru le 18 juin, la Banque centrale européenne (BCE) s'est penchée sur les dispositifs de chômage partiel et leurs effets sur les revenus des bénéficiaires. Ils ont joué un rôle essentiel pour amortir l'impact économique des confinements. Dès le mois de mars, plusieurs pays ont mis en œuvre ou révisé leurs dispositifs « d'activité partielle », avec finalement un

résultat très positif par rapport à ceux où ces systèmes sont peu répandus (par exemple les États-Unis) voire inexistant.

Avec les mesures dites de chômage partiel les entreprises qui ne peuvent poursuivre normalement leur activité perçoivent directement de l'État une indemnité représentant un pourcentage plus ou moins élevé (mais pouvant aller jusqu'à cent pour cent pour les bas salaires) de la rémunération brute du salarié. Pour Stéphane Carcillo, chef de la division emplois et revenus à l'OCDE, « c'est l'outil le plus adapté pour protéger l'emploi ». Mais il a aussi un effet favorable sur le pouvoir d'achat des sala-



Certaines entreprises n'ont pu continuer leurs activités et on dû recourir au chômage partiel

riés tandis que la trésorerie des entreprises est soulagée et la reprise de l'activité facilitée (pas de recrutements à effectuer). « Les États l'ont calibré différemment pour répondre à leurs

besoins et l'adapter à leurs moyens financiers », souligne Stéphane Carcillo.

En France, pays où le degré de confinement de la population a été le plus important, le système est très favorable, avec un grand nombre de salariés concernés (intérimaires, employés à domicile, saisonniers, assistantes maternelles) et une compensation égale à 84 pour cent du salaire net. En Allemagne c'est soixante pour cent du net, plafonnés à 2 891 euros. En Italie le taux de remplacement est plus élevé (80 pour cent), mais le plafond n'est que de 1 400 euros. La durée prévue pour le dispositif varie aussi beaucoup selon les pays. La BCE s'est intéressée aux cinq principaux pays de la zone euro (Allemagne, Espagne, France, Italie, Pays-Bas) où au total, plus de 36 millions de salariés seraient couverts par ces dispositifs.

En proportion du nombre total de salariés, ce sont surtout les Français (47 pour cent) et les Italiens (44 pour cent) qui en auraient bénéficié loin devant les Allemands, les Espagnols et les Néerlandais (entre 21 et 24 pour cent). La BCE indique toutefois que « les données officielles pour certains de ces pays n'étant pas encore publiées, ces chiffres doivent être considérés avec prudence ». Les calculs effectués montrent que les prestations de chômage partiel ont sensiblement atténué l'impact de la crise sanitaire sur le revenu disponible des ménages. En effet, en l'absence de compensation, la diminution des revenus du travail, qui représentent environ deux tiers du revenu disponible des ménages de la zone euro, aurait été de 22 pour cent pendant les confinements en raison de la baisse des heures travaillées.

Mais grâce aux indemnités, la baisse des revenus nets du travail devrait se limiter à - 7 pour cent, même s'il existe des différences significatives entre salariés et entre pays. De quoi atténuer la baisse du PIB et permettre une reprise rapide. Ces dispositifs avaient vocation à être temporaires, donc à être réduits puis à disparaître dès qu'une activité normale redeviendrait possible, soit en théorie assez peu de temps après le déconfinement de la population. En France, par exemple, où ce dernier a eu lieu le 11 mai, le système d'indemnisation a été revu à la baisse dès le 1er juin : le salarié continue de percevoir 84 pour cent de son salaire net, soit 70 pour cent de son salaire brut mais les entreprises ne sont plus désormais remboursées qu'à hauteur de soixante pour cent de ce dernier soit un « reste à charge » plus élevé pour elle.

Par ailleurs, les entreprises rencontrant des difficultés persistantes en dépit de la reprise de l'activité devraient bien se résoudre à un certain moment à licencier une partie de leurs effectifs. D'ailleurs il n'a pas fallu attendre longtemps après le déconfinement pour que d'énormes plans sociaux soient annoncés dans les secteurs les plus divers : automobile, électronique, aéronautique, médias, distribution, tourisme, etc. Dans ces cas le chômage partiel n'aura joué qu'un rôle de « retardateur » d'une échéance inéluctable. Mais depuis déjà plusieurs semaines, des experts allaient plus loin en dénonçant de possibles fraudes et surtout un « effet d'aubaine ». Les dispositifs d'indemnisation du chômage excitent de longue date l'imagination

Les experts dénoncent de possibles fraudes et surtout un effet d'aubaine

des tricheurs, prompts à mettre en chômage partiel des salariés qui restent en réalité actifs (notamment en télétravail) voire à inventer de faux employés. Une pratique d'autant plus facile à mettre en place que les autorités administratives ont dû, face à l'urgence, raccourcir les délais d'instruction des dossiers (en France, 48 heures contre 14 jours en temps normal) et se rabattre sur des contrôles a posteriori. Sans aller jusque-là, certaines entreprises n'ont pas hésité à optimiser à l'extrême les possibilités offertes par le système, à l'image de cette société de conseil qui déclarait en activité partielle (donc rémunérés par la collectivité) ses collaborateurs inoccupés entre deux missions.

Le 14 mai, l'économiste français Pierre Cahuc évoquait le risque d'effets délétères sur l'économie, car selon lui, outre son coût élevé (24 milliards d'euros en France), une couverture trop large pendant trop longtemps n'incite pas les entreprises à chercher à reprendre rapidement le cours normal de leur activité. Il préconisait une réduction de voilure grâce au télétravail et « en ciblant les aides sur les secteurs et les personnes en difficulté ». Mais à ce sujet, son collègue Jean Tirole (prix Nobel 2014) a tiré la sonnette d'alarme dans le magazine Challenges du 11 juin, sans toutefois s'en prendre directement au chômage partiel. Il considère également que les dispositifs d'aides mis en place au printemps 2020 sont trop coûteux et font le lit d'un « aléa moral » (fraude ou optimisation excessive) jugé très limité jusqu'alors.

Mais pour lui se pose surtout un problème « d'anti-sélection » : les fonds publics risquent d'être gaspillés pour maintenir en vie des « entreprises zombies » sans grand espoir de se maintenir à terme, soit parce qu'elles étaient déjà en grande difficulté, soit parce que leur activité est remise en cause pas la nouvelle donne sanitaire. « Ces tonneaux de Danaïdes concurrencent et pénalisent les entreprises viables qui doivent être soutenues, ce qui risque de se payer cher économiquement et politiquement », se désole Jean Tirole, qui reconnaît néanmoins que le « filtrage anti-zombie est difficile à mettre en œuvre ».

**ALKOHOL UM STEIER
KASCHT MËNSCHELIEWEN**



ASSOCIATION NATIONALE
DES VICTIMES DE LA ROUTE



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Mobilité
et des Travaux publics

Zu Gast

Mit Herz und Verstand

Mars Di Bartolomeo

Es ist gerade mal 60 bis 140 Nanometer groß und unter dem Elektronenmikroskop erscheint es mit seiner kugelförmigen, mit „Spikes“ versehenen Gestalt für den virologisch affinen Beobachter harmlos faszinierend, fast schön. Sars-CoV-2, mittlerweile das Corona-Virus schlechthin, verdankt seinen kometenhaften Aufstieg in der Virus-Bekanntheitsskala aber weniger seiner äußeren Erscheinung als vielmehr seiner Fähigkeit, in kürzester Zeit auf globaler Ebene das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben nahezu zum Erliegen gebracht zu haben. Von dem provozierten menschlichen Leid und den sozialen und ökonomischen Nachwehen ganz zu schweigen.

Rückblickend und im Vergleich zu zahlreichen anderen Ländern, kann man wohl zweifelsohne behaupten, dass unser Land Corona-technisch mit einem blauen Auge davongekommen ist. Diese Situation ist allerdings kein Zufallsprodukt. Durch die resoluten, auf politischer Ebene beschlossenen Maßnahmen, aber auch durch die beispiellose Solidarität und den Zusammenhalt in der gesamten Bevölkerung – Pendler inklusive –, durch den allgemeinen Kraftakt, den wir als Land zusammen gemeistert haben, konnten die Zahl der Todesfälle und der schweren Krankheitsverläufe in Grenzen gehalten und die Infektionszahlen kontinuierlich reduziert werden. Mit dem Ergebnis, dass wir heute Licht am Ende des Tunnels sehen.

Aber Vorsicht! Die oben angeführte Aussage, Luxemburg sei verhältnismäßig glimpflich durch die Corona-Krise gekommen, muss man einerseits durch die Zahl der Schwerkranken und der 110 Toten relativieren und andererseits um das Wort „bislang“ ergänzen. Mit dem am 24. Juni um Mitternacht abgelaufenen Notstand wurden die unisono, quer durch alle Parteien gutgeheißenen und auf drei Monate begrenzten Spezialbefugnisse für die Regierung aufgehoben. Das Virus wurde dadurch aber nicht abgeschafft. Sars-CoV-2 wartet – bildlich gesprochen – nur darauf, dass wir voreilig unsere Vorsichtsreflexe über Bord werfen, um uns dann ein weiteres Mal, vielleicht auf eine noch aggressivere Art, zu überfallen.

Aus diesem Grund wurden die im „État de crise“ von der Regierung getroffenen Bestimmungen überarbeitet und angepasst und in den so genannten Covid-Gesetzen Anfang dieser Woche von der Abgeordnetenkammer verabschiedet. Ein weiterer Schritt aus der Krise, hin zu mehr alltäglicher Normalität. Mit diesen Gesetzen kommt es dann auch zu einer Änderung der Philosophie: Auf von der Regierung per Dekret erlassene Verbote mit einigen Ausnahmen folgt nun die Freiheit mit einzelnen Einschränkungen und Auflagen zum Schutz der Gesundheit aller. Diese nun folgende Phase der schrittweisen, aber konsequenten Aufhebung zahlreicher Maßnahmen ist weitaus komplexer als der ursprüngliche „Lockdown“. Setzte dieser „nur“ strikten Gehorsam voraus, appelliert die neue Vorgehensweise an das Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung, jedes Einzelnen und vor allem auch der Politik, denn der Krankmacher und tödliche Angreifer Corona eignet sich nicht zu kleinkarierten politischen Spielchen.

Ausschließlich mit Gesetzen und Verordnungen lässt sich dem Virus, in Abwesenheit eines wirksamen Medikaments oder Impfstoffs der Garaus nämlich nicht machen. Aber mit Herz und Verstand! Indem wir – freiwillig – die empfohlenen Maßnahmen weiterhin und konsequent befolgen und so für uns, aber auch und vor allem für die Verletzlichsten in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen und die bisherige Solidarität weiterleben. Eine zweite, unbemerkte Verbreitungswelle des Virus in der Bevölkerung, wie zahlreiche Virologen sie befürchten und sie bereits jetzt in einigen Ländern beziehungsweise Regionen aufflackert, wäre nicht nur aus sanitärer und wirtschaftlicher, sondern vor allem aus gesellschaftlicher, aus menschlicher Sicht eine Katastrophe. In diesem Sinne übernehme ich auch freiwillig die Mitverantwortung für die eine oder andere Maßnahme, die den Gesundheitsschutz der Allgemeinheit vor die Fahrlässigkeit einiger weniger stellt, die sich über alle Regeln der Allgemeinheit hinwegsetzen und zur Gefahr für andere werden.

Kinneksgebuertsdag

De Kinnek hat Gebuertsdag,
Säi Vollek song kee Lidd.
E war trotzdeem zefridden;
En hat en Enkel kritt.

Um Hiwwel keng Kanounen,
A Musek op Distanz,
Kuerz Rieden, eidel Wierder,
An och e Blummekranz.

Keng Mass, kee Freedefeier,
Keng Party owes spëit,
Kee Gielchen fir d'Beamten –
Aus Solidaritéit.

Eng Kinnekswiss mat Jonker,
Mee just bis Hallefnuecht.
„Mäin Dag war“, denkt de Kinnek,
„Ganz anescht wéi geduecht!“

Jacques Drescher

Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

In Flugzeugen, die „Prince Louis“ hießen und wo die Stewardessen, heute profan Flugbegleiterinnen genannt, einem *Bojuer* zuflöteten, konnte nichts geschehen. Sofort stürzte ich mich auf Luxemburger Tageszeitungen, vor allem auf die, die in meiner Kindheit *Die Zeitung* hieß. Sie hatte die besten Todesanzeigen. So ein Heimatfeeling stellte sich ein, so glühte ich vor.

Dann fiel ein Luxemburger Flugzeug mit einem Luxemburger Künstler aus dem Himmel. In den Todesanzeigen tauchten allmählich andere Namen auf. Die Vornamen meiner Generation. Ich las keine Todesanzeigen mehr im Flugzeug.

Heimat ist da, wo dir die Todesanzeigen etwas sagen, schreibt Ottfried Fischer. So eine tödliche Heimat wird man nicht so schnell los. Man hat sie in sich, ziemlich tief, ziemlich abgrundtief tief; da man kann sich noch so sehr abrackern, sie zu begraben. Immer wieder ersteht sie auf und bespuckt eine. Sie ist ein Phantom. Sie ist total lebendig. Das Allerlebendigste. *Moien*, sagt sie. *Moien!*, sagt mein Mund.

Da kann man sich noch so sehr bemühen, auf anderen Bildoberflächen zu wandeln. Sich vielleicht gar zu verwandeln. In eine andere, eine ohne Vergangenheit. Die sich neu erfindet an einem anderen Ort, Abrakadabra ist sie fort, war da was, war da wer? Man kann sich noch so sehr bemühen, sie, sich hinter sich zu lassen. Ein neuer Mensch in einem neuen Land zu werden. Wo eine keine erkennt und keine beim Namen nennt. Alles noch unverfänglich, man ist keine Vergangenheitsgefangene, festgelegt für immer. Typisch sie! Eine, die so oder so ist und nicht anders. Wo man anonym ist, jede und niemand, gleich und gültig, zumindest eine lange Weile lang.

Schön, hier zu sein! Also in der Heimat, wie es früher poetisch hieß, bevor der Begriff zur Wahnvorstellung Besessener wurde. Die, die keine Lust auf Wurzeln im Kopf hatten, wichen auf das profane, unverfängliche Herkunftsland aus. In der ersten Heimat also, ja, weil das andere Land in

Einmal ist diese Heimat eine Fata Morgana, es gibt sie in Wirklichkeit gar nicht mehr. Kaum betritt man den Boden, verliert man ihn schon unter den Füßen

dem man Jahr um Jahr verbrachte, ja auch eine Heimat geworden war. Eine Art Heimat. Schlussendlich. Eine aber, in der es nicht so weh tut.

Schön, hier zu sein! Wo eine jemand beim Namen nennt und erkennt, auf eine ganz andere Art wie die Menschen im Land, in dem man gelandet ist aus diesem oder jenem Grund – oft weiß man gar nicht warum. Von Kriegs- oder Katastrophenflüchtlingen rede ich ja nicht, ich rede von denen, die etwas anderes (ver)suchen. Schön, wieder hier zu sein, wo die Menschen so freigiebig küssen beim sich Begrüßen! Sie kennen den Anfang der Geschichte. Aber dann wird es schnell wieder eng nach den Umarmungen.

Einmal ist diese Heimat eine Fata Morgana, es gibt sie in Wirklichkeit gar nicht mehr. Kaum betritt man den Boden, verliert man ihn schon unter den Füßen. Anderes steht jetzt auf diesem Boden, der immer weniger Erde ist, Mutterlanderde. Halthalt, Schluss jetzt mit dem Kitsch! Kitsch mit Wurzeln. Andere sind jetzt hier, andere suchen jetzt hier die Freiheit und die Sicherheit. Das Anonymat. Das Geld. Dort, wo man sich noch vor einer Generation im offenen Vollzug wähnte, hinter den gewellten Vorhängen der Einfamilienhäuser verfolgte die Fußgängerin der Blick der Altingesessenen, die alles im Blick hatten, weht jetzt



Heimat wird man so schnell nicht los

der Wind der globalen Freiheit. Im Ösling, wo Füchsin und Häschen einander Gute Nacht sagten, die Menschen einander weniger, logieren jetzt Firmen in Briefkästen, Kunst steht herum wie auf dem Mond. Der Hinterwald, wo noch vor wenigen Jahrzehnten die Welt zugenagelt war, ist jetzt ein globaler Parkplatz. Es ist alles so offen.

Ein andermal zieht eine dieser Boden, kaum hat man ihn betreten, runter. Es wird einer schwer zumute, wie leicht ist es hingegen in einem Land zu sein, mit dem man weniger verbunden ist. Es lebt sich viel leichter. Alles ist unverbindlich, es (be) trifft eine weniger. Die Schmierenkomedien der Politik sind ein Spektakel. Man ist eben da, könnte auch woanders sein, eine Passantin, eine Zuschauerin. Eine nicht Zuständige. Eine Fremde.

Richtig fremd fühlte ich mich nur in meiner ersten Heimat.

Chroniques de l'urgence

Greta in Paradise

Jean Lasar

Greta Thunberg, désormais âgée de 17 ans, se rappelle à notre bon souvenir avec un podcast intitulé « Humanity has not yet failed ». L'activiste climatique en a écrit le script pendant le confinement : elle et son père ont été atteints par le virus, mais ont échappé aux symptômes les plus graves. Elle retrace en douze chapitres les principales étapes de son voyage en Amérique du Nord et en

Espagne, d'août à décembre 2019, en y intégrant les réflexions qu'elle lui ont inspiré ainsi que l'éclairage apporté plus récemment à sa lutte par la pandémie et la mobilisation planétaire contre le racisme. Si sa voix reste quelque peu enfantine, l'intonation et le message sont plus clairs et plus déterminés que jamais. Indubitablement, cette odyssee lui a ouvert de nouveaux horizons et l'a fait mûrir. Bien que l'humanité ait jusqu'ici échoué à prendre la menace climatique au sérieux, Greta veut y croire. Ce qu'elle a vu pendant son périple aurait pourtant facilement pu la désarçonner.

Au-delà de son obstination à marteler encore et toujours son message central – que l'on écoute enfin la science et les scientifiques – un des traits de caractères qui ont contribué à sa popularité est sa modestie. Cette jeune fille a rencontré au cours des deux dernières années parmi les personnes les plus connues et les plus puissantes au monde. Elle évoque ces entretiens sans n'en retirer aucune gloire. Sans acrimonie, elle fait comprendre à ses auditeurs qu'ils sont presque tous décevants : on l'écoute poliment, on la félicite pour son combat, et pour finir on évite soigneusement de s'engager.

Au Canada, alors qu'elle se rend sur la Côte Ouest avec l'intention d'y embarquer pour Santiago de Chile où devait initialement se dérouler la COP25, on lui montre l'étendue des dégâts que causent les insectes de type dendroctone qui s'attaquent à l'écorce des pins. Se multipliant de manière incontrôlée du fait du réchauffement, ces animaux voraces menacent de mettre à genoux les forêts boréales – un bon exemple des réactions en chaîne qu'est susceptible de déclencher le dérègle-

ment du climat. Un peu plus tard, Greta est à Paradise, une ville au nord de la Californie détruite presque entièrement en 2018 par un incendie, et constate de ses yeux l'impact dévastateur de ce dérèglement. Paradise est une cité fantôme habitée désormais par quelque 2 000 personnes, alors qu'elle en comptait 27 000 auparavant.

« C'était une voiture », lui dit son guide en montrant un tas de métal dans l'allée d'une maison. « C'était ma maison », dit-il en pointant une boîte aux lettres et des tuyauteries qui sortent du sol. Greta Thunberg compatit, mais rappelle que ceux qui souffrent déjà outre mesure des impacts de la crise climatique sont surtout les plus pauvres et les plus vulnérables de cette planète, et en première ligne les enfants et les femmes des pays du Sud.

Dans un podcast, Greta Thunberg relate sur son voyage en Amérique

Charles Schaefer (1856-1922), ein Luxemburger im Dienst der britischen Kolonialarmee, der ägyptischen Regierung und des Völkerbunds

Ein Vorkämpfer gegen die Sklaverei

Bodo Bost

Charles Schaefer wurde am 23. Dezember 1856 in Luxemburg geboren, seine Mutter stammte aus der einflussreichen Industriellenfamilie Metz'. Nach dem Abitur am Athenäum und einem abgebrochenen Jurastudium in Paris trat er in den Dienst der britischen Armee, die für das Empire händeringend auch im Ausland Personal rekrutierte. 1878 wurde er der Cameron-Mission zugeteilt, die im Osmanischen Reich Trassenverläufe für eine mögliche Eisenbahnverbindung zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf eruieren sollte. Nachdem der Berliner Kongress 1878 die Osmanen gezwungen hatte, in ihrem rückständigen Reich Reformen zuzulassen, wurde Schaefer Mitglied einer Kommission, die in Ostanatolien die Umsetzung dieser Reformen zugunsten der armenischen Bevölkerung begutachten sollte.

1884 heiratete Schaefer selbst eine Armenierin, Duruhitza Dadian, aber nicht aus Ostanatolien, sondern aus der Hauptstadt Konstantinopel. Sie war mit großer Wahrscheinlichkeit² eine Tochter von Ohannes Bey Dadian und damit eine Schwägerin von Boghos Pasha Nubar (1851-1930), einem Sohn des späteren ägyptischen Ministerpräsidenten Nubar Pascha. Die Ehe zwischen Schaefer und Dadian hatte auch wirtschaftliche Vorteile für beide Familien: Beide hatten Geschäfte in der Schwerindustrie und im Eisenbahnwesen. Die Familie Dadian gehörte zu den Eisenbahnpionieren im Osmanischen Reich und war bis 1880 die *barutçubası* (türkisch: „Chef der Gewehre“)³. Mehr als hundert Jahre lang hatten die Dadians das Monopol auf die Pulver- und Waffenschmieden inne und spielten eine führende Rolle bei der Industrialisierung des

und 1895 Premierminister, engster Berater des Khediven und Vertrauter der Briten war. Nubar berief 1882 Charles Schaefer, einen Schwager seines Sohnes, als Attaché ins Innenministerium, um die kasernierte Polizei Ägyptens zu reformieren⁵. Schaefer bekam dazu den militärischen Rang eines Majors. 1884 wurde Major Schaefer Chef eines Büros zur Bekämpfung des Sklavenhandels in Ägypten, welches infolge eines britisch-osmanischen Abkommens von 1880 geschaffen worden war. Großbritannien, wo 1833 die Sklaverei endgültig abgeschafft worden war, half seit den 1870-er Jahren den Osmanen, den Sklavenhandel im von ihnen 1821 besetzten Sudan zu bekämpfen.

Im Osmanischen Reich wurde die Sklaverei erst 1855 abgeschafft. Ausgenommen davon war die Provinz Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina, wo die Sklaverei bis ins 20. Jahrhundert fortdauerete. Entsprechend schwer hatte Major Schaefer es bei der lokalen Bekämpfung des internationalen Sklavenhandels, er erzielte aber dennoch gewisse Erfolge. 1885 konnte er exakt 553 Sklaven befreien. Allerdings musste er feststellen, dass der Sklavenhandel dabei war, sich zu diversifizieren. Mehr und mehr ging er einher mit den muslimischen Pilgerströmen nach Mekka und Medina, die seit alters her auch mit Handel aller Art verbunden waren. Beide Städte waren zu jener Zeit noch osmanisches Territorium und für Christen und also auch für Schaefer tabu⁶.

1889 wurde Charles Schaefer beauftragt, eine britische Hilfsexpedition ins von Sklavenhändlern bedrängte Deutsch-Ostafrika durchzuführen. Eine

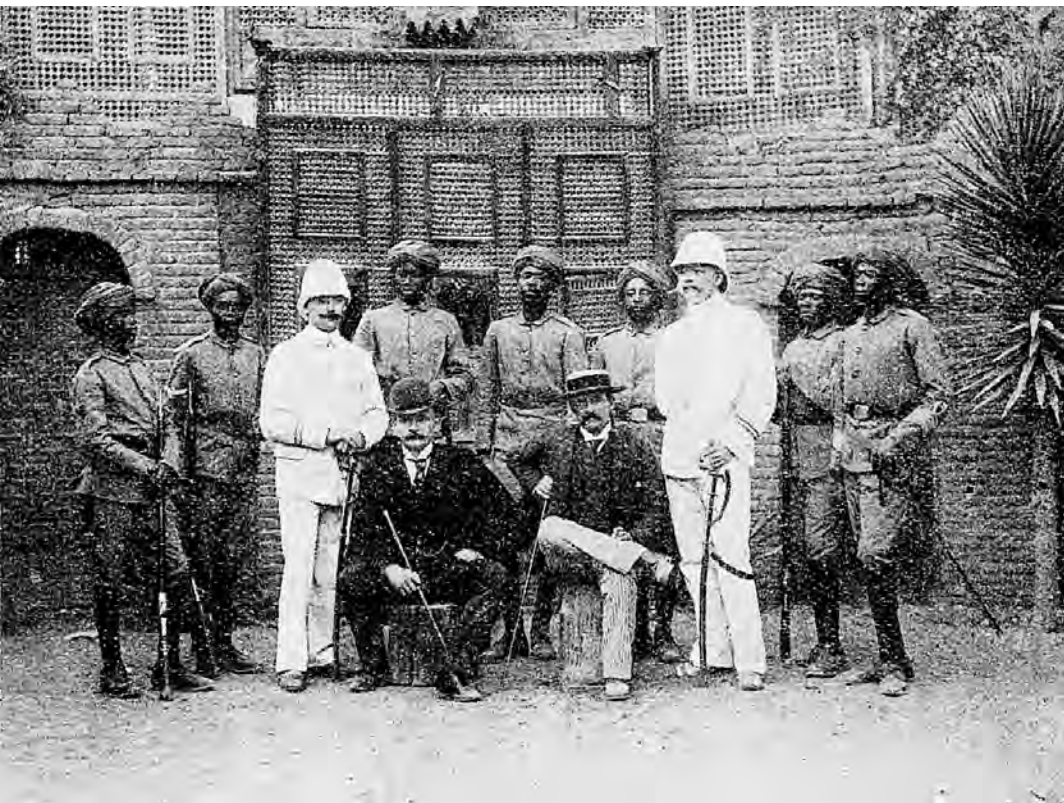
Pogromen an Armeniern im Osmanischen Reich mit einem Zentrum in der Stadt Adana in Kleinasien. Sie forderten 100 000 Menschenleben und waren eine Art Vorläufer des Genozids von 1915-1923. Schaefer, der eine schlechte Meinung von der osmanischen Regierung hatte, aber eine gute vom türkischen Volk, warnte in Luxemburg davor, die dekadente Sultan-Regierung, die für die Massaker verantwortlich war, mit dem türkischen Volk, das nicht fanatisch sei, gleichzusetzen⁹.

1897 war Charles Schaefer im Gespräch, Gouverneur von Kreta zu werden: Nominell stand die Insel noch unter osmanischer Oberhoheit, doch die mehrheitlich griechische Bevölkerung revoltierte immer mehr dagegen. Nachdem die europäischen Mächte der Nominierung bereits zugestimmt hatten, verweigerten die osmanischen Behörden wegen Schaefers sehr armenierfreundlichen Haltung¹⁰ ihre Zustimmung. Jetzt wusste auch Schaefer, dass die Armenier auf der Abschlusliste des Osmanischen Reiches standen.

1908 war ein Jahr der Hoffnung für Schaefer. In Konstantinopel hatten die Jungtürken die Macht übernommen, den alten Sultan Abdul Hamid gestürzt und ihn durch seinen Halbbruder Mehmed ersetzt. Erneut wurden scharenweise europäische Berater ins Land gerufen; darunter auch Weggefährten Schaefers aus früheren Tagen. Er selbst begann zu schreiben, in einem Artikel für die Zeitschrift *La Revue* beschrieb er als „Colonel Schaeffer“ am 1. März 1909 unter dem Titel „La Turquie parlementaire“ die Zustände in der Türkei aus seiner Sicht. Euphorisch setzte er seine ganze Hoffnung in den Reformwillen der Jungtürken und warf dem Westen eine verzerrte Sichtweise der türkischen Verhältnisse vor¹¹.

1912/1913 ging Schaefer selbst als Berater nach Konstantinopel. Er übernahm verschiedene Funktionen im Militär des Osmanischen Reiches, das in diesen Jahren fast alle seine europäischen und afrikanischen Territorien verlor. Dies nutzten die Preußen aus, um ihren Einfluss am Bosphorus zu vergrößern. Jetzt wuchs auch in Schaefer die Enttäuschung über die Jungtürken, die 1913 schließlich mit dem Triumvirat Enver, Talaat und Djemal putschten und das Land an der Seite Deutschlands in den Krieg führten. Major Schaefer war 1913 an die Saar zurückgekehrt. Im Juli 1914 wollte er im Auftrag seines Freundes Lord Kitchener für Albanien eine einheimische Militärtruppe aufstellen, die dem dort seit März amtierenden deutschen Prinzen Wilhelm zu Wied (1876-1945)¹² helfen sollte, sich als Landesvater zu etablieren. Die Vorbereitungen der Expedition wurden vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs überrascht, Schaefer an der Luxemburger Grenze von der preußischen Feldpolizei als Spion verhaftet und gefangen genommen¹³. Erst nach sechs Wochen Gefängnis in Trier wurde er freigelassen. Noch während Schaefers Haft verlor Prinz Wilhelm zu Wied seine Krone in Albanien. Die Familie Schaefer wechselte nach der Haftentlassung ihren Wohnsitz von Wiltingen ins besetzte Luxemburg.

Während Ersten Weltkrieges kam es im Osmanischen Reich zum Völkermord an den Armeniern, dem etwa zwei Drittel dieses christlichen Volkes zum Opfer fielen. Die Jungtürken, in die Schaefer und auch viele gebildete Armenier selbst so viel



Schaefer (sitzend rechts) mit Hermann von Wissmann (links), Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika

In Luxemburg warnte Charles Schaefer davor, die dekadente Sultan-Regierung des Osmanischen Reiches mit dem türkischen Volk gleichzusetzen, das nicht fanatisch sei

Hoffnung gesetzt hatten, waren für den Völkermord an den Armeniern verantwortlich. Die im Krieg siegreichen Alliierten setzten den alten Sultan wieder ein und wollten mit seiner Hilfe die für den Völkermord Verantwortlichen bestrafen. Das aber misslang auch, weil der Sultan zu schwach war und der Jungtürke Kemal Atatürk bereits eine Gegenregierung in Anatolien, in ehemals armenischen Gebieten, gebildet hatte, die sich durchsetzen konnte.

Boghos Pasha Nubar (1851-1930), der Schwager von Duruhitza Schaefer, der seit 1908 Vorsitzender der armenischen Nationalversammlung (Millet) im Osmanischen Reich sowie Gründer der Armenischen Allgemeinen Wohltätigkeitsunion war, wurde 1914 bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges der Spionage für Russland angeklagt. Damit sollte er als oberster weltlicher Repräsentant der osmanischen Armenier wohl noch vor allen anderen Armeniern ausgeschaltet werden. Allein die Tatsache, dass er sich in Ägypten aufhielt, rettete ihn vor dem Zugriff, denn die Briten änderten den Status Ägyptens

mit Beginn des Weltkrieges in ein Protektorat und wiesen die Osmanen aus. Als ein Jahr später der Völkermord an den Armeniern begann, war Boghos Nubar bereits in Paris. Dorthin rettete er auch die Armenische Allgemeine Wohltätigkeitsunion, die unter seinem Nachfolger Calouste Gulbenkian zu einer der größten Wohltätigkeitseinrichtungen weltweit wurde¹⁴. Nach Paris retteten sich auch die Dadians. Wie viele Familien des armenischen Bürgertums waren sie schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts nach Frankreich orientiert und hatten damit eine alte französisch-armenische Freundschaft wiederbelebt, die es seit der Kreuzfahrerzeit gab.

Da sich Charles Schaefer bei Kriegsende mit 64 Jahren noch nicht zu alt fühlte, bewarb er sich sofort wieder um eine diplomatische Mission. Als neue Weltorganisation war 1920 der Völkerbund – Vorläufer der Vereinten Nationen – gegründet worden. 1921 stellte der Völkerbund eine Mission nach Albanien auf, deren Leiter Schaefer wurde. Da seine Gesundheit sich während des Einsatzes verschlechterte, musste er am Neujahrstag 1922 Albanien verlassen und kehrte nach Genf, den Sitz des Völkerbundes, zurück. Dort verstarb er am 16. Januar 1922 in einem Hotel. Charles Schaefer war der erste Völkerbundexperte, der während einer Mission verstarb. Der Völkerbund erwies ihm in einer Sitzung am 13. Mai 1922 unter Vorsitz von Lord Balfour die letzte Ehrung.



Charles Schaefer und seine Ehefrau Duruhitza Dadian. Alle historischen Fotos in diesem Artikel aus Jules Mersch, „Charles Schaefer“, *Biographie nationale*, vol. 1, 1946



Osmanischen Reiches. Diese eminente Position war an sich ein Paradox, denn damit war es eine armenische Dynastie, die die Bewaffnung des gesamten Reiches garantieren sollte, obwohl Christen selber keine Waffen besitzen durften⁷. Einem Dadian war es 1837 zu verdanken, bei Sultan Mahmud II. anlässlich eines Besuchs in der Waffenschmiede in Dolma Bachtche durchgesetzt zu haben, dass der jahrhundertealte Brauch beendet wurde, nach dem die Christen dem Sultan Knaben zur Verfügung stellen mussten. Die „Knabenlese“ (*devşirme*) war eine menschenverachtende osmanische Tradition, der Millionen christlicher Söhne zum Opfer fielen und die zur Herausbildung der osmanischen Eliteeinheit der Janitscharen aus zwangskonvertierten Christen geführt hatte.

Als Sklavereibekämpfer in Ägypten

1882 wechselte Schaefer nach Ägypten. Dort hatten seit der Eröffnung des Suezkanals 1869 die französischen und britischen Geldgeber der Suezkanalgesellschaft das Sagen. Der osmanische Sultan und sein Statthalter, der Khedive aus dem albanischen Geschlecht Mohammed Alis, wollten diesen europäischen Einfluss loswerden. Unter Arabi Pascha kam es zum Aufstand, dem 1882 einige Europäer zum Opfer fielen. Dies veranlasste die Briten, militärisch zu intervenieren und das Land am Nil zu besetzen, ohne jedoch direkt daraus ein Protektorat zu machen.

Der starke Mann in Ägypten war der Armenier Nubar Pascha (1825-1899), der zwischen 1878

deutsche Expedition war dort in Bedrängnis arabischer Sklavenhändler geraten, die im Dienste des Sultanats Oman agierten. Schaefer stellte zwei Bataillone seiner sudanesisch-somalischen Polizeitruppen dem deutschen „Reichskommissar“ von Ostafrika, General Hermann von Wissmann, zur Verfügung, der sie für die Niederschlagung des Aufstandes des Sklavenhändlers Buschiri bin Salim al Harith einsetzte⁷. Dies war der Anfang der später legendären deutschen Askari-Armee in Ostafrika⁸. 1890 erhielt Schaefer den türkischen Ehrentitel Bey. 1894 scheute sich der Luxemburger nicht, drei Paschas und einen Bey aus der höheren ägyptischen Gesellschaft wegen Sklavenhandels zu verhaften und vor Gericht zu stellen. Das ägyptische Bürgertum revoltierte, selbst der Vater seines Schwager Boghos Nubar Pascha hatte nicht genug Einfluss, um die Gemüter zu beruhigen. 1895 musste Schaefer Ägypten verlassen. Erst danach beruhigten sich jene, die immer noch vom Sklavenhandel profitierten. Insgeheim profitierte auch Großbritannien weiter davon, denn 1892 übernahmen die Briten das Protektorat über das Sultanat Oman, den Staat, der wie kein anderer vom Sklavenhandel reich geworden war.

Niederlagen als Diplomat

1895 ging Charles Schaefer nach Europa zurück und zog mit seiner Frau und den beiden Kindern nach Wiltingen an der Saar, wo seine Mutter und sein Bruder ein Weingut erworben hatten. Als Diplomat und Militär blieb er auch in Wiltingen der großen Politik verbunden. 1895/96 kam es zu schweren



In Wiltingen/Saar trägt die Straße, in der die Familie Schaefer wohnte, jetzt den Namen „In Ägypten“

¹ J.M., „Oberstleutnant Karl Schaefer (1856-1922)“, *Obermosel Zeitung*, 31.10.1935

² Es gibt nur einen wenig dienlichen Hinweis auf den Vater von Duruhitza Dadian in einem Artikel im *Luxemburger Wort* vom 31.8.1914. Damals hieß es, dass ihr Vater türkischer Finanzminister gewesen sei. Die Dadians hatten viele Funktionen am Sultanshof, aber nie war jemand von ihnen Finanzminister des Osmanischen Reiches.

³ Pars Tuğlacı, *The Role of the Dadian Family in Ottoman Social, Economic and Political Life*. Istanbul, Pars Yayın ve Tic. Ltd Şti., 1993; Anahide Ter Minassian, „Une famille d’amiras arméniens: les Dadian“, in: Daniel Panzac ed., *Histoire économique et sociale de l’Empire ottoman et de la Turquie (1326-1960)*. Leuven: Peeters, 1995, S. 505-519

⁴ Pascal Carmont, *Les Amiras: Seigneurs de l’Arménie ottomane*. Éditions Salvator, 2000

⁵ Jules Mersch, „Charles Schaefer“, in: *Biographie nationale*, vol. 1, 1946, S. 268

⁶ Jules Mersch (1946), op. cit., S. 271

⁷ Thomas Morlang, „Finde ich keinen Weg, so bahne ich mir einen. Der umstrittene ‚Kolonialheld‘ Hermann von Wissmann“. In: Ulrich van der Heyden, Joachim Zeller (Hrsg.): *Macht und Anteil an der Weltherrschaft. Berlin und der deutsche Kolonialismus*. Münster 2005, S. 37-43

⁸ Jules Mersch (1946), op.cit., S. 274

⁹ Jules Mersch (1946), op. cit., S. 284

¹⁰ Jules Mersch (1946), op. cit., S. 280

¹¹ Pierre Marson (Hrsg.), *Von der Sauer bis zum Nil, Luxemburger Autoren und die islamische Welt, eine Anthologie*. Luxemburg, 2011, S. 199 ff.

¹² Sein Vater Wilhelm zu Wied war 1891/92 Vorsitzender des Deutschen Antisklaverei-Komitees, deshalb kannten sich beide Familien.

¹³ *Luxemburger Wort*, 31.8.1914

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Boghos_Nubar_Pascha, abgerufen am 7.5.2020

Une curatrice, Marie-Noëlle Farcy, qui connaît la collection du Mudam sur le bout des doigts, et une autre, nouvelle recrue de Suzanne Cotter, Michelle Cotton, qui en découvre la richesse : voilà les deux regards croisés auxquels on doit la sélection de *Hier, aujourd'hui, demain*, la nouvelle exposition d'œuvres de la collection du Mudam, qui s'y ouvrira ce week-end. Se déclinant sur les trois niveaux du musée et remplaçant au pied levé *Me, Family...* (prévue pour cet été, mais reformulée pour devenir un projet virtuel), cette exposition permettra de retrouver quelques-unes des acquisitions des vingt dernières années, comme ici les toiles de Günther Förg et de Liam Gillick (acquises en 1997 via le Focuna, respectivement données en 2018 par MJS Paris) et l'installation *À propos des lieux d'origine #1* de Cabrita, achetée en 2005 par Marie-Claude Beaud. On ira aussi voir l'exposition pour les vidéos de Fiona Tan et Christian Marclay (jusqu'au 6 septembre ; [mudam.lu](#)). jh



tablo

Arts plastiques



Art boomers (f)

Les années 1990 furent, dans le monde des arts plastiques au Luxembourg, celles de l'irruption du contemporain dans un paysage toujours marqué par l'École de Paris. C'est l'époque où le jeune Enrico Lunghi débarque de ses études en histoire de l'art à Strasbourg, assiste d'abord Jean Luc Koltz dans le département des beaux arts du Musée national, puis ouvre le Casino – Forum d'art contemporain (en 1995) et fait venir la biennale itinérante *Manifesta* au Luxembourg (en 1998). Autour de ce nouveau noyau, il y a alors une activité foisonnante de galeries d'art : Martine Schneider, Erna Hécey, Alex Reding, Marita Ruiter ou Lea Gredt ouvrent grandes les fenêtres du microcosme de l'art luxembourgeois. Parmi les artistes qui émergent alors, il y a aussi quantité de femmes engagées. L'exposition *Les pionnières – Luxembourg, les années 90 : Portraits de femmes*, qui s'ouvre mercredi prochain, 1^{er} juillet, dans les caves voûtées de Neimënster, en présente quatre : Patricia Lippert, Carine Kraus, Marie-Paule Feierisen (photo : installation *L'homme d'État*, 2009, issue de son site) et Flora Mar. Par cette sélection, le commissaire Alex Reding (pour l'asbl Artcontemporain.lu) a voulu montrer les différents courants artistiques de l'époque, de la nouvelle figuration en peinture en passant par l'engagement politique jusqu'à un certain lyrisme (jusqu'au 20 septembre ; [neimenster.lu](#)). jh



Films made in Luxembourg



Back to reel

Pour le secteur de la production audiovisuelle, la fin de l'état de crise, mercredi, n'implique pas immédiatement un retour à la normale. Hier, jeudi, ont été publiés sur Legilux plusieurs loi et règlements grand-ducaux aidant la culture à tenir les prochains mois. La loi du 24 juin permet aux danseurs et aux acteurs de théâtre et de cinéma de répéter et de jouer sans masques. Les mesures sociales extraordinaires pour artistes indépendants et intermittents du spectacle, quant à elles, sont prolongées jusqu'au 31 août. « Mais un tournage ne peut pas recommencer avec un claquement de doigts », explique Guy Daleiden, le directeur du Film Fund, vis-à-vis du *Land*. Des lignes directrices pour un protocole sanitaire à mettre en place dans le secteur du cinéma ont été élaborées avec les responsables de la Santé ; selon les estimations du Film Fund, il faudra entre six semaines et deux mois pour adapter les procédures (maquillage, transport, désinfections...) qui coûteraient entre cinquante et cent euros par personne et par jour de tournage – des sommes que le Fonds étatique financera en plus des aides financières aux films. « Mais nous sommes d'avis qu'il est toujours mieux d'investir dans le travail que dans l'inactivité », affirme Daleiden. Beaucoup d'incertitudes demeurent dans le secteur, notamment en ce qui concerne les coproductions : quand est-ce qu'une équipe irlandaise (encore confinée) ou des acteurs d'un pays tiers pourront-ils retraverser la frontière pour tourner à Kehlen ?

Au-delà des aides pour les artistes, à charge donc du budget du ministère de la Culture, le gouvernement a donné son aval à deux aides financières pour les sociétés de production qui, classiquement, se financent via les budgets de production par film. Là où les équipes fixes – toujours très réduites – étaient au chômage partiel jusqu'à présent, une première aide, remboursable, calculée selon la hauteur des salaires (avec un plafonnement à 2,5 fois le salaire social minimum) doit libérer la trésorerie des sociétés qui déconfinent leurs administrations, avec un maximum de 250 000 euros par société. Entre vingt et 25 sociétés seraient éligibles pour cette aide. Une deuxième aide, plutôt un coup de pouce, de 10 000 euros non-remboursables, pourrait surtout profiter aux toutes petites sociétés de production, afin d'assurer leur survie et de couvrir des frais courants incompressibles. Le Film Fund estime qu'elles pourraient être une trentaine à en profiter. Un dernier règlement grand-ducal libère les producteurs de l'obligation de rembourser les avances reçues pour un film si ce dernier n'a pas pu encore se tourner à cause du Covid-19.

Les conséquences du confinement sur le secteur du cinéma risquent de se faire ressentir à moyen et long terme : six mois sans tournage équivaudront à un assèchement des contenus des chaînes de télévision, des cinémas et des sites de *streaming*. Une année sans grands festivals de cinéma – Cannes et Annecy se seraient tenus en mai et juin – veut dire pas de visibilité pour les sorties des films achevés et, surtout, pas ou prou de nouveaux projets de coproductions. Le Film Fund participe à la recherche de solutions alternatives pour encourager le *networking* via un « pavillon numérique ». Mais ce n'est jamais qu'un pis-aller. L'association luxembourgeoise de la presse cinématographique (ALPC) vient, elle, d'annoncer son affiliation à la prestigieuse Fédération internationale Fipresci, ce qui lui ouvre entre autres la voie vers des participations à des jurys internationaux, comme à Cannes. jh

Politique



Geschmäckle

Luxemburg ist das Land der kurzen Wege. Dieser Satz gilt trotz (halbherziger) Bemühungen der Politik, die Machtkonzentrationen in Politik, Wirtschaft und Bürokratie zu bekämpfen weiterhin und wird von Unternehmerverbänden global als Verkaufsargument im Portfolio des Großherzogtums aufgeführt. Dass es unter dieser Voraussetzung zu Interessenkonflikten kommt, liegt nahe. Und zwar in allen Teilen der Gesellschaft. Davon sind auch Journalist/innen nicht gefeit, wie vergangene Woche *Tageblatt*-Kollege Robert Schneider zeigte. Der Politikredakteur preiste 40 Jahre Kulturfabrik in Esch auf prominenter Stelle in einem Leitartikel des *Tageblatt*. Der Journalist ging auf die Erfolgsgeschichte ein, vergaß nur zu erwähnen, dass er seit Jahren im Verwaltungsrat der Kufa sitzt und lieferte der Kulturinstitution kostenlose PR getarnt als Journalismus. Noch etwas anderes vergaß er zu erwähnen: Die Kufa hat mit Yves Wagner (Anwalt und Mitglied des Staatsrats) einen neuen Präsidenten. Der bisherige Vorsitzende Michel Clees verläßt nach über 20 Jahren den Verwaltungsrat ebenso wie Vizepräsident Christian Kmiotek (Grüne). Außerdem treten Guy Dockendorf, Nico Helminger und Jhemp Hoscheit aus dem Verwaltungsrat zurück. Ihre Plätze nehmen Sandy Lorente (Plan-nung familial), Jeanne Glesener (Universität Luxemburg) und die Anwältin Ines Biwer ein. ps

Politique



Lacrimæ rerum

Il y a beaucoup de larmes de souffrance sur les joues des madones et des anges dans l'actuelle exposition du Musée national d'histoire et d'art sur les *Maîtres du baroque espagnol – De Mena, Murillo et Zurbarán* (jusqu'au 21 novembre ; [mnha.lu](#) ; photo : TPC). Mais en ce mois de juin, on y a aussi versé de vraies larmes – de joie ou de désespoir, selon le point de vue. Ainsi, on apprend sur le site néerlandais [codart.nl](#) que Ruud Priem (*1969), le commissaire de cette exposition, coproduite par le Hospitaalmuseum de Bruges (où il travaille), vient d'être nommé par la ministre de la Culture luxembourgeoise Sam Tanson (Déi Gréng) comme curateur des expositions internationales au MNHA. La joie devrait donc être celle de cet historien de l'art qui a fait ses études à Padova et Utrecht, mais aussi celle de la direction du musée, s'assurant ainsi un accès à son excellent carnet d'adresses, notamment de collectionneurs d'art ancien qui apprécient l'accueil qui leur est fait au Marché-aux-Poissons. Malgorzata Nowara quant à elle a probablement versé quelques larmes de tristesse : l'actuelle responsable de la section des beaux-arts du musée se voit ainsi désavouée, rétrogradée à un poste de chargée de mission. jh

Musiques



Der nächste Streich

Tuys, die derzeit interessanteste Indierock-Band aus Luxemburg, veröffentlicht mit *Ketchup On My Own Knees* (*Hungry For More*) einen neuen Song. Nach dem überragenden Hit *Papaya* und *More Than An Account* ist es die dritte Episode der EP *A Curtain Call For Dreamers*. Achtziger-Synthieklänge, tiefer Octaver auf dem Gesang und intelligent arrangiertes Bass- und Gitarrenspiel: *Ketchup On My Own Knees* erinnert an Songs von Half Moon Run und besticht durch ein kreatives Songwriting und eine gute Produktion. ps



The End

Monophona sagen *Au revoir* – Das Trio um Singer-Songwriterin Claudine Muno, Produzent Philippe „Chook“ Schirrer und Jorsch Kass verabschiedet sich mit einem letzten Song: *Elastic - I do*. Die Bandmitglieder führen private Gründe für die Trennung an und werden kein Abschiedskonzert geben. Was bleibt, ist das Werk einer großartigen Band (Foto: sb) der Nullerjahre in Luxemburg, die mit ihrer Mischung aus Folk und Elektronika, aus Intimität und Originalität absolut *cutting edge* war und deren Songs für die Ewigkeit sind. ps



Musique live

Quand la distance rapproche

Kévin KroczeK

Coup de théâtre dans la matinée du vendredi 12 juin. Un communiqué de presse de la Philharmonie annonce la programmation d’une série de concerts surprises. *Back to live* peut-on lire sur le document en question. De vrais concerts, si tôt, sans rire ? On se pince et on assimile l’information. C’est que les amateurs de concerts s’étaient fait une raison, celle de l’attente. L’annonce d’un premier gros événement *live* post-confinement, qui aura lieu quelques jours plus tard à peine, était inespérée. Jeudi 19 juin, les portes de l’institution sont grandes ouvertes. Des dizaines de spectateurs masqués traversent le foyer. Il n’y a ni vestiaire, ni bar, une flèche pointe directement vers les entrées du grand auditorium. Une fois installé, le port du masque n’est plus de rigueur, entre chaque groupe de spectateurs, trois ou quatre sièges de distance en guise de précaution. Au programme ce soir, le trio Reis-Demuth-Wiltgen, dont chaque concert en terrain conquis est en soi un petit événement.

Ce n’est pas tant le peu de spectateurs en place qui interpelle – 271 personnes en tout ce soir-là –, mais le discernement du public. Consciente que chaque quinte de toux ferait l’effet d’une grenade qu’on dégoupille, l’audience est particulièrement calme. Des connaissances d’un bout à l’autre de la salle se saluent chaleureusement et se font la discussion, avec des gestes et des mimiques, et sans ouvrir la bouche. Ou quand la distance rapproche. Dans son discours d’ouverture, Paul Wiltgen rend hommage à LeFloria Robertson, l’arrière-grand-mère de son fils. L’enterrement de cette dernière, une femme noire américaine qui a quitté le sud ségrégationniste pour élever ses enfants, a lieu au même moment à 6 700 kilomètres de là, à Milwaukee. Le concert lui est dédié, et les mots du batteur du trio ont une résonnance particulière. Ou quand une actualité en dépasse une autre.



Ce n'est pas tant le peu de spectateurs en place qui interpelle – 271 personnes en tout ce soir-là à la Philharmonie –, mais le discernement du public

Les trois musiciens enchaînent sans trêve, une heure vingt durant des morceaux devenus incontournables comme *Freedom Trail* et des compositions extraites de leur prochain album à paraître chez Cam Jazz, *Sly*. Vendredi soir, le trio rejoue sur la même scène pour une session digitale dans le cadre du projet *Phil Live doheim*. Un concert d’une bien moindre saveur.

D’autres institutions à travers le pays ont elles aussi décidé de franchir le pas. Samedi 20 juin au soir, des concerts se déroulent à Echternach, à Dudelange ou encore à Esch-sur-Alzette, où la Kulturfabrik propose son Kufa Summer Bar. Sur le parvis de l’institution eschoise sont installées de nombreuses tables. Ici et là, des guirlandes, des plantes et des luminaires. Le tout baigne dans une atmosphère branchée et conviviale. C’est un peu comme si les Rotondes s’étaient délocalisées dans cet ancien abattoir, où le double portrait de Thierry van Werveke surveille toute cette agitation. Qu’on se le dise, les gestes barrières ne sont respectés qu’à moitié. Dans un coin, surgissent

Consciente que chaque quinte de toux ferait l’effet d’une grenade qu’on dégoupille, l’audience des premiers spectacles post-confinement est particulièrement calme

Sayoko Onishi et Emmanuel Fleitz. La performance (gratuite) des deux membres de la troupe Maniok & Cie vient couronner une résidence artistique de quinze jours durant laquelle ils ont peaufiné leur spectacle *Namakemono glisse à vau-l'eau*.

Emmanuel Fleitz, en chemise rouge et au visage strié à la peinture blanche joue de sa contrebasse. A l’aide de son échantillonneur, il élabore une musique effrénée. Sayoko Onishi, visage pâle et inquiétant, d’abord stoïque, se met à déambuler entre les tables. Tout en dansant, elle tourmente certains spectateurs, feint de vouloir les toucher. Elle joue de la distanciation et avançant toujours sur une corde raide, manque souvent de faire vaciller le tout. La performance est chaudement applaudie. La plupart des personnes présentes viennent probablement d’assister à leur premier spectacle post-confinement et de manière générale, ce week-end marquera non pas un *retour à la normale*, mais le début d’un nouveau cycle. Construire un monde nouveau, réinventer le spectacle vivant, en voilà tout un programme.

Danse

La danse de demain sera-t-elle la même qu’hier ?

Godfrey Gordet

Prenez le monde de la danse, fermez les salles de spectacle, confinez les danseurs et danseuses et retrouvez, après deux mois de cuisson à feux doux, des hordes d’artistes surexcités, voire frustrés, voulant retrouver la scène. Alors, la danse de demain sera-t-elle la même qu’hier ? Évidemment non, et même sans la Covid, il n’en aurait pas été question. Si le monde change, l’art aussi et si les conséquences de cette pandémie vont pousser certains artistes à redéfinir leurs choix, l’État comme les grandes institutions veillent à la sauvegarde d’un secteur très fragilisé.

Relativement épargné par rapport au reste du monde, au Luxembourg c’est une agonie morale qui émerge au large. Car si la pause a donné l’occasion aux artistes et aux lieux de spectacle de questionner le monde et celui naissant, c’est un affreux lieu commun que de croire que les derniers mois ont été le stimuli créatif que beaucoup fantasmes pour les artistes, « j’ai fait avec, j’ai suivi les règles avec patience, j’avance mais je me demande qu’elles sont mes autres options professionnelles ? / Avec tous mes projets annulés, je me suis demandé si je devais trouver un autre emploi, me reconvertir… Mais dans quoi ? / Que dois-je faire si je ne danse pas ? », confient certains membres du Luxembourg Collective of Dance (Lucoda), se noyant dans les interrogations.

En cause, une charge administrative énorme pour récupérer ses billes dans la mêlée, dédommager ses équipes, reporter ses spectacles, ou simplement survivre… « À un moment donné on réalise l’ampleur, les pertes « matérielles », c’est toute une identité qui se perd, qui se fond dans le problème, « j’étais frustré, en colère, incertain et effrayé par le statut d’artiste, car nous n’avons pas de salaire fixe, pas de stabilité… », explique l’un des membres du Lucoda. C’est un monde qui s’arrête brusquement pour tous et aussi, pour certains de nombreuses déceptions, « j’ai perdu pas mal d’opportunités. Ce n’est pas facile à digérer, mais j’ai su l’accepter. Je suis ouverte à ce qu’apportera l’avenir », se résigne Crovisier.

Dans les espoirs déçus, Jérôme Konen, directeur du Kinneksbond de Mamer, évoque les chorégraphes et danseuses Léa Tirabasso et Sarah Baltzinger, la première qui trouvait une forme de consécration en voyant son spectacle *The ephemeral life of an octopus* choisi pour la plateforme *Aerowaves*, qui promeut la scène de la danse européenne émergente, la seconde qui avait été sélectionnée à la *Tanzmesse* de Düsseldorf avec son duo *What does not belong to us*. Deux événements annulés dans le réel, « ce sont des impacts forts, même

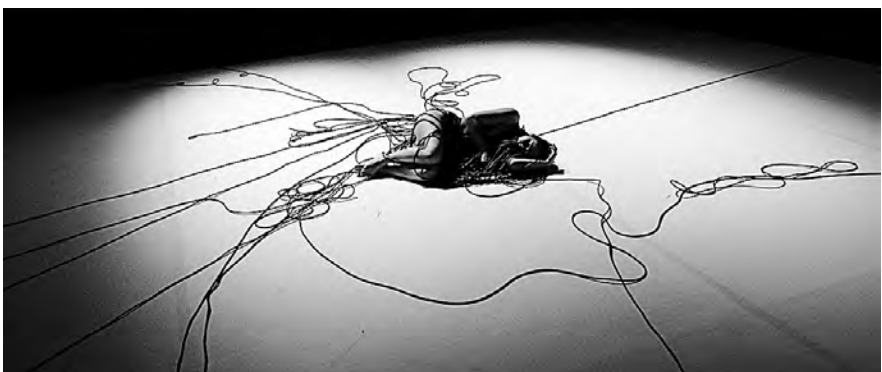
En comparaison aux artistes du théâtre, les chorégraphes accusent l’annulation de beaucoup plus de dates à l’étranger

si je crois en ces deux artistes, et que j’imagine que d’autres occasions se présenteront pour elles », explique Jérôme Konen avec optimisme.

De son côté Tom Leick-Burns, directeur des Théâtres de la Ville de Luxembourg, s’inquiète pour la création *Jinjeon* de Jill Crovisier et un projet d’Elisabeth Shilling qu’il devrait accueillir en décembre prochain, « on attend de savoir quel sera le guide des mesures après l’état de crise. Mais quand je vois la dynamique dans laquelle nous sommes et ce qui se passe dans les pays voisins, je reste optimiste et confiant. Et puis, les contraintes sanitaires vont peut-être aussi inspirer de nouvelles approches artistiques », rassure Tom Leick-Burns.

« Certains de mes projets ont été reprogrammés mais tout reste si incertain, surtout lorsque on nous dit qu’il pourrait y avoir une deuxième vague de Covid 19… », angoisse prématurément l’un des membres du Lucoda. Et de fait, si l’incertitude est aujourd’hui dans le discours des artistes, elle l’est même dans ceux des directeurs de salles qui ont adopté le parti pris d’adapter les saisons à venir par rapport au contexte sanitaire. « Nous voulons entrer en dialogue avec les artistes, pour créer de nouveaux projets et les garder le plus ouvert possible, justement pour pouvoir proposer une programmation quoi qu’il arrive », explique finalement Konen.

Créer face à l’incertitude des prochains mois – voire années –, tout en gagnant en responsabilité, car en comparaison aux artistes du théâtre, les chorégraphes accusent l’annulation de beaucoup plus de dates à l’étranger… Seront-elles reconduites et quand ? Et comme le souligne à juste titre le directeur du Kinneksbond, « est-ce que ce modèle à un avenir ? Faut-il encore jouer un spectacle à l’autre bout du monde ? » Et c’est finalement le grand enjeu de « l’après », que de ne pas continuer comme avant en retombant dans une frénésie productiviste, « il est temps de prendre du recul et d’abandonner le rythme fou que nous avions avant le confinement. On ne peut pas continuer comme si de rien n’était », conclut Tom Leick-Burns.



The ephemeral life of an octopus de Léa Tirabasso, choisi pour la plateforme Aerowaves

Musique

Cali en version intimiste

Pablo Chimienti

Pour la ville de Dudelange, la fête de la musique, c’est sacré ! Malgré les règles de distanciation sociale, le Centre culture Opderschmelz a tenu à offrir un peu de « live » la semaine passée. Point d’orgue de la programmation, samedi soir, le concert de l’auteur-compositeur-interprète français, Cali.

« Qu’est-ce que ça fait du bien de remonter sur scène », lance Bruno Caliciuri, alias Cali, à ses fans venus lui demander des autographes, après le concert. « Cet après-midi lors des répétitions, ça faisait vraiment bizarre » ajoute celui qui a sorti son nouvel album, *Cavale*, le 13 mars dernier. « Un jour avant le confinement », rit désormais, un peu jaune, l’artiste.

Juste avant, il s’est offert, pendant plus d’une heure et demie à la soixantaine de spectateurs triés sur le volet par les organisateurs dudelangeois. Une soixantaine sur les 500 que peut normalement accueillir la salle dans sa configuration assise. Un concert en pure perte financière donc ; un cadeau que le service culturel de Dudelange offre à sa ville, à ses partenaires et amis, mais aussi au Grand-Duché ; le concert était retransmis sur plusieurs radios le lendemain dans le cadre de la « journée de la musique » et, sera programmé autour du 14 juillet, sur *RTL Télé*.

Un concert en toute intimité, avec des spectateurs regroupés deux par deux, sur des fauteuils, autour de tables et quelques tabourets. Quelques « guests » étant installés également au balcon. Un rendez-vous dans le respect des règles de distanciation physique, ce qui n’a nullement refroidi les ardeurs de cette bête de scène qu’est Cali.

Accompagné par le pianiste Augustin Charnet, Cali est habitué dès son arrivée sur scène. Il entame son tour de chant avec *L’Espoir*, chanson de 2008, poursuit avec son tube *Je m’en vais* de 2005, puis *Je sais ta vie* de 2010, *La vie quoi !* de 2015 avant d’arriver enfin à *Cavale*. En seize morceaux, il aura offert à « Diddeleng », comme il ne cesse de crier au micro, un joli résumé d’une carrière de près de vingt ans et riche de neuf albums studio.



Bruno Caliciuri, alias Cali, à Dudelange

Dans *Cavale* le *singer-songwriter* catalan prend un étonnant virage artistique en plongeant dans des sonorités plus électroniques de rock. Pendant le concert à Opderschmelz, cette nouvelle orientation sera pourtant à peine perceptible. Dans son costume noir, Cali chante, court, saute, s’amuse et profite de la jauge riquiqui pour échanger un regard et un sourire avec chacun des spectateurs. Il interprétera *Je sais ta vie* depuis la salle, en passant entre les fauteuils et les tables, invitera le directeur, John Rech, par ailleurs auteur-compositeur-interprète de Dream Catcher, à le rejoindre sur scène pour deux duos – un prévu sur *Sois doux*, l’autre a priori improvisé sur *Pensons à l’avenir* -, puis la jeune Mathilda pour reproduire leur *featuring* sur *Viens avec moi*. Et quand vient le tour de *C’est quand le bonheur ?*, il n’hésitera pas à répondre lui-même, « ce soir, ce soir ! ».

Mais au-delà de ses chansons, d’un couplet de U2 par-ci et d’une reprise d’*Amazing grace* par-là, de quelques mots de luxembourgeois, d’une blague sur les Catalans – « des Belges qui n’ont pas trouvé l’Espagne » –, Cali partage avec son public lors de ce « bout de vie si important pour nous » qu’est ce premier concert post-confinement, ses passions – pour la Belgique, pour sa ville de Perpignan, pour ses enfants… –, ses opinions – « Dudelange, consacre dix pour cent de son budget à la culture (…) Il y en a qui devrait prendre exemple » – et surtout ses nombreux combats humanistes, lui petit-fils d’un Calabrais ayant fui le fascisme devenu membre des Brigades internationales et d’une docteoresse des Républicains espagnols, qui ont connus, après la Retirada, les camps de concentration français.

Il est comme ça Cali ! Entier, passionné, joyeux. Et c’est de cette même manière qu’il s’offre à ses spectateurs. Qu’ils soient des milliers ou juste 60 !

La scène du réel tarde ainsi à rouvrir ses portes, et certains artistes ne semblent pas tout à fait prêt à y remettre les pieds. « Je ne suis pas prête à remonter sur scène demain ! », témoigne une danseuse du Lucoda. Dans ce sens, ce catalyseur de nouvelles solutions qu’a été la pandémie, a fait se révéler l’utilité du numérique comme une alternative à une diffusion physique. Au Trois-CL, où son directeur Bernard Baumgarten raconte qu’ils étaient « frileux par rapport au numérique », ils ont finalement trouvé des outils numériques qui resteront, « si le numérique ne remplacera jamais le spectacle vivant, on a compris aussi que différents formats fonctionnent, et que le public est prêt à les consommer comme des formats parallèles au spectacle vivant », précise le directeur du 3CL.

Mais si le numérique permet d’intéresser un autre public moins « spécialiste » et apporte une nouvelle dimension artistique à la danse, rien ne pourra jamais remplacer la scène, l’assise parfois exigeante de certains gradins, le vent qui souffle au passage d’un corps, l’ambiance des salles qu’on a hâte de retrouver… Comme on l’entend déjà dans le discours de certains danseurs, « le *online* ne doit pas devenir la nouvelle ‘normalité’, on ne doit pas s’habituer à ça ! Les salles doivent rouvrir ! ».

Bédé

Une femme au « regard d’homme »

Pablo Chimienti

Le regretté Hubert et son camarade dessinateur Zanzim emmènent le lecteur dans l’Italie de la Renaissance pour un conte moderne qui traite de la question du genre et de la sexualité. C’est *Peau d’homme*, un album aussi léger que subtil.

Scénariste et coloriste de renom, Hubert (*Miss pas touche*, *Beauté*, *Les Ogres-dieux...*), nous a quittés en février, à l’âge de 49 ans. Non sans laisser *Peau d’homme*, réalisé avec son compère Zanzim (*L’île aux femmes*) avec qui il avait déjà publié les diptyques *Les Yeux verts* et *Ma vie posthume*.

Peau d’homme sera un *one-shot*. Mais un sacré *one-shot*. Comme le précise Zanzim, ce projet mûrit depuis 2013 déjà. Depuis les manifestations, en France, contre le mariage pour tous. « Hubert m’appelle et me dit : ‘Tu voulais faire une BD qui parle de moi ? Eh bien je suis prêt ! Je vais écrire un brûlot ! Cela va s’appeler : Débaptisez-moi !’ » explique celui qui connaît Hubert depuis les Beaux-Arts d’Angers. Il poursuit : « Hubert m’envoie ce qu’il a fait mais, du coup, je trouve son brûlot un peu *trash* (...) Quelques mois plus tard, il revient vers moi et m’annonce qu’il a tout changé et me pitche l’histoire de *Peau d’homme*. C’est le coup de cœur ! » Et on le comprend. Car ce *Peau d’homme* est un petit bonbon acidulé à la fois sucré et malicieux. Loin du *trash* de l’idée de départ, il est empli de légèreté, de subtilité tant dans le propos que dans le dessin.

On y découvre Bianca, jeune demoiselle de bonne famille dans une belle cité de l’Italie du *Cinquecento*. Une « vraie jeune fille », bien comme il faut, dit-on à l’époque ; vierge bien sûr, mais surtout naïve ! De celles qui savent se tenir bien droites et marcher avec finesse. Qui savent aussi se taire quand on ne leur donne pas la parole, faire la révérence et rendre fiers ses nobles parents. Une question d’honneur !

***Peau d’homme* de Hubert et Zanzim est un album aussi léger que subtil**

Pas le genre à opposer la moindre résistance quand les parents lui choisissent un mari. D’autant que Giovanni « est jeune et joli garçon ». Mais l’amour n’a rien à voir dans ces épousailles, tout est question d’accords marchands et de relations politiques. Mais voilà, Bianca aimerait mieux connaître son fiancé ; et sa marraine a une solution pour ça. Elle possède une peau d’homme ! Pas un déguisement, une véritable peau, au teint hâlé et aux cheveux bouclés, qu’une jeune femme peut revêtir pour redécouvrir le monde du point de vue masculin. Une possibilité de devenir, pour un moment, un véritable homme, avec tout ce qu’il faut comme corpulence, muscles ou attributs sexuels !

Devenue Lorenzo, Bianca doit réapprendre à occuper l’espace, à marcher les pieds écartés, à garder le menton haut... et à appréhender cette « bosse arrogante » au niveau du pubis, qui la fera s’interroger : « Et on ose dire que les femmes d’habillent de façon impudique ? » C’est donc ainsi « vêtue » que Bianca connaîtra mieux son futur mari. Un homme sympathique et agréable mais surtout... clairement homosexuel !

Pas évident en pleine période de l’Inquisition, et alors que le frère de Bianca, Angelo, jeune prédicateur un brin illuminé, impose peu à peu à la joyeuse cité, des mœurs on ne peut plus strictes. Montrer de la chair est pour lui indécent, surtout chez les femmes – « tentatrices », « démons en jupon », « corruptrices »... Au point qu’il finit par leur imposer le voile, faire tondre et fouetter les épouses adultères et expulser les putains. Une situation qui mènera Bianca, ainsi que son alter-ego Lorenzo, à se révolter ; ce qui finira par changer non seulement le futur de sa ville, mais surtout, sa vision du monde. Ses relations avec son mari, ses amies, ses parents, sa ville... en seront bouleversées. De fille soumise, Bianca va devenir une femme qui ose !

Toute cette histoire avec ce retour à un religieux liberticide, cette « morale » à géométrie variable selon qu’on soit homme ou femme... font miroir à notre société du XXI^e siècle. Et de nombreuses questions sur la liberté des femmes, leur jouissance, sur les droits des gays et de tous ceux dont les pratiques amoureuses ou sexuelles ne



Dessins extraits de l’album

semblent pas correspondre à la « normalité » demeurent. Le patriarcat a bien survécu aux cinq siècles qui nous séparent de Bianca !

Un message capital que nous lègue Hubert, sans lourdeur, mais au contraire avec humour, finesse, intelligence. Le tout porté par le dessin de Zanzim à la ligne claire « décomplexée », aux cases parfois évanescentes et aux décors pleins de profondeur. Un album léger et savant à la fois. Une ode à la tolérance !

Peau d’homme de Hubert et Zanzim ; Glénat, juin 2020 ; 160 pages, 27 euros ; ISBN : 978-2-344-01064-8

Musées

Folk-leurre

Loïc Millot

Ouvert au public depuis le 12 juin, le Centre Pompidou-Metz peut enfin dévoiler l’exposition *Folklore*, dont la cérémonie d’inauguration au mois de mars avait été suspendue en raison de la pandémie. Conçue en partenariat avec le Musée des civilisations de l’Europe et de la Méditerranée de Marseille (Mucem), la manifestation rassemble, jusqu’au 4 octobre 2020, des objets de la vie quotidienne aux côtés de productions artistiques et intellectuelles les plus variées (ouvrages, tableaux, sculptures, cartes, dessins...). Le parcours, qui s’étend à tout l’espace de la galerie 2, va de l’école de Pont-Aven aux expérimentations algorithmiques les plus récentes de l’artiste polonais Janek Simon.

L’exercice curatorial s’avérerait périlleux, compte tenu des nombreuses controverses auxquelles se prête le terme de « folklore ». Signifiant littéralement « savoir du peuple », il désigne à la fois un objet d’étude et une discipline qui renvoie aux origines de l’ethnographie. Apparenté à la tradition, et donc au passé, le folklore devient pourtant une source d’inspiration féconde pour les pionniers de la Modernité, en quête d’authenticité en cette fin de siècle marquée par les révolutions industrielles.

C’est dans le village de Pont-Aven que se constitue le mouvement nabi, puis dans un hameau plus reculé encore de Bretagne, à Le Pouldu, où Gauguin et Paul Sérusier s’installent en 1889. Dans une lettre adressée à Émile Schuffenecker, Gauguin exprime en ces termes l’attrait qu’exerce cette région : « J’aime la Bretagne, j’y trouve le sauvage, le primitif. Quand mes sabots résonnent sur ce sol de granit, j’entends le ton sourd, mal et puissant que je cherche en peinture. » Quelques années plus tard, poursuivant toujours plus loin sa quête du primitif, le peintre-marin finira par rejoindre les îles Marquises. La première salle réunit ainsi différents témoignages de ce mode de vie primitif : auprès de rustiques sabots reposent des broderies et des céramiques que l’on retrouve dans un dessin au fusain de Gauguin (*Jeune Bretonne assise*, 1886) comme dans les toiles de Sérusier inspirées des légendes et coutumes locales (*La guirlande de roses*, 1898 ; *Les Mangeurs de serpents*, 1894). Contre l’académisme régnant dans les arts, le recours au folklore vient fonder une modernité paradoxale.

La salle suivante conduit aux terres de Vassili Kandinsky, qui débuta sa carrière en Russie en tant qu’ethnographe. En 1889, prenant part à une expé-



Valentin Carron (*Blind bear*, 2000, à gauche) côtoyant une *Colonne sans fin* (début du XX^e siècle) de Constantin Brancusi

dition dans la région de Vologda, qui borde le lac de Koubenskoïe, il découvre la culture finno-ougrienne des Komis et se passionne pour leurs productions artisanales. Vingt ans plus tard, la maison qu’il occupera en Bavière avec sa femme, Gabriele Münter, en conservera le souvenir. Une importante collection d’objets artisanaux où cohabitent jouets, sculptures, estampes et icônes, y est abritée. De très beaux tableaux de petit format sont présentés de cette période antérieure à l’abstraction. Ils sont assortis d’une série de médaillons réalisée dans les années 20, dont la forme et certains motifs évoquent les tambours décorés utilisés en Sibérie lors de transes chamaniques. Loin d’être propre à Kandinsky, cet intérêt pour le folklore sera largement partagé par les autres membres du *Blaue Reiter*.

Né en Olténie, dans le sud-ouest de la Roumanie, Constantin Brâncuși a puisé son inspiration dans l’artisanat de sa région d’origine, où le moindre objet de la vie quotidienne se prête à une ornementation végétale ou animale – broderie, céramique, instruments de musique, cuillères... C’est là, également, que son arrière-grand-père exerçait le métier de bâtisseur d’église en bois. Un portail en chêne massif, daté de 1884, nous donne ici un bel aperçu du travail effectué par les paysans des Carpates à cette époque. Brâncuși s’en imprègne pour concevoir les formes abstraites et sérielles de sa *Colonne sans fin* – une sculpture que le spectateur pourra contempler à l’étage inférieure où elle est exposée dans le cadre de l’exposition *Des mondes construits – Un choix de sculptures du*



Contre l’académisme régnant dans les arts, le recours au folklore vient fonder une modernité paradoxale. Le Centre Pompidou Metz lui consacre une exposition

férents usages et contextes du folklore. Tel est par exemple le sens de la section intitulée « Le folklore en eaux troubles ». L’artiste albanais Endri Dani nous met ainsi en garde contre la prétendue authenticité du folklore en effaçant systématiquement les vêtements traditionnels dont sont affublées les figurines commercialisées dans son pays. De même, lorsque nous abordons la propagande pétainiste des années 40 qui vante la terre et les paysans français de préférence (« La terre, elle, ne ment pas », peut-on lire). On se détendra peu après en faisant un petit détour humoristique par la Suisse, véritable fabrique à folklore, entre chalets, horloges à coucou et cloches à vache... au bout duquel se dresse *Lours aveugle* (2000) de Valentin Carron. Plus avant, on rencontrera des esquisses de Lorraines exécutées au milieu du XIX^e siècle par François Hippolyte Lalaisse, des Espagnoles vues par Gontcharova, des costumes d’Yves Saint Laurent d’inspiration traditionnelle, des photographies de Genica Athanasiou prises par Man Ray, sans oublier les bannières confectionnées à la main par Ed Hall pour des syndicats et associations : « Sex workers of the world unite – We’re on sex strike », est-il écrit sur l’une d’entre elles. Le port du masque est obligatoire pour accéder à l’exposition.

L’exposition *Folklore* à la galerie 2 du Centre Pompidou-Metz dure jusqu’au 4 octobre 2020 ; centrepompidou-metz.fr/folklore. Des mondes construits s’étend jusqu’au 21 août 2021.

Kino

Körperkultur

Marc Trappendreher

Der chilenische Regisseur Pablo Larraín legt mit *Ema* seinen neuen Film vor: Die titelgebende Ema (Mariana Di Girolamo) lebt zusammen mit ihrem Freund Gastón (Gael García Bernal). Beide leiten eine Tanzschule, die sich auf expressive Körperkultur konzentriert. Es läuft gut, aber beide sind an einem Nullpunkt angelangt, sie sind nur noch ein Schatten ihrer selbst. Nachdem sie einen Jungen erst adoptiert und dann wieder freigegeben haben, sehen sie sich mit einer Leere konfrontiert, die sie nicht mehr zu füllen wissen...

Regisseur Pablo Larraín kann man – mit Blick auf sein 2015 inszeniertes Biopic um Jackie Kennedy mit Natalie Portman in der Hauptrolle – als einen Filmmacher beschreiben, der gerne die weibliche Perspektive einnimmt. Für 2021 wurde sein nächstes Projekt *Spencer* angekündigt, ein weiteres Biopic um die Prinzessin Diana mit Kristen Stewart in der Rolle der Lady Di. Der Filmtitel zementiert auch bei *Ema*, dass Larraín aus der Sicht der Frau erzählt, der männliche Part, seine Gefühlswelt, seine Bedürfnisse hingegen bleiben nicht weiter definiert. Die Freigabe zur Adoption, das Weggeben eines Kindes, überlagert diese Beziehung, hat tiefe Risse hinterlassen, und Mann und Frau in einen Zustand der Entfremdung geführt, aus dem sie sich nicht mehr lösen können. Pablo Larraín trifft für diesen Verlust eine klare Bildsprache: Das Kinderbett, das Kinderkarussell sind nur mehr leere Erinnerungsorte an einen Kinderwunsch, der der jungen Frau ihren Lebensinn gibt. Die Situation der Heldin dieses Films ist die einer Bürgerin mit dem aufgestauten Wunsch nach Eintritt ins Normaleben. Weder Sexualität, noch Arbeit, noch Freunde geben aber irgendwie Geborgenheit. Der Wunsch nach einem Kind wird so auch zur Sorge um die eigene Stabilität und Identität. Darstellerin Mariana Di Girolamo spielt das so, dass von ihr ein trauernder Schmerz, aber auch ein gewisses Gefühl

In den 80er-Jahren hätte man angesichts eines Films wie *Ema* von Pablo Larraín vermutlich noch von Stilüberschuss gesprochen, von Form ohne Inhalt

des Aufbegehrens ausgeht. Nichts kann in diesem Gefühlschaos ganz zu sich finden, das zwischen Begierde und Verachtung hin und her oszilliert. Leitmotivisch wird das Feuer zitiert, ein Sinnbild für die Leidenschaft, aber auch für die Verwüstung. Es zerstört, spendet jedoch auch Wärme in dieser Welt, in der alle zwischenmenschlichen Beziehungen aufgehoben zu sein scheinen.

Allein die Anfangsszene will keinen Zweifel daran lassen: Hier haben wir es mit dem Werk eines großen Stilisten zu tun. Dieses Stilbewusstsein, das eines gewissen präntentiösen Moments nicht entbehrt, erinnert in etwa an die Filme von Nicolas Winding Refn oder noch Yorgos Lanthimos, der mit Fil-



Mariana Di Girolamo und Gael García Bernal in *Ema*

men wie *The killing of a sacred deer* oder *Lobster* international auf sich aufmerksam machte. Pablo Larraín arbeitet in weiten Einstellungen und mit langsamen Kamerafahrten. In den meisten Szenen dominiert künstliches Licht, das besonders durch die Neonscheinwerfer gestiftet wird. Das wirkt äußerst artifiziell und kalt, transportiert aber präzise den desolaten Gefühlszustand seiner Figuren. Seine Musik verleiht den Bildern Rhythmus – und Rhythmus braucht dieser Film, wenn man sich nicht ganz in den sorgsam geplanten Einstellungen verlieren möchte. Gewiss, es sind relativ frei losgelöste Momente, die Larraín da stehen lässt und die für den Fortschritt der Handlung schlichtweg keinen erzählerischen Eigenwert haben. In den 80er-Jahren

hätte man angesichts eines solchen Films vermutlich noch von Stilüberschuss gesprochen, von Form ohne Inhalt. Diese Momente narrativen Stillstandes haben dennoch dahingehend konzeptuellen Charakter, da sie Leerstellen markieren, die den inneren Erfahrungsraum des Verlustes, der Abwesenheit eines wichtigen Menschen visuell transportieren. Aber in diesen Bildern kommt auch ferner zum Ausdruck, wie man sich mittels exaltierten Ausdrucksbewegungen des Tanzes von dieser Ver-lusterfahrung zu lösen versucht. Das schafft ganz poetisch eindringliche Szenen, die über einer vermeintlich dünnen Geschichte liegen, aber auf dieser Oberfläche liegt für Larraín die Tiefe – die Bilder sind die Geschichte.

Cinéma

Retour à la normale... ou presque !

Pablo Chimienti

Il est fini, à Luxembourg, le temps où l'on passait simplement devant un cinéma, on voyait qu'un film commençait peu après et on décidait, à l'improviste, de se faire une toile. À moins de vivre du côté de la rue de la Faïencerie au Limpertsberg ou de travailler tout près du rond-point Serra au Kirchberg... – depuis 2004 et la fermeture du Ciné Cité, une séance de cinéma est une activité qui se prépare, pour laquelle on se déplace exprès.

Depuis le 17 juin et la réouverture des cinémas après le confinement, c'est encore plus le cas. Pas beaucoup de nouveautés à se mettre sous la dent – la France n'a déconfiné ses salles obscures que le 22 juin, la Belgique le fera le 1^{er} juillet ; du coup les distributeurs semblent frileux vis-à-vis du Grand-Duché – mais aussi des films qui avaient dû interrompre leur exploitation en mars à cause de la Covid19, ainsi que des reprises de *blockbusters* tels qu'*Interstellar*, *Dunkirk* ou *Parasite*.

Qu'importe, après trois mois de fermeture, l'envie de retrouver la salle, les fauteuil, l'écran géant,... est grande parmi les cinéphiles. Du coup, retour sur l'application de Kinepolis pour réserver une place pour le tout premier soir. À choisir, ce sera le biopic *De Gaule* de Gabriel Le Bomin, avec Lambert Wilson dans le rôle-titre. À la veille du 80e anniversaire du fameux *Appel du 18 juin*, on se dit que ça fait sens.

En quelques clics, la réservation est faite. Ce sera pour 20h30 au ciné Utopia, un horaire inhabituel. D'habitude les séances sont plutôt autour de 19 h, puis de 21 h, mais les nouvelles contraintes sanitaires – nettoyage des salles après chaque séance, décalage des différentes séances afin de minimiser les flux de circulation au sein du complexe, etc. – font que chaque salle peut accueillir un maximum de trois séances par jour. Dès l'achat finalisé, on reçoit un mail de confirmation. Le film, la séance, la place demandée, tout est bon ! Mais juste en dessous on découvre un bandeau nouveau : « Happy to see you again » nous dit-il (c'est gentil !) et puis : « Informations importantes : Nous vous deman-

dons de venir maximum 30 minutes avant votre séance. Suivez les instructions de nos employés et vérifiez toutes nos mesures de sécurité » À la fois rassurant et un peu angoissant. Mais bon, la réservation est faite.

Et ce n'est pas fini. La veille de la réservation, nouveau mail : « Informations importantes concernant votre visite ». Un bandeau rappelle une nouvelle fois, à travers des pictogrammes, les différentes règles et recommandations d'hygiène. Puis ce texte : « Il est presque l'heure pour votre visite à Kinepolis ! Nous sommes heureux de vous accueillir à nouveau. Afin de rendre votre visite au cinéma aussi sûre et détendue que possible, nous aimerions vous demander de prêter attention aux points ci-dessus, afin que nous puissions garantir la sécurité de chacun. Nous vous demandons également de rester à la maison si vous rencontrez l'une des situations



Mises en garde à l'entrée du cinéma Utopia

suivantes : Symptômes de rhume, telles que toux et/ou mal de gorge. Fièvre. Cela s'applique également si quelqu'un au sein de votre ménage rencontre ces symptômes. » Décidément, on ne rigole pas avec les nouveaux protocoles sanitaires !

Le jour J arrive. Les cinémas ont rouvert. Les premiers contacts sur les réseaux sociaux commencent à annoncer leur présence à telle ou telle séance. On a hâte. Mais, pas de chance, à 18h30, nouveau mail de l'exploitant : « Nous tenons à vous informer que malheureusement nous devons annuler la séance de ce soir de DE GAULLE dû à un problème technique ». Qu'à cela ne tienne. Un petit échange de mails plus tard, le ticket est changé, finalement la reprise se fera à 20 heures avec *Ema*, du chilien Pablo Larraín.

Comme demandé, on arrive 30 minutes avant la séance. Trois personnes discutent à l'entrée du cinéma, tous portent le masque, comme les différentes affichettes le rappellent à peu près partout dans les lieux. Personne aux caisses. Direction le bar. Pour ça il faut suivre le fléchage et passer ses mains par le gel hydroalcolique mis à disposition. Le ticket réservé est bien là avec les employés, masqués eux aussi. Dans les recommandations, le cinéma demande aux visiteurs d'acheter leurs menus *KineGo online* – ça marche pour les Kinepolis, pas pour Utopia –, mais le bar est ouvert. Pas de sandwichs, ni de quiches, mais les glaces, gourmandises et boissons habituelles sont, elles, bien en place et prêts à être vendues ; à condition que le spectateur paye en carte bleu. Les tickets sont aussi en vente.

Un petit passage préventif aux toilettes s'impose. C'est plus compliqué. Les toilettes sont limitées à un maximum de quatre personnes – comment savoir combien de personnes se trouvent à l'intérieur avant d'y être entré ? et puis, où attendre sans bloquer le passage si c'est complet ? La moitié des urinoirs, des toilettes et des lavabos sont condamnés, le sèche-main électrique volontairement à l'arrêt et remplacé par un distributeur de serviettes en papier. Et puis,

Après trois mois de fermeture, l'envie de retrouver la salle, les fauteuils, l'écran géant,... est grande parmi les cinéphiles

impossible de retourner vers les salles 1 ou 2 du complexe en respectant le circuit fléché à la lettre. Heureusement il n'y a pas trop de monde.

On entre enfin dans la salle 2. On s'installe à sa place – il ne faut surtout pas s'asseoir ailleurs ! – et on peut, enfin, enlever son masque. On retrouve enfin une certaine normalité. Malgré les recommandations des spectateurs arrivent encore pile à l'heure de la séance. On sera dix dans la salle. Deux couples, un trio et le signataire de ces lignes. Pas de quoi s'inquiéter de la distanciation. Mais honnêtement, on a aussi connu des séances avec bien moins de monde avant le confinement !

Une seule pub à l'écran, pour l'Armée luxembourgeoise, beaucoup de bandes annonces et encore les recommandations sanitaires dont une nouvelle – ne vous levez pas de votre place avant que la lumière soit à nouveau allumée. Enfin le film. Chut, ça commence ! Pendant 1h42, on oublie le confinement, le coronavirus, les problèmes personnels. La magie du cinéma opère toujours. Reste que l'actualité se rappelle rapidement à nous. Après quelques secondes de générique de fin, celui-ci s'arrête d'un coup. Un nouvelle diapo nous rappelle de remettre le masque, de quitter la salle en gardant les distances, etc. Le reste du générique attendra. Une proje étonnante pour sûr. Mais pour l'heure, c'est ça ou rien !

Binge-watching

Das Schicksal ist alles

Ende des 9. Jahrhunderts besetzen die Dänen die angelsächsischen Königreiche von Northumbrien, Mercien und Wessex. Die gewaltvollen Überfälle werden von Historikern gern in einem größeren Kontext betrachtet, denn im Grunde geht es nicht allein darum, eine heidnische Gefahr für die eigene angelsächsische Existenz abzuwenden, es geht um das Werden einer gesamten Nation. Basierend auf den historischen Romanen der *Saxon-stories* des britischen Bestseller-Autors Bernard Cornwell begründet die auf Netflix abrufbare britische Serie *The last kingdom* in besonderer Weise, dass gut geschriebene Charaktere und die gewissenhafte Übernahme des literarischen Stoffes keine Fragen des Budgets sind – die Autoren von *Game of thrones* hätten davon lernen können.

In groben Zügen ist *The last kingdom* auch in der Folge des Brexit-Verfahrens zu lesen

Im Mittelpunkt von *The last kingdom* steht der Werdegang des angelsächsischen Kriegers Uhtred von Bebbanburg (Alexander Dreymond), der bei den Dänen aufwuchs und durch einen Schwur an den König von Wessex, Alfred den Großen (David Dawson), gebunden wird. Unter dessen Befehl soll er die Pläne für ein vereinigtes englisches Königreich auf dem Schlachtfeld verwirklichen und die heidnischen Eindringlinge vertreiben. Parallelen zur kanadischen Serie *Vikings* lassen sich, trotz der invertierten Erzählperspektive, umstandslos anschlagen. Manche Figuren sind sogar identisch. Die britische Serie ist aber seinem Authentizitätsanspruch – besonders auffallend sind da die Formationen im Schildwall oder die altertümlichen Stadtnamen – stärker verpflichtet, als *Vikings* das jemals sein möchte. Für diesen Krieger Uhtred sind die Tugenden eines Ehrenmannes prägend: Treue, Respekt, Autonomie. Er ist der tatenreiche Held, nicht nur weil er sich behauptet, sondern weil er sich hingeben kann für die Sache. Er weiß das Nötige zu tun, sich der List zu bedienen, um zu den Zielen zu gelangen. Jedoch sind es seine persönlichen Interessen und Verwicklungen, die für Uhtred oft am Beginn der Konflikte stehen; seine Rachegeüste, sein Eigennutz, seine Verfehlungen destabilisieren den ohnehin schon brüchigen Frieden und lösen noch mehr Gewalt aus. Im weiteren Handlungsverlauf übernimmt aber die Tochter des Königs, Æthelflæd (Millie Brady), immer mehr Einfluss und beweist dabei ein weibliches Geschick in der Diplomatie. Und tatsächlich ist dies neben dem Schwert die einzige Waffe, die in dieser harten Welt zur Verfügung steht, um dieses Projekt des Vereinigten Königreichs zu realisieren: die Kommunikation.

Der Verrat, die Vorspiegelung von Gemeinschaft zum Zwecke des eigenen Vorteils, das Misstrauen gegeneinander und die daraus erwachsende Bereitschaft, jeden noch so listigen Trick gegenüber dem anderen anzuwenden, sind Ausdrücke eines großen Machtkampfes in der Entstehungsgeschichte dieses Englands, in dem Uhtred sich bewegt. Er dient sich selbst und der Sache, er ist ein tiefst in sich hin- und hergerissener Mensch. *The last kingdom* zeigt ferner, wie diese Gesellschaft zusammenwächst, ihre inneren Widersprüche zurückgedrängt werden, wie egoistische Menschen das gemeinsame Ziel mehr und mehr als Bindeglied begreifen und für das große Gefühl der geschlossenen Gemeinschaft eintreten. Die Frage nach dem Kampf um den Herrschaftsanspruch des Landes verbindet sich für den Helden so aber auch mit der Frage nach der eigenen Identität: Wem ist dieser Uhtred, Sohn eines angelsächsischen Fürsten und Mündel eines Wikingerführers letztendlich zugehörig?

In groben Zügen ist die 2015 gestartete und immer noch andauernde *BBC*-Serie auch in der Folge des Brexit-Verfahrens zu lesen, als ein Ausdruck einer geteilten Nation, die nach Stabilität und Einigkeit strebt. Nicht umsonst lädt die Serie seine Bilder auch mit pathetischer und mitunter fast schon sakralen Musik auf, findet prachtvolle Landschaftsaufnahmen. Das ganze Geschehen steht unter dem großen Zeichen der gottgewollten Vorsehung, denn wie heißt es wiederkehrend in *The last kingdom*: Das Schicksal ist alles. Marc Trappendreher

Portrait

Another fine mess

Janine Goedert

Currently the UK seems to be facing nightmare after nightmare – with Boris Johnson at the helm. The little boy who dreamt of being world king became the man who fought to be PM. Yet now that he has reached the very top, he fails to live up to most people’s expectations. Any modern-day Shakespeare is bound to find plenty of inspiration here!

The Johnson Family Coming first and winning prizes mattered more than anything else in that hothouse. Both Boris’s parents, Charlotte and Stanley, went to Oxford, as did their four children. The greatest irony in the Brexit context remains the fact that Stanley worked for the European Commission in the 1970s, so Boris attended the European School in Brussels for a few years before he was packed off to a preparatory boarding school in England after his mother, who suffers from depression, had a nervous breakdown.

Stanley was a father so pushy that he had Ashdown House prep school change their policy and also offer a place to Rachel, Boris’s sister, though they only took boys at the time. The Johnson parents divorced in 1980. Charlotte, a painter, was diagnosed with Parkinson’s disease when she was forty. Both parents remarried, and Stanley had two more children.

Education Boris went on to Eton and then read Classics at Balliol College, Oxford. In both places he was a contemporary of David Cameron’s. Remember that Bullingdon Club photo – young, blasé and privileged, miles away from the recent “man of the people” shtick.

The Love Life How many children does BJ have? – It is the one question that will never appear in a pub quiz since no one knows the answer. Yet lying about affairs and multiple girlfriends has never harmed this Teflon man. He might have lost various jobs on the way, but always bounced back with the same aplomb after lying low for some time. Ruthlessness wrapped in Latin quotes and catchy slogans – to be repeated until he chickens come home to roost.

The Party The Conservative Party adopted the buffoonish feel-good politician as their best hope to win the 2019 general election. Johnson duly delivered – ending up with an 80-strong majority. But that was then. Now many Tory MPs complain about the government’s handling of the Covid19 outbreak. Besides, they feel that they are but rarely consulted; some accuse the PM of throttling business by not lifting lockdown measures sooner. The latter’s cluelessness about health policy is making a whole Party feel restless and scratch their heads. Clearly, the sheen has come off.

Cummings Is the chief adviser really the dark force at the heart of Downing Street? Rumour has it that Boris cannot do without Dom, who serves as his ideas man and who routinely shelters him from gaffes.

But now there is another chapter to the Cummings saga: Not only did he drive his family from London to Durham at a time when he believed both he and his wife were ill; he also took his wife and son to a castle on her birthday, seemingly to test his eyesight. All this happened at the height of lockdown when everyone else was only allowed to walk to their local supermarket!

The most loyal ministers were swiftly paraded in front of TV cameras to defend the indefensible. Luckily for the government, the Durham police played into the politicians’ hands. In the end, the senior strategist and his abrasive style survived, but Johnson’s popularity figures plunged.

Perhaps the most revealing clue about the man is the fact that during that surreal press conference held in the Downing Street rose garden (for which he made journalists wait for over 40 minutes in true diva-like style) Cummings bragged about warning against a pandemic over a year ago, only for journalists to reveal that the post on his personal blog from March 2019 had been tinkered with this April to add a reference to the Sars coronavirus. How brazen and self-obsessed can you get?

“We follow the science.” Of course, Johnson keeps saying that it is too early for international comparisons, but wherever you look and however you interpret the figures, England has done appallingly, ending up with the highest death toll in Europe: no PPE for health and care workers on the frontlines, no protective ring around care homes, Bame staff dying at a shockingly high rate....

While the PM himself was battling coronavirus in St Thomas’ Hospital, the country held its breath, but since then more and more uncomfortable questions have kept cropping up. For weeks now many commentators have identified the hapless Health Secretary, Matt Hancock, as the most likely fall guy in this terrible mess.

Clearly, at least some of the scientists and health officials that ministers flank themselves with so proudly at the daily coronavirus briefings have had enough. In carefully phrased yet uncompromising comments, two of them distanced themselves from the Cummings fiasco. Not surprisingly, they have not been seen at those lecterns ever since!

The Government Johnson’s government is often described as second-rate.

It has certainly been shocking to see several ministers repeatedly flounder in TV interviews during the current crisis. Some resorted to grinning or nervous laughter, exposing their own ignorance and what came across as perfect insouciance. As a result, these very TV programmes have been declared off-limits by the Downing Street machine.

It appears that being a staunch Brexiteer was the key qualification for a job at the Cabinet table: Priti Patel, Dominic Raab, Michael Gove (Johnson’s erstwhile ally, then rival, now ally once more) and Gavin Williamson, the Education secretary, who is best known for keeping a pet tarantula called Cronus...

Rishi Sunak is the only one that escapes sneering criticism in the British media, but then he is in charge of the money and is already being talked about as a possible successor to the top man!

The Language “Fantastic!” “World-beating!” “Superb!” – Hyperbole, here we come!

Yes, Johnson’s rhetoric is much more sophisticated, but it can also be as repetitive and absurd as Trump’s. He loves to beat the nationalist drum not only by

Boris Johnson or how the little boy who dreamt of being world king became the man who fought to be PM

having his grey RAF plane repainted red, white and blue and by announcing a “world-beating” home-made track and trace programme (which, by the way, has just been abandoned), but by spreading optimism all round.

And then, the PM is certainly not a details man. While Theresa May was famous for swotting away at reports and briefs, Johnson prefers to take time off. Not surprisingly, perhaps, since he’s just become a father again!

U-Turns Let’s just mention two of the most humbling ones: First came the scrapping of the NHS surcharge for foreign health workers and social care staff coming from outside the European Economic Area. Since, like everyone else, these staff are already paying tax and national insurance, they have, in fact, been charged twice for any NHS treatment ever since the fee was introduced in 2015.

Clapping for carers and other key workers on Thursdays and then making them pay extra to use the very service they are working for became untenable once Covid19 struck. It appeared to penalise people who were risking their lives day in day out. Yet the previous afternoon Johnson had still been defending the fee in the Commons as the right way forward to boost NHS funds. What a difference a day makes in politics!

And then over a week ago Marcus Rashford, the Manchester United forward, took on the government with his campaign for free school meals to also be provided for the poorest families over the summer holidays this year. Initially Number 10 rejected the plea, only to quickly retreat once Tory MPs threatened to rebel against the government.

The Opposition Keir Starmer, the new Labour leader, might turn into Boris’s nemesis. The former human rights barrister is the very opposite of the PM in many ways: he lacks bonhomie and smiles but rarely. “Touchy-feely” is not an adjective you would ever use to describe him. Yet the contrast between the two men might ultimately work in Labour’s favour as it highlights the current PM’s flaws. In any case, the latter has started to feel awkwardly self-defensive, even petulant, when facing criticism at PMQs, the weekly Prime Minister’s Questions in the Commons.

The Future? Johnson has particularly battered looks these days, and it is not just due to the trademark ruffled hair! Optimism is in short supply wherever you look. In fact, many fear that the Corona mess will swiftly be followed by a Brexit hullabaloo. The bumbling showman with the cavalier attitude must be the only person left on earth to still see himself in Churchillian terms.

Livres

Le Khazar et le Yéménite



Tel Aviv, Sderot Rothschild, le Hall de l’Indépendance, en rénovation

Lucien Kayser

Quoi demander en premier à un roman policier ? Des images aident à mettre sur la voie, d’un écheveau à démêler, dont les fils doivent être dépliés, ou en sens contraire, de pièces d’un puzzle aboutissant à une image qui dans sa cohésion apporte la solution. Au bout des pages où il faut que le suspense ne fasse que monter, de même que notre inquiétude. C’est son premier polar, mais l’Israélien Shlomo Sand s’y avère maître d’emblée. Deux professeurs d’université de tués, à vingt ans de distance, en plus le frère de l’un d’eux et une étudiante du département d’histoire. Un commissaire arabe israélien qui piétine longtemps, et des lecteurs qui, même quand ils auront compris, se demandent encore comment l’assassin pourra être pris.

La mort du Khazar rouge, c’est quand même plus qu’un polar bien, très bien ficelé. Ce qui compte au moins autant, c’est l’arrière-fond où cela se joue. Car Shlomo Sand, l’auteur, a lui-même été enseignant, prof d’histoire à l’université de Tel Aviv. Il ne connaît pas seulement le milieu dont il donne une peinture sans doute proche de la vérité, même si le regard ne manque pas d’acidité. Il y a plus, une épaisseur qui vient des livres de l’historien Sand, et eux non plus ne manquent pas de causticité. N’a-t-il pas posé la question dans ses essais, naguère, comment le peuple juif fut inventé, comment la terre d’Israël le fut à son tour ?

Et comme si le professeur, émérite, en avait eu marre de l’estrade, le voici qui se fait plaisir, nous fait plaisir et réfléchir, dans un registre qui, pour être romanesque et policier, n’en est pas moins lourd d’interrogation et de signification, et notre lecteur en prend un sacré tour, en plus à quelques jours seulement du premier juillet, et de l’annexion (ou par euphémisme de l’extension de souveraineté) par Israël d’une partie de la Cisjordanie, peut-être même de la vallée du Jourdain. De ce qu’on appelle les territoires occupés, avec leurs colonies juives. À moins que Trump ne freine Netanyahu, ayant actuellement d’autres chats à fouetter.

Le rapport de tout cela aux meurtres d’Yitzhak Litvak, de Yéhouda Guershoni ? Les deux professeurs sont homosexuels, mais cela mènerait plutôt sur une fausse piste (si l’on s’y tenait). L’un a travaillé et publié sur les Khazars, peuple semi-nomade d’Asie centrale qui s’est converti au judaïsme et l’a établi comme religion d’État ; l’autre sur le royaume de Himyar, royaume juif yéménite aux IV^e – VI^e siècles, et l’émigration en Palestine, autour de 1900. Les deux en arrivent à mettre en doute l’exil des Juifs après la prise de Jérusalem par les Romains, leur exil et après leur errance le retour dans la terre promise. Là-dessus, l’assistant juif du commissaire de se reconnaître des traits berbères et de conclure : nous sommes presque tous des descendants de goyim convertis.

D’un coup, plus de peuple juif, et pour le dire d’après Simone de Beauvoir, on ne naît pas juif, on le devient. L’assistant encore de plaisanter, assez féroce, au sujet des Falashas ou Juifs éthiopiens, pas de simples Noirs africains, « mais des Juifs authentiques, de la semence du roi Salomon, qui avait eu le temps de baiser la reine de Saba avant qu’elle ne parte de Jérusalem ».

On aura compris l’entreprise de Shlomo Sand, de défaire les mythes d’origine, essentialistes, « nos ancêtres les Gaulois », pour quitter Israël. Seulement, pour le pays du Moyen-Orient, le territoire entre Méditerranée et Jourdain, cela a d’autres conséquences. Si l’historiographie officielle n’est que construction fallacieuse, toute une argumentation s’écroule. Et si déjà le droit international s’oppose à l’annexion, il y aurait d’autres raisons, plus solides, inscrites dans l’histoire, pour s’y opposer. Et qui viendraient contredire la loi sur l’État-nation juive votée en 2018.

À ce jour, toutefois, les pays européens en sont restés aux avertissements, et après, devant le fait accompli, ils vont exprimer leurs regrets. Et le conseil de sécurité, s’il en est chargé, se heurtera au veto américain. Y aura-t-il des heurts, des affrontements dans la région, on n’en sait rien. Ce qui est certain, c’est que la solution des deux États, palestinien et israélien, vivant côte à côte dans des frontières sûres et reconnues, en prendra un sale coup, deviendra quasi impossible. Quant à l’espérance d’un État binationnel démocratique, du *wishful thinking*...

La mort du Khazar rouge de Shlomo Sand vient de paraître en poche dans la collection Points des Éditions du Seuil, 456 pages ; 8 euros ; ISBN : 978-2757878514



Johnson has particularly battered looks these days, and it is not just due to the trademark ruffled hair!



STIL



Um die Kundschaft nach dem Lockdown wieder in die Läden zu locken, hat der Mittelstandsminister die Kampagne „Smile again“ ins Leben gerufen

Konsum als patriotische Pflicht

Ines Kurschat

„Smile again“ heißt die Kampagne mit dem knallgelben Smiley, mit der Mittelstandsminister Lex Delles (DP) dem Einzelhandel und den Luxemburger Kleinunternehmen unter die Arme greifen will. Der Gedanke dahinter ist löblich: Mit kleinen Firmenporträts soll die hiesige Kundschaft nach dem wochenlangen *Lockdown* wieder in die Geschäfte gelockt werden.

Eine Luxemburger Version des *Think global, Act local* in rot-weiß-blauen Nationalfarben, nur dass die Charme-Initiative steif und inszeniert wirkt und Michel Reckingers ausdrückliche Aufforderung, im eigenen Land einzukaufen, leicht nationalistisch klingt. Trotz Pflegepersonal aus der Region Grand-Est – beim Bemühen, der Wirtschaftslaute zu entkommen, ist jedes Land sich selbst das nächste. Denn trotz 136 Millionen Soforthilfe in Form von Notkrediten scheint eine Pleitewelle im Handel nur eine Frage der Zeit.

Um dem zu trotzen, denken einige Geschäftsinhaber/innen um: Not macht erfinderisch, heißt ein altes Sprichwort, viele Geschäfte haben ihr Online-Angebot erweitert, und im Hotel- und Gaststättengewerbe haben manche tatsächlich charmante Wege gefunden, Social-Distancing-Auflagen, Maskenpflicht und freundlichen Kundenservice miteinander zu verbinden. Manch ein Café war „ready“ und hat direkt nach den ersten Lockerungen auf gemühtlichen Straßenverkauf umgestellt; Sitzgelegenheit vorm Fenster inklusive. Solche Ideen kommen bei der Kundschaft an, davon zeugen die Schlangen, die sich schon morgens vor dem Lokal bilden.

Auch im Bahnhofsviertel zeigen kleine Läden, dass sich Mehraufwand lohnt: Ein türkischer Imbiss hatte ebenfalls früh auf Straßenverkauf gesetzt, Plexiglasabtrennungen zwischen den Tischen sorgen dafür, dass sich die Kundschaft trotz Covid-19 sicher genug zum Verweilen fühlt. Das Eckcafé mit Blick auf den Luxemburger Bahnhofskiez läuft traditionell gut, sobald die ersten Sonnenstrahlen kitzeln. Und Sonne und blauen Him-

mel gab es während dieser Pandemie reichlich. Außerdem ist es weit genug weg von den riesigen Baugruben, mit der das Tramvorhaben die Nerven der Kunden und Lokalbesitzer strapaziert.

Wer früh genug in den Startlöchern war, scheint schneller wieder an Boden zu gewinnen. Eine Brasserie in Bonneweg hatte mit Weinausschank gleich nach der Aufhebung der kollektiven Quarantäne begonnen, nach dem Motto: Ertränken wir unsere Sorgen; abends ist auf der Terrasse kaum mehr ein freier Platz zu finden.

Wie ökologisch oder nachhaltig konsumiert wird, ist dabei Nebensache: Hauptsache, das Geld geht über eine luxemburgische Ladentheke. Das Gerede vom pandemiebedingten Neuanfang; eine Stunde Null gab es nicht und wird es nicht geben: Die Luxair lädt zum grenzenlosen Fliegen ein, als habe es die Klima-Proteste und das Pariser Umweltschutzversprechen nie gegeben, Werbelkitschen faseln nach zwangsweisem Autofasten von wiedergewonnener Freiheit. Derweil kündigen kilometerlange Staus auf den Autobahnen die Rückkehr der Pendler/innen an und lassen die neue Normalität wie eine Drohkulisse aussehen.

Andere denken sich, nach Corona ist vor Corona. Es ist verzwickt: Um zahlungsfähige Kundschaft anzulocken, müssen Geschäfte Präsenz zeigen und sich mehr als sonst in Szene setzen. Das kostet Energie und Geld. Inhaber/innen mussten Angestellte entlassen oder Schulden machen, um das Personal im Lockdown bezahlen zu können. Manche Schaufensterauslage ist unverändert, um Punkt sechs werden die Stühle hochgestellt.

Das geht vielleicht eine Zeit gut; aber wie meistens in der Krise dürfte es die kleinen Läden später besonders hart treffen. Oder es ergeht ihnen, wie jüngst ein Leserbriefautor schrieb: Weil sein auserwähltes Restaurant nach dem *Lockdown* an starren Öffnungszeiten festhielt, buchte er kurzerhand einen Tisch auf der anderen Seite der Mosel. Ist, von dort aus gesehen, auch lokal.



Le concept

D'abord il y eut le douloureux départ de son père Pierrick, pionnier de la haute gastronomie au Grand-Duché. Peu après, le covid-19 vint paralyser les activités dans son restau alors qu'elle avait déjà remis les clés de son second lieu à nouvel exploitant. Et finalement, Katell Guillou a été boostée pendant cette trêve de travail par un regain d'énergie, se disant qu'il fallait faire bouger les choses et ajouter une âme supplémentaire à son lieu prisé, lui insuffler une nouvelle jeunesse. Ainsi commença-t-elle par se tourner vers le beau parc à l'arrière, dont il faudrait profiter un maximum après le déconfinement, distanciation maximum oblige entre les tables. On y ferait des barbecues, mais surtout allait-on ajouter une barque sur le petit étang dans laquelle deux invités pourraient emmener un panier picnic et déjeuner ou dîner en toute intimité. L'idée à peine mise-en-place, il se mit à pleuvoir des réservations et il va falloir se précipiter pour réussir à y faire collation en toute intimité avant fin de saison estivale. L'autre idée ne trouvera son vrai essor qu'à la rentrée de septembre, lorsque l'on retournera dans l'intérieur douillet du Guillou campagne et que chaque dimanche soir la déco sera adaptée pour un dîner exclusivement composé d'un amuse-bouche, d'un couscous maison et d'un dessert léger (pour 55€). Le couscous à la carte ayant fait un tabac, Katell va faire évoluer et adapter la formule et lui donner une exclusivité tous les dimanches soirs. L'ayant goûté, je peux vous assurer qu'il mérite qu'on remette les couverts. Rendez-vous fin septembre. GD



Le service

L'un, Clovis Degrave, s'est fait connaître comme jeune chef à l'Hostellerie du Gruenewald. L'autre, Jens Busch, oeuvre dans un secteur plus technique et aime manger. Un jour, Jens s'est dit que les retrouvailles en famille restaient frustrantes pour ceux qui se retirent derrière les casseroles et il a fait appel à un chef à domicile. En en parlant à Clovis, les deux se sont demandés s'il ne serait pas astucieux de centraliser les demandes du genre et de dispatcher en réseau les disponibilités et possibilités des restaurateurs. Ils ont commencé à élaborer un schéma de travail et à contacter une douzaine de cuisiniers parmi les plus prestigieux du pays, certains étoilés, d'autres pas loin de l'être. Entrent en jeu Michael Williquet, fine bouche namuroise qui a rejoint le groupe gastronomique Food-a-mental en l'assistant dans la mise en images de ses projets, et Virginie Carvalho, qui s'est faite remarquer ces dernières années en bichonnant l'image de l'empire Cocottes et des restaurants y attachés à travers sa boîte Ideabox. Le 15 juin, jour où les frontières se sont ouvertes au sein de l'Europe (dite) unie, ils ont présenté ensemble leur bébé appelé Cartes blanches - Restaurants come to you. Que l'on soit personne privée ou société, le choix y est facile : on désigne un restau avec ses propositions, on remplit une fiche avec ses desiderata et on envoie en attendant la réponse avec les possibilités offertes. Après, on n'a plus qu'à s'attabler, la maison choisie pouvant tout assumer, car elle amènera vaisselle et vins si cela est désiré. www.cartesblanches.lu GD



La reprise

Désireuse de donner aux cafetiers et restaurateurs la possibilité de se sortir sans trop de mal des pertes subies par la fermeture lors du confinement, la Ville permet d'agrandir les terrasses existantes, voire d'en offrir à ceux qui n'en avaient pas. On pourrait ainsi se demander pourquoi le Quai Steffen a plutôt choisi pour sa réouverture de renoncer à mettre des tables et chaises sur l'immense parvis de la gare. Et puis on se dit que l'initiative fut heureuse car aux heures de pointe dans la gare même, le passage massif nuirait au calme de la place, d'autant plus que le chantier du tram ne rajoute rien pour rendre la place plus glamour. Steffen père et fils, en toute intelligence, proposent donc plutôt ce qu'on va retrouver parsemé à travers la ville pour raison d'annulation de Schueberfouer : deux chalets en bois où l'on peut se régaler, d'un côté de sucré sous la forme de crêpes et de gaufres ainsi que de boissons, de l'autre de petits mets intéressants comme les croquettes de fromage d'Orval, des « Blann Jangen », des Gromperekichelcher ou du Steak sandwich. Le tout pouvant être dégusté sur place ou en galopant vers son prochain rendez-vous. Si l'on peut saluer cette possibilité offerte, reste pourtant une question liée au Schueberfouer-«Ersatz» : en dispatchant des stands de bouffe à travers la ville, cela ne nuira-t-il pas de nouveau aux restaurateurs soucieux de récupérer ce qu'ils viennent de perdre ? Car on sait que ni Octave ni Schueberfouer n'ont jamais fait de bien aux restaurateurs. GD

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzeburger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu

